

Vorwärts

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Abla-

Telegraphum-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pro Nummer:
Merkmal: 2,50 Mk. monatlich

Ercheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Dienstag, den 21. November 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Die Lage der englischen Gewerkschaften.

Man stelle einmal dem ersten besten englischen Politiker, Arbeiterführer oder Sozialisten die Frage: „Nach welcher

Das Wort „Klassenkampf“ wird nicht gebraucht. Allein im Grunde genommen bedeutet selbständige Arbeiter-

Also: Die englischen Gewerkschaften sind jetzt daran, sich dem politischen Klassenkampfe zuzuwenden; denn das Gewerkschaftsleben hat durch die richterlichen Urteile, durch die

So lange der Trade-Unionismus sich frei entfalten konnte, haben sich die organisierten Arbeiter um die außer-

Wie ernst es den Arbeitern mit dieser Politik ist, das zeigte die vor etwa zwei Wochen im „Vorwärts“ mit-

Table with 2 columns: Name (e.g., Armstrong u. Co., Coats, Carl Reer) and Amount (e.g., 4 210 000, 9 750 000).

Es werden noch mehrere solcher Kombinationen aufgezählt, worauf es weiter heißt: „Solange es diesen Kombinationen

Das zweite Flugblatt heißt: „Warum müssen sich die Arbeiter von den Liberalen und Konservativen trennen?“

Es ist selbstverständlich, daß noch nicht alle Gewerkschaftler für eine solche Politik gewonnen sind. Der englische Arbeiter

Das beste Urteil über die jetzige Lage hat Pete Curran in einem der letzten Berichte der „General Federation of

Die Lage in England ist jetzt die: Wenn man von „Gewerkschaften“ spricht, so meint man tatsächlich: Selbständige

Die Revolution in Rußland.

Zur Agrarrevolution in Rußland.

Und wird geschrieben: Aus Initiative der Semstwo-Sekretäre und Semstwoagronomen

- 1. Das Privateigentum auf Grund und Boden wird aufgehoben.
2. Die Ländereien der Klöster, der Kirchen, des Adels...

Obige Mitteilungen sind höchst wichtig. Der Agrarunionismus steht den russischen Bauern im Vunde. Die aus Zentralrußland

Peterburg, 19. November. Die Bauernunruhen nehmen zu. Im Bezirk Starni-Oskol, Gouvernement Kursk,

Die Herren Semstwo-Liberalen. Moskau, 19. November. Der Kongreß der Semstvos und Städte

zu wissen, ob der Kongress die Regierung unterstützen könne und unter welchen Bedingungen. Mehrere Redner, darunter der Bürgermeister von Soratow, Remitowski, bestanden darauf, daß man Witte bei der Beruhigung des Landes helfen und alle Einzelheiten der Duma überlassen müsse. (1) Remitowski sprach von den Schrecken der Bauernruhen (2) und sagte, das Heil beruhe allein in einem Zusammengehen mit Witte. Graf Seyden sagte, es sei notwendig, daß die Regierung sich nicht in Widersprüche verwickelt. Man habe die Freiheit verkündigt und gleichzeitig den Belagerungszustand proklamiert und Generaladjutanten mit unbefristeten Vollmachten ausgesandt. Es bedürfe allerdings gegenwärtig einer starken Machterkennung, aber einer solchen, die gut und auf das Gesez gegündet sei. Solche zeitweiligen Gelege, welche die Freiheit zu verwirklichen vermöchten, seien wichtiger als die Wahlrechtsfragen, welche durch die Duma ausgearbeitet werden würden. (1) Der Vertreter der Stadt Stawropol, Abramoff, sprach sich gegen eine Besprechung mit Witte aus, da das Manifest vom 30. Oktober aufgehoben sei. Roditschew erklärte sodann, die Regierung begreife die Lage nicht und verleihe das Manifest vom 30. Oktober nicht; sie wolle nicht zugleich tatkräftig und geschäftig vorgehen. Wenn die Regierung aber einer Stütze bedürfe, so müsse man ihr helfen, doch unter der Bedingung des feierlichen Versprechens, sich von der Reaktion zu trennen. Man müsse der Regierung helfen, das grundlegende Gesez vom 30. Oktober zu verwirklichen; aber zuvor müsse die Regierung etwas leisten, was Vertrauen zu ihr erwecken könne. Darauf wurde die Beratung auf morgen vertagt.

### Die Bildung der bürgerlich-liberalen Partei.

**Dorpat, 19. November.** (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Hier ist eine Abteilung der baltischen Konstitutionspartei in der Bildung begriffen. In ihrem heute in russischer, deutscher und estnischer Sprache veröffentlichten Programm fordert die Partei Aufrechterhaltung einer starken Staatsgewalt zur Durchführung der Reformen und zum Schutze der bürgerlichen Freiheit, ferner politische und wirtschaftliche Reformen zum Besten der arbeitenden Klassen, Armenversorgung, gerechte Besteuerung, Selbstständigkeit der städtischen und bäuerlichen Selbstverwaltung, Zulassung der Landessprachen in der autonomen Hochschule und bei den Regierungs- und Gemeinde-Institutionen.

### Verhaftungen.

**Warschau, 19. November.** Hier sind zahlreiche Verhaftungen in den Kreisen der Intelligenz vorgenommen worden. Die Nachricht von der Erschießung der Frau Dr. Golde hat sich, wie wir auch vermuteten, erfreulicherweise als falsch herausgestellt.

### Eine Pause der Sammlung.

**Petersburg, 18. November.** Das Komitee der Unabhängigen hat heute folgende Resolution gefaßt: Der Ausstand der Petersburger Eisenbahner und der Arbeiter von Petersburg hat der Regierung bewiesen, daß die Ausföhrung graulamer Maßregeln wie der Anwendung der Todesstrafe und der Einföhrung des Kriegszustandes stets in der Arbeiterklasse tätigen Widerstand finden wird. Der Ausstand hat bewiesen, daß unsere Macht im Wachen begriffen ist, so daß, wenn eines Tages das Komitee es für nötig findet, der Regierung einen entscheidenden Kampf zu bieten, wir bereit sein werden. Das Komitee schlägt im weiteren vor, den Ausstand am 20. November mittags zu beendigen, und fährt dann fort: Die Kameraden werden von nun an Kräfte sammeln. Wenn es für nötig befunden wird, wieder in den Ausstand zu treten, werden alle Eisenbahner zugleich und zwar solange streiken, bis alle politischen und wirtschaftlichen Forderungen von der Regierung erfüllt worden sind.

Am 19. November werden die Arbeitgeberdeputierten eine Versammlung abhalten, um über die Frage betreffend Beendigung des Ausstandes am 20. November zu beraten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. November.

### Regierungsweisheit.

Die revolutionäre Gärung in Rußland, die den Zusammenbruch des Hauses Romanow nur noch als eine Frage der Zeit erscheinen läßt, beunruhigt, wie die nervöse Gerechtigkeit der offiziellen Blätter beweist, unsere „Regierenden“ nicht wenig. Nach außen suchen sie allerdings den Schein aufrecht zu erhalten, als wenn die russische Revolution und die durch diese geförderte österreichische Wahlrechtsbewegung sie nicht im mindesten alteriere, da des Deutschen Reiches Herrlichkeit allzu sicher fundiert sei, als daß es durch ähnliche Stürme erschüttert werden könnte. Doch wie gering auch immer ihre historischen Einflüsse in die sozialen Zusammenhänge sein mögen, so oberflächlich sind sie doch nicht, daß die Leiter der deutschen Politik vermerken könnten, die neue Gestaltung der Dinge in Rußland werde ohne Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung bleiben. Recht interessant ist in dieser Hinsicht eine Aeußerung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ in ihrem letzten Wochen-Rückblick — nicht weil diese Auslassung etwas besonderes enthält, das nicht schon anderswo gesagt worden wäre, sondern wegen der Sintermänner des Blattes. Das offiziöse Organ schreibt:

„Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteivorstandes, dem Antrag der Dresdener Sozialdemokraten, nach welchem Straßenkundgebungen gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht veranlaßt werden sollen, nicht beizutreten, ist natürlich lediglich aus der nächsten Erwägung geboren, daß Preußen und das Deutsche Reich für die Anwendung von Mitteln, wie sie in Rußland und Oesterreich probiert worden sind, noch nicht reif genug sind. Aber: aufgeschoben, gibt die Parteileitung zu verstehen, ist noch nicht aufgehoben. Inzwischen, denkt sie, genügt auch schon eine kleine Abschlagszahlung, bestehend in der Erklärung, der Parteivorstand erachte den Zeitpunkt für gekommen, in eine energische Agitation für die Erlangung des allgemeinen Landtagswahlrechtes einzutreten, und werde deswegen mit den vom preussischen Parteitag bezeichneten Körperschaften in Verbindung treten. Ob etwas, und was aus diesen Erwägungen herausspringt, braucht uns vorläufig weniger zu interessieren, schon jetzt aber ist klar, daß die leitenden Kreise in der Sozialdemokratie mit aller Macht eine leidenschaftliche Agitation zu entfachen suchen, deren Endziel, wie sie sich selber bewußt sein müssen, auf friedlichem Wege nicht erreicht werden kann. Immer wieder kommt in der sozialdemokratischen Presse das Gefühl oder der Gedanke zum Ausdruck, daß die revolutionäre Bewegung in Rußland unausbleiblich eine Nachwirkung auch in Deutschland ausüben müsse, und daß die Zeit für Massen-demonstrationen, wenn sie auch jetzt noch nicht gekommen sei, doch nicht mehr lange auf sich warten lassen werde. Diese durch die russische Revolution in den Köpfen der deutschen Sozialdemokraten genährte Zuversicht ist unverkennbar ein Moment, das selber schon den inneren Frieden gefährdet, indem es der Agitation gegen das bestehende Verfassungsrecht eine neue Schärfe verleiht und die Sprache der sozialdemokratischen Demagogie zu einer Leidenschaft steigert, die unter Umständen recht bedenkliche Folgen zeitigen könnte. Wenn z. B. der „Vorwärts“ erklärt, daß die

durch die Besagung der Reform des preussischen Landtagswahlrechtes geschaffene Lage nach der Gewährung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Rußland, Oesterreich und Ungarn schlechweg unerträglich sein werde, oder wenn die Erfurter „Tribüne“ nochmals ausruft: „Nun sind wir an der Reihe“ und verkündet, daß nun, da in Rußland und Oesterreich allgemeines Wahlrecht erlangt werde, „auch wir in Preußen um die Schwach, durch ein Selbstsacks-Dreiklassenwahlrecht“ unterdrückt zu sein, nicht mehr lange gefolten lassen“, so können solche Aeußerungen nur zu leicht eine überheizte Stimmung in den Massen und eine grundverkehrte Auffassung von der Macht und den Aussichten der sozialdemokratischen Bewegung erzeugen. Um so mehr ist angesichts solcher bedenklicher Erscheinungen ein geschlossenes Zusammenhalten aller bürgerlichen Elemente erforderlich, damit heizenden der Sozialdemokratie, deren Uebermut sonst ohne Grenzen wäre, zu Gemüthe geführt wird, daß ihre Bäume noch lange nicht in den Himmel wachsen.“

Das offiziöse Blatt hat ganz richtig aus dem Beschluß des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei herausgelesen, daß diese keineswegs für alle Zukunft auf Straßenkundgebungen zu verzichten gedenkt. Es beweist damit immerhin ein besseres Verständnis als einige nationalliberale und konservative Blätter. Aufgehoben ist tatsächlich nicht aufgehoben. Unter Umständen hat auch eine dilatorische Politik ihre Berechtigung und ihre Vorzüge, zumal in Zeiten, wie die jetzigen, wo die Regierung im Dienst gewisser Gruppen sich bereit zeigt, nicht nur ihre erfolggekürnte, immer neue Geld- und Menschenopfer fordernde Kolonialpolitik noch weiter auszudehnen, sondern zugleich eine gewaltige Kampfflotte zu schaffen und zum Zweck der Erreichung dieses hehren Zieles neue Hunderte von Millionen Mark aus der ausbeuteten, unter einer durch Zoll und Grenzbarren künstlich aufrecht erhaltenen Lebensmittelteuerung achsenden Volksmasse herauszupressen. Wo die Regierung ohne Rücksicht auf das am östlichen Horizont in Flammen schreitende Renetel eine derartige die Volksmasse provozierende Klassenpolitik treibt, eine die Volksleidenschaft aufs äußerste aufschauende Agitation gegen sich selbst, da wäre es eine Torheit, wollten wir ihr ihre schönen Zirkel und ihre Selbstdiskreditierung voreilig stören.

### Eine politische Gesichtsverierung.

Das „befreite“, „rebellische“ Norwegen hat also glücklich seinen Karl heimgeführt, die „herrenlose Zeit“ ist vorbei, der neue Landesvater zieht nach der vermaßen Reifung, mit ihm neue Steuer- und Militärvorlagen. — Toaste werden ausgebracht, Trübchen geschwenkt, Tränen vergossen. — eine holdselige Szene des nordischen Nieserreiches. Rußland eigentümlich genug andnimmt, während das russische Proletariat und mit ihm bereits auch das Bauerntum mit derben Häuten seinem angestammten Gottesgnadentum die Rippen zählt, beißt sich das norwegische Volk, kaum daß es einen Landesvater zur Tür hinauskomplimentiert hat, sich aus freien Stücken schleunigst durch das Fenster einen anderen zu holen. Welch schöne Gelegenheit ist das für politische Kanngießer, mit erhobenem Finger tieffinnige Betrachtungen darüber anzustellen, daß ja, „wie man sehe“, „das Volk“ durchaus für die Republik noch nicht reif sei; habe es doch sogar in dem freien Norwegen aus eigener Wahl und Machtvollkommenheit die republikanische Staatsform abgelehnt und sich wohlweislich unter die sanfte Put eines geliebten Monarchen geschlägt!

Nun, wer aus der seltsamen politischen Gesichtsverierung der norwegischen Volksschereit etwa auf die Ausschütslosigkeit und den Utopismus der republikanischen Lösung in Rußland und anderwärts schließen wollte, würde damit nur beweisen, daß er überhaupt den eigentlichen Sinn des jüngsten norwegischen Coup d'état, der nordischen „Staatsumwälzung“ nicht begriffen hat. Die ganze „Krise“ spielte von vornherein gar nicht auf dem Boden des monarchischen oder republikanischen, überhaupt eines politischen Prinzips, sondern auf dem nationalen Boden. Nicht den König hatten die braven Norweger zum Tempel hinausgejagt, sondern den Schweden, und Leute, die für die grandiosen sozialen und politischen Umwälzungen im Schoße des heutigen Rußland kein Auge haben, hatten hier als eine „Revolution“ ausgeführt, was höchstens ein Gaudium Rau-pässischer „Coup d'état en province“, ein operettenhafter Szenenwechsel in Archivwinkel war. Das bäuerliche, in seinem ganzen Anstrich kleinstädtische Norwegen hatte an echte Revolution nicht im Traume gedacht, und das biedere, mit echt bäuerlicher Bedächtigkeit und Hartköpfigkeit seinen Landesvater „auswäselnde“ Völklein hat sich wohl selbst verlegen hinter den Ohren gekräft, als es so plötzlich von den sensationshaschenden Schwägern der europäischen Presse als hochgefährlicher „Umstürzler“ begofft, abgefaßt und umjohlt wurde. Ein Vergleich zwischen dem alten Verfassungslande Norwegen, das auf die Drautschau nach Monarchen ausging, und dem „rückständigen“ Rußland, das den zarischen Thron in Stille schlugt und laut nach einer Republik ruft, ist eben wieder ein frappanter Beleg für die Lehre des historischen Materialismus, daß nicht die politischen Formen, sondern die materiellen Machtverhältnisse eines Landes, nicht das Blatt Papier, genannt Verfassung, sondern die soziale Zusammenfassung, die Klassenverhältnisse über den fortgeschrittenen oder rückständigen Charakter des Landes entscheiden. Das modernkapitalistische Rußland mit seinen kolossalen, wenn auch auf enormer Bodenschätze beruhenden Zentren der Großindustrie hat sogar unter der Eidecke des Absolutismus so revolutionäre moderne Kräfte in seinem Schoße erzeugt, daß es für eine politische Umwälzung, für eine echte Revolution und sogar für die republikanische Lösung reifer ist als irgend ein kleinstädtischer schläfriger „Rechtsstaat“ des Westens.

Hebrigens ist der jüngste „Triumph“ des Monarchismus in Norwegen ein derartiger, daß wir ihn unseren Kreuzrittern „mit Gott für König und Vaterland“ von Herzen gönnen, und es ist für uns sehr amüsant zu beobachten, mit wie genuinsten Gefühlen unsere Schildknappen des Gottesgnadentums den aufscheinend so glänzenden Sieg ihres Lieblingsprinzipien anstoßen. Man denke: ein ganzes Volk hat die freie Wahl zwischen Republik und Monarchie und es eilt in die liebenden Arme eines freigewählten Souveräns! Ist das nicht ein erquickendes Schauspiel in den heutigen Zeitläuften des Anlaubens, der Sittenverderbnis und der Umsturzerleben? Aber ach, diese schöne Blüte birgt einen köplichen Wurm. Denn einmal ist die Gümmigkeit, mit der die Norweger bei dem Königtum zu verbleiben beschlossen, selbst bloß ein Ergebnis und zugleich ein Beweis dafür, daß dieses Königtum in Norwegen eben mehr ein dekoratives Stüd des Haushalts ist, denn eine wirkliche Macht nach Art der preussisch-deutschen Monarchie. Ferner aber und vor allem: welche tiefe Kränkung für das absolute Prinzip des Gottesgnadentums liegt gerade darin, daß der „Vödel“ wagt, es sich so güt-mütig selbst, aus eigener Souveränität, durch eigenen Wahl-spruch zu wählen. Welche Verhöhnung, ja welche Majestäts-beleidigung liegt in der Tatsache, daß sich ein ganzes Volk herabnimmt, seine Landesväter fortzuschicken und wieder ins Haus zu nehmen, als wenn es sich um — Hausdiener handelte. Der ganze Heiligenschein des Gottesgnadentums geht ja bei dieser frechen Annahmung stöt. Das Prinzip des Monarchismus hat durch die Verfassung des neuen norwegischen Königs entschieden einen härteren Stoß erlitten, als es durch den Uebergang Norwegens zu republikanischer Verfassung erlitten hätte, und wir sind sicher: die erlauchten gekürnten Kollegen der neugeborenen Majestät werden an dem mit dem Wale der Volkswahl behafteten „Neben Better“ ungefähr so wenig Freude haben, wie sie aus dem letzten absoluten Souverän Europas — dem Härtsten Ranaco Trost für den Zusammenbruch der russischen Alleinherrschaft schöpfen.

Die spaßhafte Geschichte hat indes eine durchaus ernste und traurige Seite: wie der Telegraph meldet, haben die vier sozial-

demokratischen Abgeordneten im norwegischen Storting zusammen mit den bürgerlichen für die Königs-wahl gestimmt. Die Sozialdemokratie ist grundsätzlich eine republikanische Partei und eine derartige direkte Abstimmung bildet einen internationalen Skandal.

Die norwegischen Genossen begründeten ihre seltsamen Votum anscheinend damit, daß die Mehrheit des Volkes sich in der Abstimmung für die Monarchie ausgesprochen hätte. Die Sozialdemokratie hat aber nicht zur Aufgabe, der jeweiligen gegebenen „Majorität“ des Volkes, entgegen den eigenen Grundfäden, nach dem Munde zu reden, sondern diese Majorität aufzuklären, ihren Willen erst zu gestalten, und zwar durch die offene und feste Vertretung und Betonung der eigenen Grundfäden. Wollten wir uns einmal auf den Boden der unbedingten Anerkennung des jeweiligen Willens der Volksschereit begeben und uns in unserem eigenen Verhalten von ihm bestimmen lassen, dann könnten wir überhaupt mit unserem Programm, mit dem Sozialismus einpacken. Denn die Mehrheit des Volkes ist unter der geistigen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie nirgends sozialistisch und wird es eben nicht, bis sie durch uns aufgeklärt wird. Die erste Bedingung dieser Aufklärung ist aber das unentwegte Festhalten an den eigenen Prinzipien. Die Faktion unserer norwegischen Bruderpartei ist offenbar auf eine solche Auslegung des demokratischen Prinzips herein gefallen. Das blinde Schmeicheln dem Willen der unangeklären Volksschereit gegen die eigene Ueberszeugung ist aber nicht Demokratie, sondern ihr direktes Gegenteil, nämlich — Demagogentum.

### Wahldemonstrationen in Sachsen.

Am Sonnabend und Sonntag haben in einer Reihe sächsischer Ortschaften die großen Wahlrechtsdemonstrationen stattgefunden, zu denen die sozialdemokratische Landesorganisation aufgerufen hatte. Wir veröffentlichen vorläufig die Berichte aus den beiden größten Städten Sachsens, aus Dresden und Leipzig:

**Dresden, den 19. November.** (Fig. Ver.)

Die vom sozialdemokratischen Zentralkomitee und den vier Agitationskomitees Sachsen eingeleitete Demonstration gegen das Dreiklassen-Wahlrecht hat am Sonnabend mit voller Macht in Dresden und dessen nächster Umgebung gesezt. Im Stadtgebiet fanden sechs Versammlungen in den größten Sälen statt, die so massenhaft besucht waren, daß sie fast alle polizeilich gesperrt waren und viele hunderte keinen Eintritt finden konnten. Es sprachen im Trianon (2000 Personen) Block, in den Blumenfäden (2200) Fleißner, in der Reichskrone (2000) Gradnauer, bei Neple (1200) Edm. Fischer, im Dreitaierhof (1800) Sierdmann, Sächsischer Prinz (1000) Dunter. Außerdem fanden in den nächsten Vororten neun große Versammlungen statt, die mindestens von 10 000 Personen besucht waren, so daß in Dresden und Umgegend am Sonnabendabend in 15 Versammlungen über 20 000 Personen für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht demonstrierten. Das begeisterte auf diesen Versammlungen aber war die Stimmung, die in ihnen herrschte, eine hoffnungsvolle Kampf Stimmung. Wenn die Referenten von der Anwendung „anderer Mittel“ sprachen, drachen Volksstürme los.

Die Polizei hielt sich rezerviert. Soweit bekannt, sind durch sie nirgends Zwischenfälle veranlaßt worden, obwohl die Referenten aus ihrem Herzen keine Würdegrube mochten. Welche Bedeutung die „Regierenden“ dieser Wahlrechtsdemonstration bemessen, geht auch daraus hervor, daß im Stadtbezirk Dresden die Mannschaften aller Militär-Wachkommandos am Sonnabendabend je 40 Patronen bekamen, und daß die Soldaten Befehl hatten, in der Kaserne zu bleiben. Man sah infolgedessen keinen Soldaten in der Stadt. — Seit vielen Jahren hat Dresden eine derartige Demonstration nicht gesehen. Genosse Goldstein hat einen trefflichen Standpunkt, wenn in nächster Woche im Landtag eine Wahlrechts-Interpellation zur Besprechung kommt.

Am 11. Oktober erließ das Zentralkomitee seinen Aufruf, und für den 19., 20. und 21. Oktober bereits waren in ganz Sachsen etwa 180 Wahlrechtsversammlungen angezeigt, davon im Dresdener Agitationsbezirk circa 40, im Chemnitzer 42. Bis in die entferntesten Winkel der Lausitz, des Vogtlandes und des Erzgebirges war mobil gemacht.

In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es heißt darin: „Die Versammlung fordert im Namen aller sächsischen enteigneten Dreiklassenwähler unter allen Umständen die Durchführung einer Wahlreform nach in diesem Landtage. Und zwar fordert das sächsische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit die Einföhrung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung des Proportional-systems. . . Die Verkleinerung der Wahlreform muß vom Volke als ein neuer Schlag gegen seine wichtigsten Lebensinteressen empfunden werden. Trägt man nicht endlich dem Verlangen nach Wahlreform Rechnung, dann wird das Volk andere Maßnahmen auch in Sachsen ergreifen müssen, um sich Gehör zu verschaffen.“

**Leipzig, den 19. November.** (Fig. Ver.)

Die Genossen des zwölften und dreizehnten sächsischen Landtagswahlkreises hatten für Sonntag vormittag fünf große Demonstrationsversammlungen einberufen, die sich in ihrer Gesamtheit und in ihrem Verlaufe zu einer mächtvollen Rundgebung des Leipziger Proletariats gestalteten. Wer vormittags in der zehnten Stunde der inneren Stadt austrete, der konnte schon am Straßenbilde erkennen, daß sich etwas Besonderes vorbereitete. Aus allen Gegenden der Stadt zogen hunderte und Aberhunderte von Arbeitern und Arbeiterfrauen zu den im Zentrum belegenen Versammlungsalälen, in unmittelbarer Reihensfolge brachten die Straßenbahnzüge die Scharen der Demonstranten aus den Vororten heran. Mit ihnen zugleich strömten zu Fuß und auf der elektrischen Bahn zahlreiche Schübeute aus allen Revidieren ihrem Hauptquartiere, dem Gebäude der Polizeidirektion auf der Mäckerstraße zu. Vertikale Schutzmannspatrouillen durchstreiften die Straßen, überall leuchteten die weißen Helmspitzen. Besonders in der Umgebung der Versammlungsaläle, für die das Volksbad, das Zentraltheater, das Sanssouci, das Pantheon und der Rudwiger-Schloßkeller ausdiesen waren, häuften sich die Polizeiposten. Lange vor Beginn der Versammlungen waren die Säle bis auf den letzten Platz besetzt und auf polizeiliche Anordnung abgsperrt. Wohl an achttausend Menschen lauerten hier, in der qualvollen Enge standhaft aushaltend, den Ausführungen der Referenten, die in scharfen Worten das zwiefelhätige Verhalten der Regierung und der reaktionären Dreiklassen-Bourgeoisie der Wahlrechtsfrage gegenüber geißelten und erklärten, daß die sächsische Arbeiter-schaft nicht eher ruhen werde, als bis ihrer gerechten Forderung nach dem allgemeinen gleichen und freien Wahlrecht auch für den sächsischen Landtag die volle Erfüllung geworden. Unter brausendem Beifall wurden die den Versammelten vorgelegten Resolutionen angenommen.

Draußen aber auf den Straßen vor den Versammlungsalälen wogten viele hunderte von Ausgesperrten hin und her, die den Schluß der Tagungen erwarteten. Besonders stark waren die Ansammlungen vor dem Zentraltheater und dem Sanssouci, die ganz nahe beieinander fast im Mittelpunkte der Stadt gelegen sind. Endlich öffneten sich die verschlossenen Türen und heraus strömten schier unanschaulbare Mengen. Da auf einmal — kein Mensch wußte, wer sie zuerst gegeben — geht die Losung von Munde zu Mund: „Nach dem Augustusplatz! Einer sagt es dem andern, und ruhig, wie selbstverständlich, wälzt sich der schwarze Menschenstrom durch die Hauptstraßen hin zum Augustusplatz. Von allen Seiten ziehen sie heran, die demonstrierenden Arbeiterbataillone, sie scharen sich um den Samudbrunnen, der sich in der Mitte des einen Platzes erhebt, sie besetzen die breiten Terrassen der sächsischen Gemäldegalerie. Und bald ist die eine Hälfte des Platzes, eines der größten und schönsten in ganz Deutschland, mit demonstrierenden Arbeitern

Wie bedekt. Nur ein kleines Polizeipostamt ist zur Stelle. Tiefes Ernst und eine gewisse Spannung spricht aus den Gesichtern der nun auf mehr als Zehntausend angewachsenen Menge.  
Da biegen zwei Säulmannabteilungen, die wohl von den östlichen Versammlungsorten kommen, in den Promenadenring ein, in geschlossenen Reihen marschieren sie am Augustusplatz vorbei, hinter ihnen her aber ergießt sich die von Minute zu Minute wachsende Masse der Wahlrechtsforderer. Auf dem Königsplatz kommt wieder neuer Zugang: mehrere Tausend, die im und am Volkshaufe sich gesammelt hatten. Vor ihnen her marschiert eine Reihe Schulkinder. Als sie am Hauptzuge angelangt sind, schwenken die Polizisten ab, und ungehindert vereinigen sich die beiden Menschenströme. Nun geht es ohne Störung weiter, vorüber am neuen Rathaus. Immer neue Mengen drängen von oben nach, als wollte der Strom kein Ende nehmen.

Auf der Promenade ging es weiter, zum russischen Konsulat. Einen Augenblick kommt der Zug ins Stehen. Von einem Sandhaufen herab richtet ein Genosse anfeuernde Worte an die Masse, und: Hoch das freie Wahlrecht! Heraus mit dem Wahlrecht! erkönt es aus vielen Tausenden Rufen. Mund um die Promenade herum kam der Zug wieder zum Augustusplatz und bog in die Poststraße ein. Hier befindet sich im Hause der „Königlichen Leipziger Zeitung“ das österreichisch-ungarische Konsulat. Abermals erschollen die Wahlrechtsrufe, mit denen die Leipziger Proletarier ihre Kampfgenossen von der Moldau und der Donau grüßten.

Wie bisher von Schulkindern getreulich geleitet, zog man noch die Dresdener Straße hinab vor die Wohnung des Oberbürgermeisters. Hier hielt wieder einer der Führer eine kurze Ansprache. Der Oberbürgermeister habe einmal gesagt, wer sein Recht nicht zu erkämpfen wisse, der verdiene nicht, ein Mensch zu sein. Die sächsische Arbeiterschaft habe heute den ersten Schritt getan, um ihr Recht zu erkämpfen, und sie werde nicht ruhen, bis es errungen sei. Zum letzten Male erschollen die Rufe zu den Fenstern hinauf, dann zerstreute sich die Menge mit derselben Ruhe, die sie bisher bewahrt hatte.

## Deutsches Reich.

### Die Parteien und die Flottenvorlage.

Die bürgerliche Presse bietet auch heute noch dasselbe Bild: die Flottenschwärmer erklären die Flottenvorlage für unzulänglich und Zentrum und Freisinn sammeln nur einige hüßliche Redensarten. Die „Berliner Neueste Nachrichten“ haben leider nur zu recht, wenn sie behaupten:

„Der Eindruck der Flottenvorlage ist nach den bisher vorliegenden Drehstimmen noch nicht präzis zu fassen, doch ist er insofern günstig, als kein größeres Parteiorgan, den „Vorwärts“ ausgenommen, diese bescheidenen Forderungen ablehnen will.“

Ueberaus anmutig wirkt es, Herrn Bruhns und Herrn Hoffe, „Staatsbürger-Ztg.“ und „Berliner Tageblatt“, gemeinsam einen Flottencancan aufzuführen zu sehen. Die „Staatsbürger-Ztg.“ stöhnt:

„Die Flottenvorlage ist kläglich. Schlapp, schlapp!“

Und an anderer Stelle schreibt das Blatt:

„Und wie sieht nun das feierlichst angekündigte Werk des Krons der Marine aus? Ein großer Aufwand schämlich ward versan. Was Herr v. Tirpitz fordert, ist so gut wie nichts. Arbeiten wir uns aber durch das ganze Werk hindurch, vergleichen wir die neue Vorlage mit dem Gesetz vom Jahre 1900, so kommen wir zu dem Ergebnis: Was Herr v. Tirpitz fordert, ist keine Verstärkung unserer Wehrkraft zur See, es wird vielmehr fortgeschwächt.“

Im „Moffe-Blatt“ tönt das holde Echo:

„Nur wenn die Regierung nachweist, daß ein rascherer Ausbau nach der Leistungsfähigkeit unserer Werke unmöglich ist, wird man sich wohl oder übel bequemen müssen. Nach der ganzen politischen Lage aber würde man alles daransetzen müssen, uns so rasch wie möglich eine wertvolle Flotte zu schaffen. Nur keine halben Maßregeln! Entweder gar keine Flotte oder eine ordentliche.“

Offenlich werden die freisinnigen Wadenstrümpfer nun wenigstens aus Flottenfoller gegen die Vorlage stimmen!

Das Urteil der „Staatsbürger-Ztg.“ über die Flottenvorlage paßt weit besser auf die Haltung der linksfreisinnigen Presse, sie ist in der Tat „Schlapp, schlapp“!

So erschöpft sich bis jetzt die ganze Kritik der „Freien Deutschen Presse“ in dem nichtssagenden Sätzen:

„Ueber den Inhalt der neuen Flottenpläne haben wir bereits in der gestrigen Nummer Mitteilung gemacht. Schon eine summarische Prüfung der Vorlagen ergibt, daß es sich hierbei nicht um eine einzelne große Frage handelt, sondern um eine große Summe von einander unabhängigen Einzelfragen von ganz verschiedener Bedeutung, zu denen man daher auch in verschiedener Weise Stellung nehmen kann.“

Wie man dazu Stellung nehmen kann, wird einstweilen vorläufigerweise nicht verraten. „Man wagt es nicht.“

Die „Presl. Ztg.“ nimmt ebenfalls eine Stellung. Sie betont lediglich, daß erst die Deckungsfrage erledigt sein müsse. An Ablehnung denkt also auch sie nicht.

Die „Frankl. Ztg.“ warnt nur vor einem „extremen Beitritt“, zu dem „etliche Heißsporne“ die Regierung zu provozieren suchten. Gegen ein „verständiges Innehalten erträglicher Grenzen“ hat auch dies demokratische Organ nichts einzuwenden. Die Storz und Eichhoff können also schon jetzt als Sieger gelten! —

### Der antisemitisch-freisinnige Wahlsieg.

Das endgültige Wahlergebnis in Eisenach ergab für den Antisemiten Schack 10 392, für den Genossen Leber 8748 Stimmen. Schack hat also in der Stichwahl 6347 Stimmen mehr erhalten als bei der Hauptwahl, während der sozialdemokratische Stimmenzuwachs nur 1862 Stimmen beträgt. Da bei der Hauptwahl für Antisemiten, Nationalliberale und Zentrum zu sammen nur 7839 Stimmen abgegeben wurden, müssen sich unter den 2558 Stimmen, die Schack bei der Stichwahl noch darüber hinaus auf sich vereinigte, zahlreiche freisinnige Stimmen befunden haben. Die Sozialdemokratie, die 913 Stimmen mehr erhielt, als bei der Stichwahl im Jahre 1903, ist also höchst ehrenvoll dem bündlerisch-antisemitisch-nationalliberal-ultramontan-freisinnigen Wahlsieg erlegen!

Die Wahlunterstützung des Freisinn wird denn auch von der antisemitischen Presse dankend quittiert. So schreibt die „Deutsche Ztg.“:

„Selbst wenn man diese Ziffern haben und drüber um 300 bis 500 Stimmen steigt und mindert, bleibt also bestehen, daß ein Teil des freisinnigen Bürgeriums der Stichwahlparole der Partei nicht gefolgt ist. . . . Auf die 39 032 Häußchen Wähler des Wahlkreises trifft wirklich jene erfreuliche Feststellung laut Ausweis der Einzelziffern, die uns als Eisenach bereits übermittelte wurden, nicht zu aber doch für einen großen Teil der freisinnigen unter den 53 624 Häußchen Bewohnern des Wahlkreises. Wir können schon jetzt mehrere hundert Wahlkreise feststellen, wo alle freisinnigen Stimmen auf Schack übergegangen sind.“

Und die, wie sie sich in ihrem Unterstitel selbst nennt, „unbestechlich böllische“ „Deutsche Sozial-Ztg.“ triumphiert:

„Die freisinnigen Vertreter sahen, daß ihre eigenen Namen ihnen nicht mehr gebühren.“

Die Vorwürfe der antisemitischen Blätter gegen die freisinnige Parteileitung sind nicht etwa so zu verstehen, als ob diese zur Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten aufgefordert habe. Das ist bekanntlich nicht geschehen; die freisinnige Parole empfahl lediglich Stimmenthaltung.

Die „Voss. Ztg.“ hatte bekanntlich behauptet, der wüste „Terrorismus“ der Eisenacher Sozialdemokraten habe die Freisinnigen in das Lager der Brotwucherer getrieben. Wie aus dem Jital der „Deutschen Ztg.“ ersichtlich, hat dieser „Terrorismus“ wenigstens den Eisenacher Freisinn vor der Schmach des Eintretens für den Antisemiten bewahrt. Auch dies Faktum beleuchtet drastisch die schädige Verleumdertätigkeit des edelen Freisinnorgans! —

### Das Zentrum als Anwalt der freien Gewerkschaften.

Die „Germania“ beschäftigt sich in einem langen Artikel mit dem bekannten Elaborat des „Correspondenzblattes der Generalkommission“. Nachdem das führende Zentrumblatt auseinandergelegt, daß durch das in Jena angenommene Organisationsstatut der Versuch gemacht worden sei, „die sämtlichen ‚freien‘ Gewerkschaften der Diktatur und dem Steuerexekutor der politischen Sozialdemokratie zu unterwerfen“ und nachdem Herr Rehbauer wegen seines „Schimmels von Freiheitsgefühl“ einige Komplimente erhalten, richtet es folgenden Appell an die Gewerkschaften:

„Die sozialdemokratischen Gewerkschaften aber wissen, was sie von der Autokratie der systematisch vordringenden Oberleitung der politischen Sozialdemokratie zu erwarten haben. Das bezeugen ihre bisherigen Auslassungen. Aber nicht mit Worten allein ist dieser Kompetenzkonflikt anzufechten, sondern mit Taten. Und da wird unserer Voraussicht nach die ganze sozialdemokratische Gewerkschaft verlagert. Im Zentrum Verbleib, dem die Sozialdemokratie nach den Jener Beschlüssen vollständig unterworfen ist, kann es keine Autonomie der Gewerkschaften mehr geben. Alle scheinbare Opposition dagegen ist nur noch ein Blendwerk für die Augen gutgläubiger ‚Genossen‘, um denselben den Glauben an eine Neutralität der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu erhalten, den Rehring selbst einen ‚häßlichen und widerlichen Träum“ nennt.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben es nunmehr selbst in der Hand, ihre Worte in Taten umzusetzen, oder aber von der ganzen Welt sich als die Aulie der politischen Sozialdemokratie zu entpuppen.“

Die „Germania“ hätte entschieden klüger gehandelt, wenn sie ihre sehnlichsten Herzenswünsche nicht so offen ausgeplaudert hätte. Ganz abgesehen davon, daß gerade das Zentrum als Anwalt der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit die denkbar unglücklichste Figur macht — etwas Angelegteres läßt sich gar nicht denken, als einige Gewerkschaftsführer gegen die Massen der Arbeiterschaft auszuspielen zu wollen!

Die „Germania“ befindet sich offenbar noch immer in totalster Verstandeslosigkeit gegenüber der modernen Arbeiterbewegung. Sie scheint sich einzubilden, daß die sozialdemokratische Partei ebenso durch ein paar Hundert politischer Führer verkörpert werde, wie andererseits die 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter von einer kleinen Anzahl Gewerkschaftsbeamter repräsentiert werden. Ihr komisches Mißverständnis rührt daher, daß sich in der modernen Arbeiterbewegung zwei äußerlich verschiedene Formen der Vertretung herausgebildet haben: die politische Partei und die Gewerkschaften. Daß beide Organisationen in Bestrebungen und Zielen völlig wesenstheils sind und nach der ganzen sozialen und politischen Entwicklung in Deutschland sein müssen, diesen kleinen Umstand läßt das Zentrumblatt ganz außer Rechnung!

Es ist freilich verständlich, daß eine bürgerliche Partei wie das Zentrum nicht zu läpieren vermag, daß es in einem demokratischen Organismus, wie ihn die moderne Arbeiterbewegung darstellt, eine Autokratie platterdings nicht geben kann. Weder innerhalb unserer Gewerkschaften noch innerhalb der sozialdemokratischen Partei vermag jemals ein Kreis von „Führern“ die Marschroute militärisch zu bestimmen. Jeder solcher „Staatsstreichversuch“ würde alsbald durch die Rebellion der Massen durchkreuzt werden. Die Spekulation der „Germania“ ist deshalb ebenso thöricht, wie ihr Mittel, die Gewerkschaften gegen die Partei — die doch ihre Partei ist! — aufzuheben, abgeschmackt ist! —

**Konto K.-Interpellation.** Das Zentrum gedenkt die Kirchliche Kirchenbau-Angelegenheit im preussischen Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen, wie die „Köln. Volkszeitung“ angibt, aus rechtlichen Interessen — weit wahrscheinlicher aber, weil es auf eine Erörterung rechnet, die geeignet ist, gewisse Berliner protestantische Eliten zu diskreditieren. So leicht sich die Gelehrten und Gelehrtenlisten zusammensuchen, wenn es gilt, dem Volke die Religion zu erhalten, so ergreift doch jede Partei gern die Gelegenheit, den anderen Bruder Christus bloßzustellen. Das rheinische Blatt ländigt an:

Wir haben bereits die Notwendigkeit eines erneuten oder erweiterten Strafverfahrens betont, denn es kann doch unmöglich ununtersucht bleiben, wo die verschwendeten, für den Kirchenbau bestimmten 325 000 M. geblieben sind. Sollte die Einleitung eines solchen Strafverfahrens unterbleiben, so müßte in der nächsten Session des Abgeordnetenhauses unbedingt der Justizminister darüber interpelliert werden. Es handelt sich hier nicht nur um finanzielle protestantische kirchliche Interessen, sondern auch um eine Rechtsfrage von allergrößter Bedeutung, deren Erledigung niemand gleichgültig sein kann, der für irgend einen wohlthätigen Zweck Geld spendet. Außerdem darf die Meinung im Volke nicht aufkommen, daß unter Umständen eine so große Summe verschwendet sein ohne Ermittlung und eventuelle Abänderung der Verordnungen, welche dies ermöglichten. —

### Angenehme Ausflüchte.

Zu der Marinestatskatastrophe in Kiel spenden die „Berl. Neuest. Nachr.“ einen eigenartigen Trost. Sie betonen, daß überall da, wo die Vorbereitung auf den Krieg wirklich mit Ernst und unter Anwendung möglichst kriegsmäßiger Mittel gehandhabt wird, Verluste bei den Friedensübungen nie ganz vermieden werden können. Habe doch z. B. England innerhalb der letzten fünf Jahre nicht weniger als fünf Torpedobootzerstörer verloren, während eine noch größere Anzahl von Zerstörern erhebliche Beschädigungen erlitten haben. Von solchen Verlusten verlohnt es sich also nur die russische Marine, deren Torpedoflotte aber auch im ostasiatischen Kriege nicht das geringste gelitten habe.

Das heißt also, daß wir künftig mit solchen Torpedobootkatastrophen als etwas Unvermeidlichem zu rechnen haben werden! Das bekannte Wort: navigare necesse est, vivere non est (die Schifffahrt ist notwendig, das Leben nicht), gewinnt dadurch eine sehr erbauliche Bedeutung! —

Die neue Tabaksteuervorlage. Die „Süddeutsche Tabakztg.“ bringt in ihrer letzten Nummer einen Vergleich der geplanten Tabaksteuervorlage mit den bisher geltenden. Danach ergeben sich folgende Erhöhungen:

Inlandssteuer . . . . .	von 45 auf 63 M. per Doppel-Zir.
Holl auf Schweißtabak . . . . .	85 „ 110 „ „
Holl auf Zigarrentabak . . . . .	85 „ 125 „ „
Holl auf Auslandszigaretten . . . . .	270 „ 700 „ „
Holl auf Auslandszigaretten . . . . .	270 „ 800 „ „
Zigarettenpapierstempel . . . . .	2 „ 1000 Blatt.

Reichsinvalidenfonds. Dem Bundesrat ist eine Vorlage zur weiteren Sonderung des Reichsinvalidenfonds zugegangen. Wie die „Berl. Polit. Nachr.“ mitteilen, soll eine weitere jährliche Entlastung des Fonds des 88 Millionen Mark erfolgen. Würde die Vorlage, die natürlich noch der Zustimmung des Reichstages bedarf, angenommen werden, so würde damit eine Entlastung des Fonds um jährlich 22,8 Millionen Mark eintreten.

Schönfried noch Insignifikanter? Der Kaiser soll am Sonntag in Kiel den Oberlandesgerichtspräsidenten Veseher, den mitnahelichen Nachfolger Schönfrieds empfangen haben. Der „Reichsanzeiger“ und die „Nordd. Allg. Ztg.“ berichten über Einreichung oder Genehmigung eines Justizministerellen Abschiedsgesuches noch immer nichts. —

### Hendrik Witboi gefallen!

General v. Trotha meldet: Nach Mitteilung des Kapitäns Christian Goliath aus Verleba ist Hendrik Witboi beim Ueberfall eines Verpflegungswagens bei Nahlgras am 20. Oktober durch einen schweren Schuß in den Oberleib verundet worden, hat am 2. November die Wahl seines Sohnes Samuel Jaak zum Kapitän veranlaßt und ist am 3. November infolge der Verwundung gestorben. Nachdem Goliath mit nochmaliger, sicherer Feststellung beauftragt war, meldete er: „Tod hat sich bestätigt; Sohn Jaak führt jetzt die Kapitänswache.“ Der erwähnte Ueberfall hat 7 Kilometer westlich von Nahlgras auf einen Proviantwagen der 3. Batterie stattgefunden.

Die „Deutsche Tagesztg.“ hofft, daß man jetzt mit den Hottentotten wohl rasch fertig werden dürfte. Moxenga sei Witboi zwar militärisch weit überlegen, allein der große Hottentottenführer habe doch das größte Ansehen genossen. Diese Hoffnung dürfte sich sicher nicht bestätigen. Die „Nat.-Ztg.“ meint dem auch: „An der Kriegslage im Groß-Kamalande dürfte Hendriks Tod aber vorläufig wenig ändern. Der Guerillakrieg wird dort bei den haltlosen Terrain- und Wasserverhältnissen noch lange dauern.“ —

### Die Interaktionen der „Jenaischen Zeitung“.

Genosse Jubel erludt und um Veröffentlichung folgender Zuschrift: „In der Nummer 273 des ‚Vorwärts‘ vom Sonntag, den 14. d. Mts. ist ein Artikel enthalten mit der Ueberschrift ‚Reichstagsabgeordneter Vebel und die ‚Jen. Ztg.‘.“ In diesem Artikel wird von den Gewährsmännern der „Jenaischen Zeitung“ neben den Namen anderer Parteigenossen auch meiner genannt mit der Behauptung, daß ich am 20. oder 21. September abends zwischen 8 und 9 Uhr im Hotel Kaiserhof anwesend gewesen sei. Ich erkläre diese Behauptung der beiden Gewährsmänner der „Jenaischen Zeitung“ als elende Verleumdung, da ich während der Jener Tagung nicht ein einziges Mal das Hotel Kaiserhof betreten habe.

Fr. Jubel

## Ausland.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Alle Räder sehen still!

Am 28. November wird das Parlament eröffnet. Vorgestern (Sonntag) beschloßen die Wiener Arbeiter in 25 Versammlungen, am Tage der Parlaments-Eröffnung eine Demonstration für das allgemeine Wahlrecht zu veranstalten. Diese Kundgebung wird voraussichtlich von einer Propartigkeit sein, die alles in den Schatten stellen dürfte, was je in dieser Art unternommen worden ist. In ganz Wien wird die Arbeit ruhen. Das Exekutivkomitee der Wiener Arbeiterkassen hat bereits den Plan der grandiosen Veranstaltung entworfen: Die einzelnen Branchen sammeln sich an vorher verabredeten Plätzen und marschieren mit ihren Fahnen und Standarten zum Hauptammelpfad. Da wird der Zug geordnet und setzt sich in der Richtung nach dem Parlament zu in Bewegung. Während die Arbeiterdeputation im Parlamentsgebäude weilt, defilieren die Proletarier-Bataillone vorüber und zerstreuen sich allmählich truppweise über bestimmte Straßenzüge.

Dat ab vor der unerhörlichen Festigkeit und Zielklarheit unserer Wiener Genossen! —

### Frankreich.

Treffende Antwort. Paris, 20. November. (B. T. B.) Infolge der Weigerung der Anwaltskammer, den ehemaligen Professor Durbe als Advokaten zuzulassen, beschloßen die sozialistischen Deputiertengruppen, in der Kammer die Abschaffung des Privilegs der Advokaten zu beantragen

### England.

Wichtiger Vertrag. London, 20. November. (B. T. B.) „Standard“ meldet aus Tokio unter dem 10. November: Die Mission des Marquis Ito nach Korea hat einen vollen Erfolg erzielt. Gestern in aller Frühe ist der Vertrag im Palast zu Seul unterzeichnet worden. Außer dem Kaiser und Marquis Ito waren noch Vicomte Hanashi und General Baron Pasjagava, der Kommandeur der japanischen Truppen in Korea, sowie alle koreanischen Minister anwesend. Der Vertrag enthält zwei wichtige Punkte. Erstens übernimmt Japan die Versorgung der auswärtigen Angelegenheiten Koreas, bis Korea hart genug ist, seine Unabhängigkeit zu wahren. Zweitens wird die Verwaltung der inneren Angelegenheiten unter die Ueberwachung eines japanischen Generalgouverneurs gestellt, welcher gemäß den Anordnungen des Kaisers von Korea handelt. Dies bedeutet die Renalisierung des bestehenden Zustandes.

### Norwegen.

#### König VII., König der „Sozialdemokraten“.

Kristiania, 18. November. (B. T. B.) Ueber die Stortingung am heutigen Nachmittag ist noch zu melden: Nachdem Stortingenspräsident Berner unter Hinweis auf das Ergebnis der Volksabstimmung vorgeschlagen hatte, den Prinzen Karl von Dänemark zum König von Norwegen zu wählen, erklärte Pastor Crifien (Soz.), daß seine Partei für den Vorschlag des Präsidenten stimmen werde, da durch die früher gefaßten Beschlüsse des Königtums bereits festgelegt sei und keine Veranlassung vorliege, für einen anderen Vorschlag zu stimmen. Staatsadvokat Carlberg erklärte, daß er und seine Gesinnungsgenossen sich vor dem Willen der Mehrheit des Volkes beugen und für den Vorschlag des Präsidenten stimmten. Nachdem sodann die Abstimmung in der bereits gemeldeten Weise erfolgt war, hielt Stortingenspräsident Berner eine kurze Ansprache, in der er unter anderem ausführte, mit diesem Beschlusse des Stortingens sei der Schlußstein auf das Selbständigkeitswerk gesetzt, das in diesem Jahre durchzuführen werden sei. Er schloß mit dem doppelten Wunsch: „Gott bewahre den neu erwählten König! Gott bewahre unser teures Vaterland!“ In diesen Wunsch stimmten die Mitglieder, die sich während der Ansprache des Präsidenten von ihren Sitzen erhoben hatten, ein.

Eine Kritik des mehr als sonderbaren Verhaltens der „sozialdemokratischen“ Abgeordneten finden die Leser an anderer Stelle.



### Von der Revierkonferenz der Ruhrbergleute

erhalten wir noch folgendes Stimmungsbild:

Vor allen Dingen zeigte sich eine ziemlich Gereiztheit gegen die Presse, die sensationsföchtige Presse. Eine Kritik war ja durchaus am Platze; auch wir waren schon in der Lage, verschiedene unterantwortliche Nachschafften an den Pranger zu stellen. Doch Effert, der christliche Führer, fiel mit seinem Borne, der sich besonders gegen das „Berliner Tageblatt“ richtete, beinahe auf. Es scheint ihn besonders zu ärgern, daß das genannte Blatt von einer Krise oder gar von einer bevorstehenden Palastrevolution im christlichen Gewerksverein geschrieben hat. Dem betreffenden Berichterstatter sagte er „Liebenswürdigkeiten“, die nicht von Pappe waren; daß Bestehen irgendwelcher Differenzen bestritt er ganz entschieden. Den Namen des Berichterstatters nannte Effert nicht, aber die Augen vieler Delegierten waren während seiner Rede auf August Brast gerichtet, der im Saale anwesend war, wohl als Berichterstatter für sein neues Organ, die „Buerische Zeitung“. Es ist nun interessant, daß gerade die Zentrumspresse die Effert'sche Rede mit heuchlerischem Augenaufschlag gegen die Sensationspresse auszuschlachten versucht. Dieser „frommen“ Presse wollen wir nun eine besondere Freude bereiten. Im Konferenzsaal war nämlich ein Delegierter, ein christliches Ausschussmitglied, ein Mann, der seit Bestehen des Vereins in führender Stellung war und noch nach dem letzten Streik wegen seiner Tätigkeit für den Gewerksverein ausgesperrt wurde; ein Mann also, der einigermaßen glaubwürdig erscheint. Und dieser Mann wurde etwas deutlicher wie Effert und erzählte ungeniert und treuherzig, daß man hinter diesen Sensationsnachrichten niemand anders als den Zentrums-Abgeordneten und Ex-Bergarbeiterführer August Brast vermutet. Es gelte jetzt nur noch einen Punkt aufzuklären, dann werde man Brast mit seiner Pension über die Klinge springen lassen. Ein polnischer Redner nahm besonders Bezug auf die verheerende Tätigkeit eines Bochumer Zentrumsblattes. . . .

So, nun mag die Zentrums-Presse weiter heucheln und sich entkräften.

Die Stimmung der Delegierten war eine erregte. Von eigentlicher Streiklust kann freilich keine Rede sein, was da zum Ausdruck kam, war mehr die Furcht vor einem neuen Streik. Wir wollen keinen Streik, aber wir rechnen mit der Möglichkeit eines Ausstandes, hieß es von allen Seiten. Aus verschiedenen Revieren wurde auch berichtet, daß dort die Erbitterung noch größer sei wie vor dem großen Streik im Januar. Die Eingabe ist nun beschlossen und abgefaßt, wie wird die Antwort lauten? Kirdorf, der Generaldirektor der Selskirkendener Bergwerks-Gesellschaft, hat durch Anschlag schon bekannt gemacht, daß das Oberbergamt die neue Arbeitsordnung genehmigt habe. Kirdorf wird wohl nicht gekunkert haben. Und dann kann man auch schon das Schicksal der Eingabe erraten.

Jedenfalls bewies die Debatte, daß durch die neue Arbeitsordnung unerträgliche Verhältnisse geschaffen worden sind. Die Praxis zeige, wie sie durch die Vergabegebung betrogen worden seien, sagten die Delegierten. Das Küssen sei zwar abgeschafft, aber durch das jetzige Strafsystem würden sie dreimal härter getroffen, wie sie auch zahlenmäßig nachwiesen. Die Seilfahrt gehe in einer Weise vor sich, daß das Leben der Bergleute in hohem Maße gefährdet sei. Förderkörbe, die sonst 12 Mann faßten, würden jetzt mit 54 belastet; hätte sonst die Förderschwindigkeit 6 Meter in der Sekunde betragen, so betrage sie jetzt 12 Meter.

Am meisten empörte es aber, daß einige Zechen in brutaler Weise die Delegierten gekümdigt haben, welche im Auftrage der Bergwerks-Abänderungsanträge zur Arbeitsordnung überreichten, also nur von einem gesetzlichen Recht Gebrauch machten.

Das alles aber, meinten einige Delegierten, würde im gegenwärtigen Augenblick keinen allgemeinen Streik herbeiföhren. Wenn es zum Kraach komme, dann infolge der immer noch nicht aufgehobenen Sperre und der Ueberweisungscheine. Bei Vespredung dieser Frage gebärdete sich Effert sehr radikal, was um so interessanter ist, als noch vor kurzer Zeit die Ueberweisungscheine von den christlichen Führern als ein Produkt der Phantasie sozialdemokratischer Agitatoren bezeichnet wurden. Die Konferenz hat den Beweis erbracht, daß die Ueberweisungscheine tatsächlich auf einer großen Zahl Zechen in Gebrauch sind. Die „Rh.-W. Zeitung“ hatte zwar geschrieben, mit der Behandlung der Frage der Sperre und der Ueberweisungscheine renne die Konferenz offene Türen ein, denn es bestche die Absicht, sie in der nächsten Zeit aufzuheben. Effert meinte aber, dem Scharfmacherblatt sei nicht zu trauen. Wenn gesagt worden sei, mit der Sperre habe man nichts Ungelegliches begangen, dann sage er, es gebe manche Menschen, die mit dem Kermel das Buchstaben des Gesetzes verstohlen hätten. Die Sperre sei unmoralisch und verstöße gegen die guten Sitten. Solange die Unternehmer sich solch unlauterer Kampfmittel bedienten, werde niemals Ruhe und Frieden im Ruhrrevier einkehren. . . .

Wären sich die Vertreter der verschiedenen Organisationen in Sachen der Sperre und der Eingabe an das Oberbergamt durchaus einig, so war es das Gegenteil in der Frage der Ausschusswahlen. Einig war man sich darin, daß das Institut der Ausschüsse in der durch das Berggesetz geschaffenen Form „keinen Pfifferling wert“ sei. Man war sich allgemein darüber klar, daß sie, sobald sie die Interessen der Bergleute ernstlich vertreten wollten, aufgelöst würden. Die Ausschüsse wurden als Dekoration und ihre Mitglieder als Statisten bezeichnet. Und ganz konsequent vertraten da die Verbändler den Standpunkt, daß man durch Nichtbeteiligung an der Wahl am wirkfamsten gegen ein solches Manstrum von

Geßetz protestieren könne. Umso mehr, als man jetzt schon wisse, daß auf 28 Zechen mit einer Belegung von 30000 Mann die Streikenden von der Wahl ausgeschlossen seien und die Streikbrecher die Ausschüsse aus ihren Reihen zu wählen hätten.

Das alles haben die Christlichen sehr gut ein, befürworteten aber trotzdem die Beteiligung an der Wahl, ja sie flehten die Verbändler beinahe darum an.

Nun, wir verstehen die inkonsequente Haltung der Christlichen sehr gut; sie müssen wählen um des Zentrums willen; wenn die Christlichen sich von der Wahl fernhalten wollten, so wäre das Zentrum blockgestellt und blamiert.

Die Entscheidung über die Beteiligung an der Wahl wird nun jede Organisation für sich treffen. Der Verband wird schon in den nächsten Tagen darüber beschließen.

### Aus der Partei.

Schippels Mandatniederlegung.

Der Parteivorstand erhielt vom Genossen Schippel am Montagabend folgenden Brief:

Berlin, 20. 11. 05.

Werter Genosse!

Dem Parteivorstande teile ich hierdurch mit, daß ich mein Reichstagsmandat für den Chemnitzer Wahlkreis niedergelegt habe. Bereits seit langem zwang mich mein Gesundheitszustand zu einer immer stärkeren Einschränkung meiner öffentlichen Tätigkeit. Die letzten Wochen haben meine Hoffnung auf Besserung derart herabgemindert, daß ich im Verzicht auf das Mandat den einzigen Ausweg sehe, um bei kommenden wähligen parlamentarischen Entscheidungen den Chemnitzer Arbeitern wieder eine aktivere Vertretung im Reichstag zu sichern.

Nach der Resolution (Frehthaler) des Bremer Parteitagess und nach der ihre in Bremen seitens des Fraktionsreferenten gegebenen Interpretation glaubte ich meine endgältige Entscheidung treffen zu dürfen, ohne vorher mit dem Fraktions- oder Parteivorstand die Rücksprache zu nehmen, die ich sonst ganz gern gesucht haben würde.

Selbstverständlich soll durch meine Mandatniederlegung meine Parteigehörigkeit in keiner Weise berührt werden.

Mit Parteigruß

Max Schippel.

Die vom Genossen Schippel angezogene Resolution Frehthaler des Bremer Parteitagess war nur ein Amendement zur Resolution Bebel gegen Schippels Haltung in der Frage der Lebensmittelpölle. Diese Resolution Bebel, die in namentlicher Abstimmung mit 284 gegen 44 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

Der Parteitag mißbilligt auf das Schärfste die Unklarheit und Zweideutigkeit, mit welcher der Genosse Schippel seit langem in Wort und Schrift sich gegenüber der Frage der Lebensmittelpölle gehalten und dadurch unseren Feinden Material gegen die Partei geliefert hat.

Wenn schließlich der Genosse Schippel durch die Fraktion zu klarer Stellungnahme gedrängt, erklärte, daß er Gegner der Agrarpölle sei und in der Posttariffrage die Stellung der Partei teile, so war es um so unbegreiflicher und unverzeßlicher, daß er seit Jahren seinen ganzen Scharfsinn und sein ganzes Können aufbot, um zu beweisen, daß vom agrarischen Standpunkt aus die Forderung der Agrarpölle gerechtfertigt sei, eine Aufgabe, die wahrlich nicht diejenige eines Sozialdemokraten sein kann.

Der Parteitag mißbilligt aber auch entschieden den häßlichen und hochfahrenden Ton, in dem der Genosse Schippel die Polemik gegen die Partei führte, ein Verfahren, das sich um so weniger rechtfertigt, als er seinen Standpunkt in der Agrarfrage von Grund aus getrockelt hat.

Das Amendement Frehthaler, das mit 150 gegen 126 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen wurde, lautet:

Der Parteitag erklärt weiter, daß das Vertrauen, dessen ein Genosse zur Bekleidung von Vertrauensstellungen in der Partei unbedingt bedarf, gegenüber dem Genossen Schippel auf das tiefste erschüttert ist und daß, wenn Schippel fortfährt, in der bisherigen Weise zum Schaden der Partei zu wirken, er gezwungen sein wird, die Konsequenzen seines Verhaltens zu ziehen.

Die Auslegung schließlich, die der parlamentarische Referent, Genosse Ledebour, ohne Widerspruch diesem Amendement gab, war diese:

„Im Sinne der Debatte bedeutet das Amendement, glaube ich, weiter nichts als das: es kann Schippel nicht mehr dasjenige Vertrauen geschenkt werden, das für einen Abgeordneten notwendig ist. Es soll ihm da nur in höflicher Form ausgedrückt werden, daß er augenblicklich zur Ausübung eines Mandats nicht befähigt ist. Faßt man das Amendement so auf, so hat es nichts Ehrenrühiges. Die Ehre Schippels wird nicht angetastet; ich bitte Sie, die Resolution Bebel mit dem Amendement anzunehmen, damit die Klarheit geschaffen werde, die nun einmal unbedingt notwendig ist.“ (Lebhafter Beifall.)

Wir fügen schließlich für heute nur noch das Stimmenverhältnis der letzten Chemnitzer Reichstagswahl an: es erhielten 1903 bei der Hauptwahl: Schippel 84208 Stimmen, der Nationalliberale 13078, ein freistämmiger Volksparteiler 8703, ein Zentrumsmandat 188. Danach erlangten wir das Mandat mit 66,9 Proz. aller abgegebenen Stimmen, ein Ergebnis, das es als sicher erscheinen läßt, daß unsere Chemnitzer Genossen das Mandat der Partei ohne weiteres auch bei der Neuwahl erhalten werden. Genosse Schippel, der 1869 in Chemnitz geboren ist, vertrat den Kreis ununterbrochen seit 1890.

Die Erklärungen, mit denen sich am Mittwoch die Berliner Parteifunktionäre, der Parteivorstand und die Prehkommission beschäftigten, werden in der „Brandenburger Btg.“ veröffentlicht; die Erklärung vom Verein „Arbeiterpresse“ lautet danach:

„Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ wurde von den sechs aus der Redaktion des „Vorwärts“ geschiedenen Redakteuren ersucht, sich mit dem Konflikt, der zu ihrer Kündigung führte, zu beschäftigen. Nach einer Aussprache mit den Redakteuren sowie dem Parteivorstand und den Vertretern der Berliner Prehkommission erachtete es der Verein „Arbeiterpresse“ für seine Aufgabe, vermittelnd einzugreifen, um nach Möglichkeit eine sachliche Klärung und den Abbruch der Polemik über die Streitfrage herbeizuföhren. Eine Verständigung dahin, daß die Kündigung rückgängig gemacht werde, war gegenstandslos, da die ausgeschiedenen Redakteure nicht die Absicht verfolgten, in die Redaktion wieder einzutreten.“

Die am . . . . . stattgehabte Unterredung, an der die Redakteure, der Parteivorstand und die Prehkommission des „Vorwärts“ teilnahmen, führte zu folgendem Ergebnis: Die Redakteure haben gekündigt, weil sie von den zur Kündigung führenden Verhandlungen des Parteivorstandes und der Prehkommission ausgeschlossen worden sind. Darin erblickten sie eine Herabschätzung und Beringeltung, die unvereinbar sei mit ihrer Stellung als Parteiredakteure, welche als solche auch Ver-

trauensleute und nicht nur bezahlte Angestellte der Partei sind. Der Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ hält es für selbstverständlich, daß die Kündigung von Parteifunktionären in Vertrauensämtern erst nach erfolgter Rücksprache mit ihnen vollzogen werden darf, natürlich unbeschadet des Rechtes der in Frage kommenden Instanzen, über die zu ergreifenden Maßnahmen unbeschädigt Beratungen zu pflegen.

Mit dieser Auffassung erklärten sich der Parteivorstand und die Berliner Prehkommission einverstanden. Sie sind bei dem von ihnen eingeschlagenen Verfahren in diesem besonderen Falle von der Meinung ausgegangen, die in früheren Sitzungen mit den Redakteuren geföhrteten Verhandlungen hätten den Redakteuren bereits hinreichend Gelegenheit gegeben, ihren Standpunkt zu vertreten, so daß von einer nochmaligen Aussprache abgesehen werden konnte.

Nachdem aber Parteivorstand und Prehkommission den vom Vorstand des Vereins „Arbeiterpresse“ betonten Grundsat erkannt haben, besteht für die sechs Redakteure, obgleich sie die früheren Verhandlungen nicht als Erfüllung des anerkannten Prinzips gelten lassen können, kein Anlaß mehr zu weiteren Auseinandersetzungen.

Da somit die Beteiligten sich über den Hauptstreitpunkt verständig haben, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, die Polemik über den „Vorwärts“-Konflikt einzustellen.“

Unterschriften.

Der Parteivorstand und die Prehkommission erklärten sich mit dieser Erklärung im großen und ganzen einverstanden, schlugen aber vor, dem Absatz 4 folgende Fassung zu geben:

Mit dieser Ansicht erklärten sich der Parteivorstand und die Prehkommission, ohne das Wort „unverbindlich“ für ihre Beratungen zu akzeptieren, einverstanden, wenn es sich um Kündigungen handelt, deren Anlaß in dem persönlichen Verhalten des Redaktionsmitgliedes oder in der allgemeinen prinzipiellen und tatsächlichen Auffassung der Redakteure liegt. Da aber in letzterer Beziehung schon seit mehreren Jahren wiederholt ohne Erfolgs Besprechungen stattgefunden haben, bei denen die Redakteure Gelegenheit hatten, ihren Standpunkt zu vertreten, haben Parteivorstand und Prehkommission, von der Rücklosigkeit einer nochmaligen Aussprache überzeugt, davon Abstand genommen. Ferner sollte der Schlußsatz wie folgt geändert werden:

Da auch der Parteivorstand und die Prehkommission auf weitere Auseinandersetzungen in dieser Angelegenheit verzichteten, richten wir an die Parteipresse das Ersuchen, unbeschadet der Berichtstattung über die Stellungnahme der Parteifunktionäre, die Polemik über den „Vorwärts“-Konflikt einzustellen. Nachdem die Erklärungen von den Berliner Parteifunktionären abgelehnt worden sind, haben sie nur noch historischen Wert.

Genosse J. J. Ehrhart, Mitglied der Kontrollkommission, nicht einer der Parteifunktionäre, hat die „Mündener Post“ in konservativen Erinnerungen schweigend schreibt — hat einen Artikel in der „Bläser Post“ (Waldow, a. M.) veröffentlicht, in dem er sich über den „Vorwärts“-Konflikt äußert. Daß Ehrhart die Partei der sechs ausgeschiedenen „Vorwärts“-Redakteure nimmt, ist bei ihm selbstverständlich. Daß er in seinem Artikel etwas rellamantös „von der Exmittierung der sechs aus dem „Vorwärts“ sprich, macht auch seinem guten Herzen alle Ehre, es entspricht nur nicht der Wahrheit. Bekanntlich dachte niemand daran, die sechs Redakteure zu entlassen. Vorstand und Prehkommission hatten sich nach langen Verhandlungen verständigt, dreien von den sechs zu kündigen; daß die anderen drei sich aus Solidaritätsgelüh ihnen anschließen, ist sehr lobenswert, rechtfertigt aber nicht die Behauptung, man habe auch sie „exmittieren“ wollen, um im Stile Ehrharts zu reden.

Ehrhart findet, daß die Berliner Genossen nicht das ausschließliche Bestimmungsrecht über die tatsächliche oder prinzipielle Haltung des „Vorwärts“ besitzen, so lange der „Vorwärts“ Zentralorgan der Partei sei. Das ist vollkommen richtig. Die Berliner Prehkommission hat deshalb im Einverständnis mit dem Parteivorstande gehandelt, denen beiden allerdings und unbestritten die Kontrolle und das Bestimmungsrecht über die tatsächliche und prinzipielle Haltung des Zentralorgans zusteht. Als Mitglied der Kontrollkommission kann Genosse Ehrhart den Versuch machen, daß das Vorgehen des Parteivorstandes und der Berliner Prehkommission durch die Kontrollkommission getadelt und soweit möglich relluziert wird. Gelingt ihm dieses nicht, so bleibt ihm allerdings nur die Hoffnung auf den nächstjährigen Parteitag, der bekanntlich in der nächsten Nähe von Waldow gehalten, in Mannheim, stattfindet. Trotzdem sehen wir auch dessen Anteil sehr ruhig entgegen. Es dürfte alsdann auch der Genossen in der Süddeutsche Deutschlands ein Licht aufgesteckt werden, das ihnen bisher weder durch ihre Parteipresse, noch durch ihre sonstigen leitenden Organe angeleuchtet worden ist, und eine Erleuchtung ist dort dringend nötig.

Selbstverständlich gehört Ehrhart jetzt plötzlich auch zu denen, die meinen, dem „Vorwärts“ müßte der Charakter als Zentralorgan genommen werden. Vor Rische las man's anders.

Ehrhart schließt seinen Artikel folgendermaßen:

„Während früher unser alter Liebsteht, unser Auer u. a. zur rechten Zeit eingriffen, um die Partei vor Skandalen, wie sie uns während der letzten Jahre befiert wurden, zu bewahren, ist das jetzt nicht mehr der Fall. Wir erkennen erst jetzt, was uns die Genannten gewesen sind. Diese alten Führer sind in ihrem Einfluß kaum zu ersetzen. Das muß zwar keinen bleibenden Nachteil für die Partei bedeuten; denn unsere Partei ist keine Sekte, die auf Personen eingeschworen ist, aber er könnte eintreten, wenn wir nicht rechtzeitig und gründlich die Kläden, die die Alten hinterlassen, ausfüllen. Es würde zu weit föhren, darauf des näheren einzugehen. Ich will mich vorerst auf diese Anregungen beschränken. Jedenfalls kann es so wie jetzt weiter nicht weitergehen. Eine Herbedur, wie sie jetzt im „Vorwärts“ vorgenommen wurde, dürfte aber zu einer Gesundung nichts weniger als geeignet sein.“

Hier spielt die Phantasie dem Genossen Ehrhart einen bösen Streich. Er hat ganz vergessen, was sich für „Parteiisandalen“ von Wyden 1880 bis 1900, dem Sterbefahr Liebstehts, und den Jahren der Volltätigkeit Auer abgespielt haben, in denen die beiden Genannten sehr aktive Rollen spielten. Wir wollen von den „Parteiisandalen“ auf den Kongressen in Wyden 1880, Kopenhagen 1883 und St. Gallen 1887, sowie von den „Fraktionsisandalen“ 1889 und 1884/85 absehen, sondern uns auf die „Parteiisandalen“ beschränken, die von 1890 bis 1900 sich zugetragen haben. Also:

1891 Erfurt: gegen die Jungen und Vollmars. Rändgener Kolonnenmöbre; 1892 Berlin: gegen Vollmars Stellung zum Staatssozialismus; 1894 Frankfurt a. M.: gegen die Abstimmung der bayerischen Landtagsgenossen für das Budget; 1895 Breslau: gegen das Agrarprogramm; 1896 Göttingen: gegen die Redaktion des „Vorwärts“; 1897 Hamburg: gegen Schippels Kanonentende; 1898 Stuttgart: gegen die Haltung Schippels zum Schubsoß; Beginn der Differenzen mit Bernstein; 1899 Hannover: gegen die durch Bernstein infingierten revisionistischen Bestrebungen, ein „Parteiisandal“, der bekanntlich Jahre währte, in Mainz, Lübeck und Dresden nachwirkte und seinen Wipfelspunkt in dem blamablen Millerand-Skandal erreichte; 1900 in Hannover auch „Parteiisandal“ mit Schippel wegen seiner Stellung zum Volkswirtschaftssystem.

Alle diese Parteiisandalen, die zum Teil weit heftiger waren als der sogenannte „Vorwärts“-Skandal, haben der Partei zum Besten gebient, sie halten verwirrte Situationen klären und die Partei stärken, und auch die Herbedur des „Vorwärts“-Skandal hat bereits zur Gesundung geföhrt. Ehrhart hat allerdings in fast allen Parteiisandalen der letzten fünfzehn Jahre eine leidende Rolle gespielt, er stand meist auf der Seite der „Geprügelten“, deshalb mag er sie so reich vergessen haben. Einmalig war's auch bei ihm anders, aber lang, lang ist's her!

Die „Parteilandale“ würden übrigens seltener sein, wenn nicht so viele von den alten führenden Genossen im Laufe der Jahre un-  
gefallen wären und diese Tatsache die Partei immer wieder nötigte,  
mit denselben ins Gericht zu gehen. Wenn der „Walzgras“ und  
eine Anzahl anderer führender Genossen einmal eine gründliche  
Revision bei sich selbst vornehmen wollten, wahrlich gäbe  
es sehr viel weniger „Parteilandale“.

Die Frankfurter „Vollstimme“ weist auf unsere alten- und  
dauernhafte Feststellung, daß sie schon lange vor der Denkschrift des  
Vorstandes auf das einseitige gegen Vorstand und Präskommission  
zugunsten der ausgeschiedenen Redakteure ihre Deise zu beeinflussen ver-  
sucht hat, nur das Verlangen zu stellen, daß wir ihre Ergüsse vom  
26., 27. und 28. Oktober hier ganz wiedergeben sollen. Darauf müssen  
wir verzichten, wir haben die hauptsächlichsten Kraftausdrücke der  
Redaktion und ihrer Mitarbeiter gegen Vorstand und Präskommission  
wörtlich zitiert; das scheint uns im Parteinteresse und im Interesse  
der Wahrheit vorläufig genügend.

Interessant dürfte aus der jetzigen Erwiderung des Frankfurter  
Parteiorgans nur noch sein, daß sie von dem herabgesetzten Hege-  
briefe Sidelums jetzt abdrückt und seine Publikation nur  
damit entkündigt, daß sonst „unsere Reichstagsabgeord-  
neten mundtot gemacht wären“. Daß Gott erbarmt! —  
Und dann verrät die „Vollstimme“ der Welt noch etwas: „Gerade  
Genosse Sidelum aber mußte schon zu jener Zeit genau, um was  
es sich handelte.“ Da Genosse Sidelum vor anderen nichtbeteiligten  
Genossen keinerlei Vorrecht seitens des Parteivorstandes und  
der Präskommission genossen hat, wie wir feststellen können,  
so ist klar, woher er „zu jener Zeit (d. h. vor der Denkschrift!  
Die Red.) schon genau wußte, um was es sich handelte.“ Diese  
Feststellung durch die „Vollstimme“ bedürfte es zwar nicht mehr,  
aber da sie sie nun einmal macht, wollten wir sie auch noch wieder-  
geben.

In derselben Nummer, in der die „Vollstimme“ auf unsere  
angegebenen Feststellungen zu erwidern versucht, stellt sie ihrerseits  
aber wirklich fest, daß keinerlei Scheidung von Herrn Berliner  
Inspiratoren stattgefunden habe. Sie beweist das in der Tat auch  
sofort durch neueste Mitteilungen ihres Berliner m-Korrespondenten,  
die sich auch in der tendenziösen Mache sofort wieder in nichts von  
seiner früheren untercheiden. So telegraphiert er z. B. über die  
Sitzung der Berliner Parteifunktionäre, des Parteivorstandes  
und der Präskommission vom Mittwoch, daß „schließlich die  
Resolution Kronz zurückgezogen wurde“, während sie be-  
kanntlich ebenso glatt wie ausdrücklich durch Abstimmung einstimmig  
abgelehnt wurde.

Bei dieser ganzen Verwirrung und Zerküpfung ist es denn auch  
kein Wunder, daß noch immer für die „Vollstimme“ eine „Partei-  
krisis“ existiert. Dazu schreibt jetzt auch unser Kieler Partei-  
organ: „Wir müssen uns doch gegen diese Methode wenden.  
Selbst angenommen, die abgegangenen Redakteure wären  
alle sechs als Parteigenossen, Journalisten und Menschen Engel vom  
Schlage der Seraphim und Cherubim und ihnen wäre obendrein —  
was bekanntlich nicht unsere Ansicht ist — das bitterste Unrecht ge-  
schehen, so könnte selbst dann von einer Parteikrise um dieser Per-  
sonen willen keine Rede sein. Wir leben in dem Wort „Partei-  
krisis“ den unüberlegten Gedankenausbruch eines in undemokratischem  
Personenkultus befangenen Gemütes.“ Wir haben schon neulich ge-  
sagt, woher wir uns diese Methode des Frankfurter Parteiorgans  
erklären.

Die bürgerliche Presse treibt über den Konflikt die tollsten  
Blüten; eine in dem Blatte des biedereren Müller-Sagan-Sprotaut-  
Dichterbilde haben wir schon in unserer vorigen Nummer zur Er-  
weiterung der Parteigenossen hier aufgestellt. Unser Raum gestattet  
es leider nicht, mit ähnlichen ebenso zu verfahren; nur, was sich in  
seiner Sonntagsnummer das „Reich“ des alten arischen Siedler  
über den Konflikt wie sonst leistet, soll zunächst niedriger gedrängt  
werden. Es ist ein ganzer Mattenschein von Lug und Trug und  
geistiger Verwirrung: erstens wird die Originalnotiz im  
Dessauer Parteiorgan, daß Peus allerhöchst selbst eine Ver-  
sammlung besuchen werde, in unser Bremer Organ verlegt,  
während die Glosse, die die „Bremer Bürgerzeitung“ zu der  
zitierten Notiz aus Dessau machte, unserem Leipziger  
Bruderorgan zugeschrieben wird! Weiter: die Mitteilung  
von der Absicht der Hamburger Genossen, über den „Vorwärts“  
Konflikt eine Versammlung mit Debel als Referenten abzuhalten,  
und der Ablehnung dieses Referats durch den Parteivorstand, —  
diese Mitteilung, die der „Vorwärts“ bekanntlich zuerst bringen  
konnte, schreibt das „Reich“ der „Münchener Post“ zu und  
schlabbert dazu:

„Vorwärts“ und Mehring verschweigen sonderbarerweise diese  
Meldung. Sollte man „allerhöchsten Parteiorde“ die Publizierung  
nicht für „opportunist“ gehalten haben?“

Was liegt hier mehr vor: Wahnwitz, Dummheit oder absicht-  
liche Lüge? Das ist die Preisfrage.

## Soziales.

Ist Sonntagsheiligung strafbar? Aus der Gegen- von Tapan  
(Düppel) wird und geschrieben: „Du sollst den Feiertag heiligen,  
lautet das dritte Gebot.“ So nahm ein noch kirchlich denkender  
Landarbeiter an und war erstaunt, als gegen ihn — wegen  
Sonntagsheiligung (nicht wegen Verletzung der Sonntagsheiligung)  
ein Strafverfahren beantragt wurde. Der Sachverhalt ist folgender:  
Die Kinder des Landarbeiters Rudolf und anderer auf dem Gute  
Einzig bei Tapan beschäftigter Landarbeiter sollten eingesetzt  
werden. Die Eltern erbat vom Gutsherrn, Rittmeister Hochstade,  
Umlauf, um zur Kirche gehen zu können. Der Umlauf wurde aber  
abgelehnt. Die Landarbeiter gingen trotzdem zur Kirche und  
wohnten der Einsegnung ihrer Kinder bei. Als sie aus der Kirche  
amen, wurden sie sofort zur Arbeit bestellt. Diesem Vergehren lassen  
sie nicht gleich nach. Darauf wurde gegen sie Strafverfahren wegen  
„Ungehorsam“ und „Verweigerung der Arbeit“ gestellt. Die Arbeiter  
erwarten nun einen Strafbefehl dafür, daß sie dem dritten Gebot  
nachkommen wollten. Inzwischen ist ihnen klar geworden, daß die  
Kirche sie nicht schätzen werde und daß auch ihr Recht auf freie Ver-  
tägung ihrer religiösen Überzeugung allein von der sozialdemo-  
kratischen Partei verteidigt werden kann. Sie haben sich an einen  
Parteigenossen gewendet.

Einschränkung der Sonntagsruhe. In diesem Jahre fallen der  
24. und 31. Dezember auf Sonntage. Infolgedessen ist aus Geschäfts-  
reisen der Wunsch ausgesprochen, an diesen beiden Tagen aus Rück-  
sicht auf den gesteigerten Geschäftsverkehr zu Weihnachten und Neu-  
jahr die Geschäftszeit über die regelmäßige hinaus um fünf Stunden  
hinaus auszudehnen. Ein ministerieller Mandat verfügt, wie jetzt  
verlautet, diesen Anträgen entsprechend, daß eine Verlängerung  
der Geschäftszeit im Handelsbetriebe an jenen beiden Sonntagen,  
soweit sie nach den örtlichen Verhältnissen gerechtfertigt sein sollte,  
zu erfolgen hat. Jedoch soll auch im laufenden Jahre keinesfalls  
eine Verlängerung der Geschäftszeit um mehr als sechs Sonn-  
oder Festtagen — für den Papierhandel an mehr als sieben Sonn- oder  
Festtagen — statthaft sein. — Ob der Erlaß mit den geprüften  
Vorwürfen vereinbar ist, mag dahin gestellt bleiben. Jedenfalls  
widerstreitet er auf das lebhafteste dem den Sonntagsruhevorschriften  
zu Grunde liegenden Gedanken, daß dem Angestellten wenigstens an  
einem Teil eines Tages aus hygienischen und sozialen Gründen  
Ruhe gewährt werden müsse. Ist dieser Gedanke schon durch Gesetz  
und allerlei Beschränkungen so vielfach durchbrochen, daß nur noch  
von einem kleinen Rest der Sonntagsruhe gesprochen werden kann,  
so muß gegen diese weitere Verkürzung der Ruhezeit aufs ent-  
schiedenste Protest eingelegt werden.

Zur Fleischaufgabe. Auf Anregung der Breslauer Filiale des  
Verbandes deutscher Tapezierer unternimmt dieser zurzeit Er-  
mittlungen über Tapeten und Vorhänge, die leicht färbbar, sehr stauben-  
oder die während der Verarbeitung Zeichen von Giftigkeit nach-  
weisen, d. h. deren Verarbeitung Unwohlsein, stechenden Kopfschmerz,  
Erbrechen sowie völlige Vergiftung hervorrufen. Leider werden trotz  
der Verbote und Strafbestimmungen, die die Gezege vom 14. Mai 1879

und 25. Juni 1887 enthalten, zur heutigen Tapetenfabrikation nach-  
weislich, ohne Rücksicht auf das Leben und die Gesundheit der in  
Frage kommenden Personen, Arsenik, Blei, Kupfer usw. verwendet;  
der Verband bittet daher alle Meister und Gehilfen, Proben der-  
artiger Tapeten nebst Angaben über Verarbeitung und Folgen, sowie  
überhaupt Meldungen von Unfällen, die oben angeführte Stoff-  
nehmungen berühren, baldigst mitzuteilen, damit weitere Schritte  
unternommen werden können. Alle Mitteilungen und Sendungen  
von Tapetenproben sind zu schicken an Albert Paoge, Breslau 9,  
M. Fürstent. 21.

Der englische Arbeitsmarkt. Nach der „Labour Gazette“ war  
das Geschäftsleben im vergangenen Monat besser als im Parallel-  
monat des vorigen Jahres. An der Besserung sind alle haupt-  
sächlichsten Arbeitszweige, mit Ausnahme des Baugewerbes, beteiligt.  
Die 270 beratenden Trades Unions mit einer Mitgliedschaft von  
585 288 hatten 29 500 (5,1 Proz.) Arbeitslose, gegen 5,8 im vorher-  
gegangenen Monat und 6,8 Proz. im Oktober 1904. Ebenso waren  
die Lohnänderungen den Arbeitern günstig, das Reinergebnis dieser  
Änderungen ist eine Zunahme der Löhne um 810 Pfund Sterling  
die Woche, aber der Hauptanteil an diesen Lohnhebungen entfiel  
auf die Vergleute, die seit mehreren Jahren unter Lohnherabsetzungen  
zu leiden hatten.

## Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Wann gehört eine Weihnachtsgratifikation zum Gehalt? Diese  
Frage beschäftigte das Gericht in der am Sonnabend verhandelten  
Klage eines Buchhalters gegen die Aktiengesellschaft „For-  
tuna“. Zwischen beiden war das Arbeitsverhältnis regulär gelöst  
worden. Doch machte der Kläger Anspruch auf einen Teil der ihm  
beim Engagement zugesicherten Weihnachtsgratifikation, deren Zah-  
lung die Beklagte jedoch verweigerte. Vor Gericht erstreckte sich die  
Beweisnehmung auf die Form der Abmachung. Der Kläger be-  
hauptete, ihm sei beim Engagement mündlich versichert worden, er  
erhalte zu seinem Gehalt einen bezahlten Sommerurlaub und  
außerdem eine Weihnachtsgratifikation in Höhe eines Monatsgehalts.  
Dem hielt der Vertreter der Beklagten entgegen, daß von einer  
direkten Zusage der Gratifikation keine Rede sein könne,  
vielmehr sei dem Kläger beim Engagement nur beiläufig gesagt  
worden, bei der Firma sei es üblich, den Angestellten eine  
Weihnachtsgratifikation zu gewähren. Stillschweigende Voraus-  
setzung wäre natürlich, daß der betreffende Angestellte auch bis Wei-  
chnachten für die Firma tätig gewesen sein müsse. Die definitive  
Urteilsverhandlung wurde vom Gericht noch ausgesetzt, weil noch ein  
Zeuge über die Form der beim Engagement getroffenen Verein-  
barungen vernommen werden soll. Prinzipiell erklärte das Gericht  
jedoch sofort, daß, falls die Abmachungen in der vom Kläger dar-  
gestellten Weise getroffen seien, die Weihnachtsgratifikation als  
zum Gehalt gehörig zu betrachten wäre und entsprechend der  
Tätigkeitsdauer des Kaufmannsgehälts bis zum Tage  
seines Abganges mit zur Verrechnung gelangen müsse. Der  
Firma stehe dagegen das Recht zu, den auf die Tätigkeitsdauer ent-  
fallenden Teil der Gratifikation erst zu Weihnachten des laufenden  
Jahres an den vorher abgegangenen Gehälts anzuzahlen. Eine  
Pflicht zur Zahlung des Betrages beim Abgang lege nicht  
vor. — Nach dem Urteil und der Rechtsprechung der Verwaltungs-  
gerichte und der ordentlichen Gerichte gehört eine Gratifikation stets  
zum Gehalt, wenn sie ausdrücklich vereinbart war oder ihre still-  
schweigende Vereinbarung aus den Umständen (z. B. jahrelang be-  
stätigter Zahlung) zu schließen ist.

Krankheit der Angestellten führt sehr häufig zur sofortigen Lösung  
des Arbeitsverhältnisses und damit zu Klagen wegen unberechtigter  
Entlassung. Ein eigenartiger Konfliktfall dieser Art lag einer Klage  
zugrunde, die ein Kontorist gegen die Generalagentur von  
Veder u. Jahn angestrengt hatte. Der Kläger war 5 Wochen  
und 4 Tage krank gewesen, hatte darauf 8 Tage gearbeitet und dann  
einen Rückfall in die alte Krankheit bekommen. Da nun der Kläger  
auch schon kurz vor Ausbruch des ersten Krankheits mal 2 Tage lang  
wegen Unwohlseins gefehlt hatte, so glaubten die Beklagten, sie  
könnten diese 2 Tage mit jenen 5 Wochen und 4 Tagen zusammen als  
einheitliche Krankheitsdauer von 6 Wochen betrachten, wodurch das  
Arbeitsverhältnis auch ohne Innehaltung der Kündigungsfrist gelöst sei.  
Aus diesem Grunde teilten sie dem Erkrankten beim Rückfall in die  
Krankheit mit, daß sie ihn fortan nur noch diätarisch beschäftigen  
würden, das früher vereinbarte Arbeitsverhältnis auch vor Ablauf  
der eigentlichen Kündigungsfrist jedoch als gelöst ansehen. Hiermit  
war der Kläger jedoch nicht zufrieden, sondern forderte sein Gehalt  
bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, weil bei seiner ersten  
Erkrankung die erwähnten zwei Tage nicht mitzählen  
können, also nicht von einer vollen sechswoöchentlichen  
Krankheit gesprochen werden könne. Ebensovoll sei der Rückfall in  
die Krankheit den ersten fünf Wochen und vier Tagen zuzuzählen,  
weil acht wirklich geleistete Arbeitstage dazwischen lägen. Mit ihm  
bestehe das früher vereinbarte Arbeitsverhältnis mit Monatsgehalt  
und gesetzlicher Kündigung noch zu Recht und die Entlassung wegen  
Verweigerung der ihm zugemuteten diätarischen Beschäftigung sei zu  
Unrecht erfolgt. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch gestern das  
Gericht, und da die Beklagten einen gütlichen Vergleich ablehnten,  
so wurden sie zur Zahlung des vom Kläger beanspruchten Betrages  
von 75 M. rechtskräftig verurteilt.

## Versammlungen.

Die Maschinisten und Heizer hielten am Sonntag in Voigts  
Ritteraläen eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der  
besonders das Verhältnis der Maschinisten und Heizer als Organi-  
sation zu den übrigen Gewerkschaften besprochen wurde. Von den  
verschiedensten Rednern wurde diese Angelegenheit geführt, daß andere  
Gewerkschaften bei Streiks und Lohnbewegungen in den einzelnen  
Betrieben an den Heizer in seinem einfachen Arbeitsraum im mer  
erst zu letzt dächten, dann aber ganz plötzlich von ihm ver-  
langten, er solle aus Solidarität mit den übrigen Streikenden  
ebenfalls die Arbeit einstellen. Vorher mache man ihn meistens  
gar nicht darauf aufmerksam, daß der Betrieb für eine Lohn-  
bewegung überhaupt in Frage komme, so daß er sich deswegen  
selbst rechtzeitig mit seiner Organisation in Verbindung setzen  
könne. Ein Hand in Hand gehen mit den übrigen Betriebsarbeitern  
lasse deshalb schon sehr zu wünschen übrig, weil die gegenseitige  
Verständigung so schwierig sei. Tags über komme der Heizer oder  
Maschinist mit den übrigen Arbeitern kaum in Verbindung, und  
morgens und abends geschehe es erst recht nicht, weil er seine  
Arbeit früher beginnen und später beenden müsse wie die anderen.  
So sehe er denn heimlich im letzten Moment vor einer voll-  
endeten Tatsache und solle dann plötzlich Solidarität üben. Hier  
müsse unbedingt Wandel geschaffen werden. Andere Redner führten  
demgegenüber aus, daß es viele Kollegen selbst an dem nötigen  
Zusammenhang mit den Betriebsarbeitern fehlen ließen. Sie be-  
trachteten den Arbeitsraum gewöhnlich als ihr Himmelreich, in dem  
niemand anders etwas zu suchen habe und trügen daher selbst zu  
ihrer Isolierung bei. Auch das Verbandsorgan habe ein gut Teil  
Schuld daran, daß die Kollegen so wenig Interesse an den Außen-  
vorgängen hätten. Es müßte etwas weniger Fachartikel, dafür  
aber mehr gewerkschaftliche Aufklärungartikel enthalten, dann  
würde auch der leidige Junksdübel verschwinden und das Zu-  
sammengedrängte Gefühl mit den übrigen Arbeitern mehr gestärkt  
werden. Der Vorstand empfahl, die Kollegen möchten überall dort,  
wo die übrigen Betriebsarbeiter in Lohnbewegungen eintreten, so-  
fort die Organisationsleitung benachrichtigen, damit für die dabei  
in Frage kommenden Maschinisten und Heizer sogleich die richtigen  
Verhaltensmaßregeln gegeben werden könnten. Allerdings würde  
die Organisationsleitung dann auch darauf dringen, daß, wenn von  
den Maschinisten und Heizern Solidarität verlangt werde, dann  
auch die anderen Organisationen die Verpflichtung übernehmen  
müßten, nicht eher wieder in die Betriebe hineinzugehen, bis nicht  
auch den Maschinisten und Heizern die Rückkehr an ihre alten Plätze  
gesichert sei. Hierzu bemerkten weitere Redner: Es dürfe nicht  
wieder so geben wie bei der Aussperrung in der Elektro-Industrie.  
Wegen der 50 Schraubendreher lassen sich Zehntausende von

Arbeitern aussperren; um die nicht wieder eingestellten Maschinisten  
und Heizer aber bekümmere sich kein Mensch, die lasse man ruhig  
am Hungertode nagen, und dann verlange man noch Solidarität  
von ihnen. Darauf wurde geantwortet, so schlimm sei es denn  
doch nicht. Bei jedem Kampfe blieben eine Anzahl kämpfende auf  
der Straße, und anders sei es hier auch nicht. Jede der an der  
Aussperrung beteiligten Organisationen habe noch heute  
eine Anzahl Draufgehülbedener, die dann eben aus Organisations-  
mitteln unterstützt werden müßten, bis sie anderweitig unter-  
gebracht seien. Und das geschehe auch jetzt bei den nicht wieder  
eingestellten Maschinisten und Heizern. — Im Anschluß hieran  
wurde das eigenartige Verhalten der Direktion der A. E. M.  
gegenüber den sich zur Wiederaufnahme der Arbeit meldenden  
Maschinisten und Heizern in den elektrischen Kraftzentralen zur  
Sprache gebracht. Entgegen den beim Friedensschluß getroffenen  
Abmachungen seien die am Streit beteiligten Maschinisten und  
Heizer wochenlang abgemiesen worden. Nach heute seien jetzt 40  
von ihnen drauhen. Besonders scharf abweisend habe sich der  
Betriebsleiter der Zentrale Mauerstraße benommen. Wie mit-  
geteilt wurde, soll eine geheime Anweisung von der  
Direktion aus an die Leiter ergangen sein, eine bestimmte Anzahl  
der früheren Streikenden vor Ablauf eines Vierteljahres nicht  
wieder einzustellen. Auch scheint es, als wolle man bei den Auf-  
genommenen eine gewisse Altersgrenze nicht überschreiten, weil in  
erster Linie die Leute im Alter von über 40 Jahren zurück-  
gewiesen wurden. Die Meinung ging dahin, daß diese Maßnahme  
wohl getroffen sei, um die alten Leute auf diese Art um die Zu-  
wendungen aus den vielgerühmten Wohlfahrtsfonds zu bringen.  
Daher nach einem bestimmten Maßregelungsplan verfahren werde,  
scheine auch schon daraus hervorzugehen, daß ein Teil der während  
des Streiks ausgestellten Entlassungsscheine von weißer und ein  
anderer Teil von bläulicher Farbe war. Beschlossen wurde,  
der Vorstand solle sich durch das Zentralausschuß noch einmal  
wegen der Wiedereinstellung der noch unberücksichtigt gebliebenen  
Streikenden an die Generaldirektion der A. E. M. wenden. Ferner  
wurde beschlossen, über die Aussperrung und ihre Folgen in einer  
späteren Versammlung noch gründlicher zu diskutieren.

Die Werkzeugmacher der Spezialbetriebe (Metallarbeiter-Ver-  
band) hielten am Sonntag im Gewerkschaftshause eine Konferenz  
ab, in der die Folgen der Aussperrung in der Elektro-Industrie  
speziell für diese Berufsgruppe eingehend erörtert wurden. So sind  
z. B. im Berl. Puttenstraße der A. E. M. eine Anzahl Werkzeug-  
macher nicht wieder eingestellt worden, und in den  
übrigen Werken jenseits der A. E. M. wie auch bei Siemens-Schuckert  
hat man einen Teil der Werkzeugmacher die demnächstige Ent-  
lassung in Aussicht gestellt, angeblich wegen Mangel an Be-  
schäftigung. Dabei ist es jedoch Tatsache, daß diese Gesellschaften  
größere laufende Aufträge an die Spezialbetriebe in Berlin und  
noch auswärts vergeben haben. Es liegt daher die Vermutung  
nahe, daß eine bestimmte Anzahl von Werkzeugmachern aus diesen  
Großbetrieben hinausgedrängt werden soll, um die übrigen dadurch  
zu veranlassen, billiger zu arbeiten und Lohnreduktionen einen  
weniger geschlossenen Widerstand entgegenzusetzen. Da nun in den  
kleineren Spezialbetrieben die Löhne teilweise niedriger sind, wie  
in den Großbetrieben, so war sich die Konferenz darüber schlüssig,  
daß rechtzeitig geeignete Maßnahmen zur Einführung bestimmter  
Mindestlöhne und zur Einschränkung des Ueberstundenwesens für  
die Arbeiter der Spezialbetriebe getroffen werden müßten, ebenso  
auch der übermäßigen Lehrlingszucht, die dieselben entgegenzuwirken  
sei, um dadurch die Differenz in dem Herstellungspreis der Arbeit,  
wie sie gegenwärtig in den Groß- und Spezialbetrieben besteht,  
wirksam auszugleichen.

## Gerichts-Zeitung.

Die Unzucht vor Gericht. Eine Kinematographenvorstellung  
im Gerichtssaal fand gestern vor der 7. Strafkammer des Land-  
gerichts I statt. Nicht weniger als acht Personen sahen auf der  
Anklagebank, um sich wegen Ausstellung, Verbreitung und Verkaufs  
unzüchtiger Bilder zu verantworten. In einem Rudelzettel des  
Grundstücks Vordstraße 56 führten der Kaufmann Edmund H. Hase  
und der Schausteller Wilhelm K. r e m s a u „Lebende Photographien“,  
zum Teil in separaten Hertensvorstellungen“, vor. Gleiche Vor-  
stellungen wurden von dem Schausteller Wilhelm Feindt in  
einer Hude auf dem Grundstück Margrafendamm 26 veranfaßt.  
Verschiedene dieser lebenden Photographien wurden als unzüchtig  
befunden, so „Der verliebte Stiefelputzer“, „Alles schützt vor Lor-  
chei nicht“, „Das Morgenbad“ usw. Ein Teil dieser Bilder war von  
der Pariser Firma Pöschle Freres durch den Kaufmann Ernst  
Dürkel bezogen worden. Die übrigen Angeklagten waren gleich-  
falls an der Verbreitung beteiligt. Die Verteidiger bestritten,  
daß die Abbildungen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl verletzten.  
Im den Gerichtshof in den Stand zu setzen, die Wirkung der  
Bilder, wenn sie in Lebensgröße erscheinen, zu prüfen, wurde aus  
der Strafkammer eine „Dunkellammer“ gemacht, das Tageslicht  
wurde soviel als möglich abgesperrt und mit Hilfe des Biographen  
die Bilder auf eine aufgespannte Leinwand gemworfen. Der Ge-  
richtshof kam auf Grund dieser Augenscheinnahme zu dem Er-  
gebnis, drei der vorgestellten Bilder für unzüchtig zu erklären.  
Da aber nicht sehr große Anstößigkeiten vorlagen, verurteilte der  
Gerichtshof die Angeklagten Hase, Kremkau und Feindt zu je  
20 M., den Angeklagten Dürkel zu 10 M. Geldstrafe. Die  
übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Versuchte Engelmacherei? Eine schwere Anschuldigung führte  
den Kaufmann Johann Karl Bras gestern auf die Anklagebank  
der 3. Strafkammer des Landgerichts I. Ihm wurde zur Last ge-  
legt, eine Frau Krolle zur Begehung eines Verbrechens mündlich  
aufgefordert und dafür eine Belohnung versprochen zu haben. Dem  
Angeklagten war von seiner Frau zweiter Ehe ein Kind geboren  
worden. Letzteres blieb am Leben, während die Mutter am Kind-  
bettfieber verstarb. Nach deren Tode gab der Angeklagte das Kind  
der Arbeiterfrau Krolle in Pflege und erkundigte sich jede Woche  
nach ihm. Wie Frau K. behauptet, habe der Angeklagte sie schon  
in der ersten Zeit aufgefordert, das Kind heiseite zu  
bringen. Die Frau verweigerte sich zur Befruchtung dieser schweren  
Anschuldigung auch auf ihren Schwager, in dessen Gegenwart der  
Angeklagte eines Tages sie wieder aufgefordert habe, das Kind  
in einen Eimer Wasser zu stecken oder ihm Nord-  
häuser zu trinken zu geben. Er soll der Frau 50 M.  
dafür geboten, Frau K. will aber darauf erwidert haben: „Sie  
habe lieber zehn Kinder in dem Kissen, als eins auf dem Gewissen.“  
Das Kind ist einige Wochen nach der Geburt an Schwäche ver-  
storben. Der Angeklagte bestritt entschieden, jemals betrübliche An-  
erdigungen der Frau K. gemacht zu haben und wies darauf hin,  
daß es sich hier um ein Komplott ihm feindseliger Frauen handele,  
die auf Anstiftung einer dritten ihm eine Erbe graben wollten.  
Da gegen die Glaubwürdigkeit der Belastungszeugen erhebliche  
Momente sprachen, erkannte der Gerichtshof auf Freisprechung  
des Angeklagten.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen  
Marktellen-Direktion. Aufschuß 54—64 pr. 100 Pfund, Ha 57—61,  
IIa 50—55, IIIa 40—48. Rauhweiß 85—90, Ha 72—82, IIIa 56—70,  
Dammweiß 65—75, Ha 50—60. Schornsteinweiß 74—77. Mottweiß  
Eund 40—52 M. Galen Stah 3,00—4,00, Klein 1,50—2,00. Raminchen  
Stah 0,90—1,05. Krammenholz 0,10—0,25 M. Rebhühner, Junge Ia  
0,80—1,00, Junge Ia 0,60, Junge kleine 0,60—0,90, alte Ia 0,70—0,75,  
alte Ia 0,60—0,90. Hühner pro Stah, alte 0,50—1,85, Junge Ia 0,80—1,25,  
do. Ia 0,50—0,55. Tauben, Junge 0,40—0,55, alte 0,30—0,40. Enten  
Junge 1,40—2,30. Gänse pro Stah, Ia 3,50—4,00, Ha 2,50—3,50, pro 100  
Ia 0,58—0,65, Ha 0,45—0,58. Geste 82 M. Scher, unloft 114.  
Kale. groß 0,60—0,65, mittel 0,60, Klein 0,60 M. Hühner 0,60—0,65, pro 100  
Zack 0,60 M. Schafschale Ia 24,00 M. Händer 17,00 M. pro 100 Pfund.  
Schafschale Wolle (graue) 36—38 M. Kerbe, kleine, Schaf  
0,60 M., unloft 0,60—0,65 M. Eier, Schaf 0,60. Butter pro  
100 Pfund Ia 122—126, Ha 115—122, IIIa 111—114, abfallende  
90—110. Kartoffeln pr. 100 Pf. rote 2,00—2,20, kleine 0,90—0,90,  
blaue 0,90—0,90, runde weiße 1,80—2,00. Wirtungshil pr. Schaf  
4,00—8,00, Weißhül 6,00—8,00, Rothül 4,00—5,00, Holl. 10—13 M.  
Saur Gurken, Schaf 2,00 M.



# Kaufhaus Max Mannheim

Sonntags geschlossen!

Frankfurter Allee 109-112.

Sonntags geschlossen!

Nachstehend aufgeführte und im Preise erheblich herabgesetzte Artikel eignen sich vorzüglich als

## Weihnachts-Geschenke.

Damen-Lavalliers sonst 1,15—1,95 M.  
 Schweizer Stückerlei Stück von 4,10 Mtr. sonst 1,50—2,00 M.  
 Damenhüte ungarliert, modernste Formen, sonst 1,50—2,75 M.  
 Tuch- und Plüsch-Kinder-Capotten sonst 1,10—1,50 M.  
 1/2 Dtz. Damen-Batist-Taschentücher weiss mit Buchstaben  
 1/2 Dtz. Damen-Linon-Taschentücher weiss mit Leinenglanz  
 1/2 Dtz. Herren-Linon-Taschentücher weiss, mit Leinenglanz  
 Rolltuch mit breiter Rollbordüre, rot oder blau, 80 x 160 cm  
 1/2 Dtz. Wischtücher weiss mit Rand und rot kariert  
 Parchend-Bluse in neuesten Mustern sonst 1,25 M.  
 Lammfell-Boa weiss  
 Melton-Pantoffel in feinen Farben, Grösse 36—42  
 Pommersche Plüsch-Pantoffel brauner Filzsohle, Grösse 36—47  
 Oberfilz-Riemenschuhe mit Lederkappe, Grösse 24—29  
 Melton-Mikado mit Ledersohlen Grösse 24—35  
 3 Stück Herren-Stohkragen moderne Form, 5, 6 u. 7 cm hoch  
 Herren-Oravatten in Plastron- u. Regatteform, sonst bis 3 M.  
 Damenhandschuhe, reine Wolle mit Seidenfutter, sonst 1,25 M.  
 Damengürtel, Glacéled., mit u. ohne Rückenteil, sonst 1,25—1,75 M.

Stoffgürtel und Gummigürtel sonst 1,25—1,75 M.  
 Uhrgehäuse, Konsole, Etageren  
 Handtuchhalter, Bürstentaschen  
 Damenstrümpfe, reine Wolle Ia, deutsch lang  
 Damenstrümpfe, reine Wolle Ia, englisch lang  
 Damenstrümpfe, reine Wolle, Ringel, englisch lang  
 Macco-Hemd sonst 1,75 M.  
 Macco-Hose sonst 1,75 M.  
 Zuaven-Jäckchen, glatt mit Plüschbesatz sonst 2,25 M.  
 Damenjacken, Coeper Parchend m. Barmer Spitze sonst 1,25 M.  
 Damenbeinkleid, Hemdentuch mit Stückerlei  
 Damenbeinkleid, Molton in allen Farben mit Woll-Languetten.  
 Wirtschaftsschürze mit Träger, bunt mit Bordenbesatz  
 Wirtschaftsschürze, mit Volant, Tasche und Besatz  
 Reinw. Cheviot u. Crêpe, extra schwere Qualität, sonst Mtr. 1,55  
 Hauskleiderstoffe sonst Mtr. 1,35  
 Kleider- u. Blusenstoffe, kariert u. genoppt, sonst Mtr. 1,35  
 Monteur-Jacken u. Hosen, blau sonst Mtr. 1,25  
 Knaben-Leibchen-Hosen

kosten jetzt nur

à

95 Pf.

Damenhüte, garniert, modernste Formen sonst 2,25—4,75 M.  
 Damencorsetts, verschiedene Facons sonst 2,25—4,25 M.  
 Kränze für den Toten-Sonntag sonst 2,25 M.  
 Tuch u. Plüsch-Kinder-Capotten sonst 2,10—3,25 M.  
 Damen-Röcke, Trikot mit Futter  
 Damen- u. Herren-Handschuhe, Waschleder, sonst 2,50 M.  
 Damenhemd mit Handstickerei u. Languetten  
 Damenhemd mit Madeira-Stickerei  
 Damen-Beinkleid, Coeper, Parchend mit Pat.-Languette  
 Anstands-Rock, Parchend, mit Stickerei-Volant  
 Herrenhemd mit bunt. Bördchenbesatz  
 Reform-Kleiderschürze, bunt. Gingham mit Bordenbesatz  
 Oberfilzschuhe mit Filzfutter, Filzsohlen, Filzbesatzfassung Gr. 36—42  
 Melton-Kinder-Hausschuhe mit fester Ledersohle Gr. 30—35  
 Leder-Hausschuhe, rot od. schwarz, warm gefüttert Gr. 36—42  
 Gummischuhe, deutsches Fabrikat, garant. haltbar Gr. 36—42  
 Filz-Schnallenstiefel, f. Damen u. Herren m. Ledersohl. Gr. 36—47

1/2 Dtz. Handtücher, weiss Gerstenkorn mit Bordüre  
 1/2 Dtz. Handtücher, weiss Drellgewebe, kräftige Qualität  
 1/2 Dtz. Servietten, weiss Damast, schwere Ware  
 Tischtuch, weiss Damast, schwere Ware 130/130 cm  
 Velour-Bluse in schönen Dessins 2,50—3,50 M.  
 Kinderkleider, Matinés in Parchend  
 Tuch-Unterrock reich garniert  
 Canin-Muffe  
 Normal-Hose sonst 2,25 M.  
 Normal-Hemd sonst 2,25 M.  
 Zuaven-Jäckchen für Damen, verschiedene Muster  
 Arbeitshose, gut gewirnter Stoff sonst 2,50 M.  
 Knaben-Joppe, warm gefüttert  
 Stoffweste  
 Knabenbluse, gestreift und glatt  
 Herrenhut, schwarz, weich oder steif, moderne Form  
 Kaffeedecken, Tischdecken, Bettdecken, Schirmständer

kosten jetzt nur

à

190 Mk.

Rundhüte für Kinder Tuch, Plüsch u. Kaschmir sonst 3,25—4,75  
 Imitiert Marabout-Boas dick, 2 reihig, 165 cm lang, sonst 4,25  
 Gefütterte Herren Glacé-Handschuhe mit reinwoll. Futter  
 extra haltbar sonst 3,75  
 1/2 Dutzend Damenhemden mit reicher Handstickerei  
 1/2 Dutzend Damen-Beinkleider Körper-Parchend mit Stickerei-  
 Volant, Passen oder Knieform  
 Wäsche-Garnitur Taghemd und Beinkleid in weiss oder farbiger Stückerlei  
 Molton-Garnitur in allen Farben, Rock und Beinkleid in woll. Languetten  
 1/4 Dutzend Schürzen sortiert } 1 Kleiderschürze  
 1 Hauschürze  
 1 Tändelschürze  
 1 Stück Elsässer Hemdentuch für Leib- u. Bettwäsche (10 Meter)  
 1 Stück Renforcé reifarbig, für Damen- und Kinderwäsche (10 Meter)  
 1 Stück Luisianatuch Leinenglanz vorzügliche Qualität  
 für jede Art Wäsche (10 Meter)  
 Kaffeegedeck weiss, mit reicher Bordüre und Serv. Gedeck  
 Pommersche Mohair-Plüschschuhe, prima Ledersohlen Grösse 36—42  
 Melton-Schuhe mit Absatz, Plüsch-Einfassung, Grösse 36—42

Ia. Velour-Bluse, elegante Ausführung, sonst 3,50 M.  
 Kostüm-Röcke  
 Morgenröcke in Parchend  
 Imitiert. Seal-Gollier mit 4 Schweifen  
 Reinwoll. Velour-Unterrock sonst 4,— M.  
 Blaue Monteur-Jacken und Hosen  
 für den Winter, dick. Pilot, sonst 3,50 M.  
 Knabenanzüge sonst 4, 5 u. 6 M.  
 Stoffwesten  
 Stoffhosen in schön gestreiften Mustern, sonst 3,50 M.  
 Herren-Hüte, schwarz, in weich oder steif, moderne Form  
 Tischdecken, Betttücher  
 Käfigständer, Blumenständer, Lincrusta-Korb  
 Filz-Schnallenstiefel, prima mit Leder-  
 sohlen und Fleck Grösse 36—42  
 Leder-Hausschuhe mit Nylkitfüßen,  
 Plüschbesatzfassung Grösse 36—42  
 Gummischuhe, echt russisch mit Sporn,  
 prima rot Stempel Grösse 36—42

kosten jetzt nur

à

290 Mk.

Möbel, Zimmer- und Küchen-Einrichtungen Übernahme von Innen-Dekorationen  
 jeder Art. 30 30 30 30

Photographisches Atelier. □ Erfrischungsraum.

Man verlange Rabatt-Marken!

### Zur Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Das Oberverwaltungsgericht hatte sich am Samstag auf Antrag mehrerer Klagen, die in Sachen des Kölner Kreisgerichts und des Eingriffs der Behörden zum Gunsten der Kassen ergangen sind, mit der Frage der Zulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens gegen mehrere behördliche Verfügungen zu befassen. Am 1. Oktober 1903 kündigten mit wenigen Ausnahmen die Kölner Kassenärzte den Krankenkassen Köln und verweigerten vom 1. Januar 1904 an, abgeben von dringenden Notfällen, jede weitere ärztliche Behandlung von Kassenmitgliedern. Die Kassen zogen an Stelle der kündigenden Ärzte andere, meist von auswärts, heran und verpflichteten diese vertraglich zur Behandlung der Kassenmitglieder. Die Zahl dieser neuen Ärzte soll Ende Januar nach Angaben der Kassen etwa 35 betragen haben. Am 22. Januar erließ der Regierungspräsident zu Köln eine Verfügung an den Oberbürgermeister, worin unter anderem gesagt war: Der größere Teil der Kölner Krankenkassen gewähre keine ausreichende ärztliche Fürsorge. 20 bis 35 Kassenärzte seien gegenüber 100 000 Versicherten nicht ausreichend, zumal wenige Spezialisten darunter wären. Beschwerden seien eingegangen, darunter auch von mehr als 30 Versicherten. Der Kassenärztinnen müsse entgegen gewirkt werden, im Interesse der Versicherten wie auch der Allgemeinheit. Mindestens die Anstellung von noch dreißig Kassenärzten sei nötig. Der Oberbürgermeister werde ersucht, die Kassen, in denen die Ärzte nicht ausreichenden, sofort aufzufordern, für ausreichende Ärzte Sorge zu tragen, Änderungen anzugeben. — Noch am selben Tage ging eine Abschrift der Verfügung mit Hinweis des Oberbürgermeisters auf § 45 des Krankenversicherungsgesetzes an den Vorstand der Vereinigten Ortskrankenkasse der Handwerker und an den Vorstand der Ortskrankenkasse für die in Fabriken des Gemeindebezirks Köln beschäftigten Personen.

Nachdem es am 31. Januar wieder eine Verfügung des Regierungspräsidenten gegeben hatte, die noch mit dem § 45 des Gesetzes rechnete, ließ sich der Regierungspräsident am 1. Februar zum Oberbürgermeister so vernehmen: Die Kassen hätten nicht für genügend Ärzte gesorgt, deshalb sei mit den in einem Verzeichnis genannten Ärzten (es waren die Streikenden) von ihm ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach nunmehr die Kassenmitglieder von diesen im Verzeichnis aufgeführten Ärzten ärztliche Fürsorge erfahren würden. Da hiermit genügend Fürsorge getroffen sei, hätten die betreffenden Kassenvorsitzende sich to eiterer Anstellungen von Ärzten zu enthalten. Hierfür bezog der Regierungspräsident sich jetzt auf § 56a des Krankenversicherungsgesetzes, wo es heißt: „Auf Antrag von mindestens 30 beteiligten Versicherten kann die höhere Verwaltungsbehörde nach Anhörung der Kasse und der Aufsichtsbehörde die Gewährung der in § 6 Absatz 1 und § 7 Absatz 1 bezeichneten Leistungen durch weitere als die von der Kasse bestimmten Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser verfügen, wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Gewährung jener Leistungen nicht gesichert ist. Wird einer solchen Verfügung nicht binnen der gesetzten Frist Folge geleistet, so kann die höhere Verwaltungsbehörde die erforderlichen Anordnungen statt der zuständigen Kassenorgane mit verbindlicher Wirkung für die Kassen treffen.“ Nach dem § 6 Absatz 3 des Gesetzes ist die Verfügung der höheren Verwaltungsbehörde endgültig.

Die Zustellung dieser letzten Verfügung des Regierungspräsidenten an die genannten beiden Klagen erfolgte mit Selektworten des Oberbürgermeisters, die dahin gingen, daß er die Ausführung des vom Regierungspräsidenten abgeschlossenen Vertrages übernehme und daß auf die fernere Tätigkeit der vom Vorstand bestellten Ärzte Verzicht geleistet werden möchte. Ihre Abfindung würde von anderer Seite erfolgen. Eine frühere Verfügung nehme er zurück. Die Vorstände der beiden Klagen klagten beim Bezirksauschuß gegen den Oberbürgermeister auf Aufhebung der Verfügung, indem sie davon ausgingen, daß es sich lediglich um ein vom Regierungspräsidenten angeregtes Vorgehen der Aufsichtsbehörde (des Oberbürgermeisters) gemäß § 45 Abs. 5 des Gesetzes handle, so daß nach § 45 Abs. 5 hier das Verwaltungsstreitverfahren gegeben sei. Aus dem Rahmen des § 56a, auf den sich der Regierungspräsident zuletzt gegenüber dem Bürgermeister zurückgezogen habe, falle das Vorgehen vollständig heraus. Und § 45 Abs. 5 rechtfertige es auch nicht. Danach könne die Aufsichtsbehörde die Befugnisse und Obliegenheiten der Kassen nur auf Kosten der Kassen wahrnehmen lassen, wenn die Befugnisse der Kassen oder die statutenmäßigen Obliegenheiten verweigert; den klagenden Klagen habe aber eine derartige „Verweigerung“ völlig fernzulegen.

Der Bezirksauschuß wies jedoch die Klagen als unzulässig ab und das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte die Vorentscheidung am 10. November, indem es ausführte: Bezüglich der beiden hier in Betracht kommenden Klagen sei anzunehmen, daß hier der Regierungspräsident eine Anordnung auf Grund des § 56a getroffen und den Oberbürgermeister beauftragt habe, diese Anordnung auszuführen. Die letzte Verfügung des Oberbürgermeisters an die beiden Klagen zeige deutlich, daß er diesen Auftrag angenommen habe und seinen früheren Hinweis auf § 45 zurückgezogen habe. Das Gericht nehme an, daß der Oberbürgermeister nur noch als Beauftragter der höheren Verwaltungsbehörde deren Anordnung habe vollziehen wollen. Unter diesen Umständen sei die Klage hier überhaupt nicht gegeben, da die Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde gemäß § 56a endgültig sei. Ob die Anordnung der höheren Verwaltungsbehörde sich völlig im Rahmen des § 56a beweise oder nicht, müsse für die Frage der Zulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens außer Betracht bleiben.

Die Klagen von sechs weiteren Kölner Krankenkassen (bis auf eine, die Ortskrankenkasse Rippes-Köln, Betriebskrankenkassen) beschäftigten am selben Tage das Ober-Verwaltungsgericht. In diesen Fällen hatten aber die auf demselben Gebiete sich bewegenden Verfügungen an die Kassen sich ungewissermaßen als Verfügungen des Oberbürgermeisters (der Aufsichtsbehörde) gemäß § 45 Absatz 5 ergeben. Die Klagen dieser Klagen hat der Bezirksauschuß abgewiesen, weil rechtlich nichts gegen die Verfügungen einzuwenden sei und eine richterliche Nachprüfung der Tatsachen nicht nach § 45 Absatz 6 zulässig wäre. Das Ober-Verwaltungsgericht hob diese sechs Urteile auf, weil der Richter doch die tatsächlichen Voraussetzungen für ein Vorgehen der Aufsichtsbehörde auf Grund des § 45 Absatz 5 nachprüfen habe. Zur Nachprüfung wurden diese Sachen an den Bezirksauschuß zurückverwiesen.

Wir gedenken auf die Entscheidungen zurückzukommen, sobald und die Urteile des Ober-Verwaltungsgerichts im Wortlaut vorliegen.

### Aus Industrie und Handel.

**Geschäftslage im Baumwollgewerbe.** Bei der gegenwärtig äußerst stillen Beschäftigung des Baumwollgewerbes wird es besonders unangenehm empfunden, daß die Rohstoffpreise eine stark steigende Tendenz aufweisen. Diese Verteuerung ist um so besorgnisvoller, als nicht nur die Berichte über das Ergebnis der Westernter in letzter Zeit recht günstig lauten, sondern auch die Versorgung der Welt mit Rohbaumwolle im laufenden Jahre so reichlich war, daß nach Abzug des Konjums sich ein Vorratsbestand von über 2 Millionen

Ballen ergab, während im Vorjahre nur circa 49 000 Ballen auf Lager gewesen waren. Während sonst aber vielfach in der Textilindustrie über das Minderdrittel zwischen Rohstoff- und Fabrikationspreisen gellagt wird, sind in der letzten Zeit nicht nur die Preise für Baumwollgarne den Schwankungen am Rohstoffmarkt mehr gefolgt, sondern auch die für Gewebe wiefen von Oktober auf November fast durchweg für alle wichtigeren Sorten Erhöhungen auf.

**Kapitalerhöhung.** Der Aufsichtsrat der New York Central and Hudson River Railway Company hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 17 192 500 Dollar beschlossen. Den Aktionären werden die neuen Aktien mit der Maßgabe angeboten, daß für 13 neue Aktien 100 alte umgetauscht werden müssen.

Die am Montag stattgefundenen Generalversammlung der Bayerischen Bank in München genehmigte die Umwandlung der Gesellschaft in die Firma Bayerische Bank für Handel und Industrie und eine Kapitalerhöhung: Übertragung des Grundkapitals von 9 auf 8 Millionen Mark, sodann Erhöhung auf 20 Millionen Mark. Das Bankhaus Gutleben u. Weidert, sowie die Darmstädter Bank übernehmen je 6 Millionen neue Aktien.

**Dividenden.** Bei einem Reingewinn von 1 402 513 M. verteilte die Bessl. Drahtindustrie diesmal 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahre. — Die Rombacher Hüttenwerke erbrachten einen Betriebsüberschuß von 6 004 185 M., die Dividende ist auf 12 Proz., 4 Proz. höher als im Vorjahre angelegt. — 13 Proz., gegen 16 Proz. im Vorjahre bringt die Wöhrner Spiritus-Gesellschaft zur Verteilung; der Reingewinn beläuft sich auf 423 068 M. — Ein Reingewinn von 677 835 M., den eine Elberfelder Papierfabrik erzielte, gestattet die Ausschüttung einer Dividende von 20 Proz.

**Preisfrage.** Der Verein deutscher Eisenhüttenwerke hat die Preise für Gußartikeln um 1 M. pro 100 Kilogramm erhöht. — Die Breslauer Großhändler nahmen eine Preissteigerung von 50 Pf. pro Doppelcentner für L-Träger und U-Eisen vor. — Der Mansfelder Kupferpreis stieg am Montag von 169 auf 162 M.

**Die Aktiengesellschaften in der italienischen Industrie von 1882 bis 1903.** In dem kürzlich ausgegebenen September-Oktoberheft der *„Rivista sociale“* behandelt E. J. A. die Entwicklung des italienischen Aktienkapitals und seiner Profitbildung während der letzten 22 Jahre.

Als Gewinn rechnet J. A. die zur Verteilung gelangte Dividende und die dem Reservefonds überwiesenen Summen, ferner die für Amortisierung des Betriebskapitals und zum Rückkauf der Aktien verrechneten; die beiden letzten Posten — zählt er nicht zum Gewinn in der Montanindustrie, weil sie theoretisch der Erhöhung des Wertes entsprechen, und bei den Eisenbahngesellschaften, weil diese selbst — obwohl volkswirtschaftlich mit Unrecht — die Amortisationsquoten nicht als Gewinn rechnen.

Im ganzen ist in den betrachteten 22 Jahren das als Aktienkapital in den 23 Hauptindustriesteigen interessierte Kapital von weniger als einer halben Milliarde (400 Millionen) auf 1 1/2 Milliarden (1 616 Millionen) angewachsen. Der Zuwachs erleidet in den neunziger Jahren einen Stillstand und selbst Rückschritt, und wird von 1899 an wieder beständig, so daß die Zahl für 1903 die höchste bis jetzt erreichte ist. Die Profitrate (Durchschnitt aller Gesellschaften) liegt mit 6,2 Proz. ein. erreicht 1885 mit 6,9 Proz. den Höhepunkt, um dann fast plötzlich im Krisenjahr 1889 auf 1,95 Prozent zu sinken; seitdem steigt die Profitrate wieder mit leichten Schwankungen, und erreicht im Jahre 1903 5,3 Proz.

Natürlich haben die verschiedenen Industrien sehr verschiedenen Anteil an der Kapitalvermehrung und am Gewinne. Zurückgegangen sind die Kapitalien nur in der *„Dollindrie“* und zwar von 25 auf 16 Millionen. Zugenommen hat — in absoluten Zahlen — das Aktienkapital am meisten im Transportgewerbe (Sekundärbahnen, Tramway, Omnibus, Transportgesellschaften), wo es von 40 auf 220 Millionen stieg, dann in der mechanischen und Metallindustrie — von 7 auf 180 Millionen. Im Verhältnis zum ursprünglichen Kapital sind am meisten gewachsen die Getreidemahlerei (von 0,4 auf 45 Mill.), die elektrische Industrie (von 6 auf 67), die Lager- und Dachgesellschaften (von 3 auf 80), das Baugewerbe (von 1 auf 9), die Druckerei- und Verlagsindustrie (von 1 auf 7) usw. Für alle Industrien mit Ausnahme der folgenden stellt das Jahr 1903 den Höhepunkt des bisher erreichten Aktienkapitals dar: Metallindustrie (Höhepunkt 1900), chemische Industrie (1900), Holz, Zement und Gips (1889), Baugewerbe (1888) und des Kreditwesens (1889).

Was die Bewegung der Profitrate betrifft, so ist sie so schwankend, daß wir sie hier nicht veröffentlichen können. Es genügt zu sagen, daß die Industrie der Gas- und Wasserversorgung, der Seide, Baumwolle, des Zunders, Papiers und der Nahrungsmittel fast ganz von der Krise der neunziger Jahre verschont blieben. Im Jahre 1903 überstieg der Gewinn 5 Proz. in folgenden Industrien: Holz und Zement (11 Proz.), Papier (10 Proz.), Montanindustrie (8,5 Proz.), Glas und Porzellan (8,5 Proz.), Baumwolle (7,5 Proz.), elektrische Industrie (7 Proz.) und in der Gas- und Wasserindustrie, im Wassertransportwesen und in der *„Dach-“* und Lagerindustrie (6 Proz.) Mit weniger als 2 Proz. Gewinn arbeiteten die Aktiengesellschaften im Brauereigewerbe (1,4 Proz.), in der Seidenindustrie (1,8 Proz.) und in der Wolllindustrie (1,7 Proz.).

Im großen ganzen spiegelt sich aber doch in dieser nur einen Teil des industriellen Kapitals betreffenden Studie der fröhliche Aufschwung wieder, den das italienische Wirtschaftsleben in den letzten Jahren genommen hat und der auch in der Bewegung der Arbeitslöhne zu bemerken ist. Uebrigens zählen gerade die die höchsten Dividenden abwerfenden Industrien (mit Ausnahme der elektrischen und der Getreidemahlereien) die niedrigsten Löhne).

**Amerikanische Bahnen.** Die Northern Pacific-Bahn erzielte im letzten Geschäftsjahre bei 155 Millionen Dollar Aktienkapital 70 722 886 Doll. Einnahme; der Reingewinn betrug 22 313 127 Doll., gegen 20 827 256 Doll. im vorigen Jahre. — Die Einnahme der St. Louis und San Francisco Railway Company befindet sich auf 21 958 239 Doll., nach Abzug aller Unkosten verbleibt ein Nettoerlös von 11 493 836 Doll. Die durchschnittliche Betriebslänge der Bahn beträgt jetzt 5660 engl. Meilen.

**Standard-Oil-Profite.** Eine Dividende von zehn Dollar pro Aktie für das letzte Vierteljahr wurde vorige Woche von der Standard Oil Company festgelegt. John D. Rockefeller, der 50 Prozent der Aktien der Gesellschaft besitzt, wird allein fünf Millionen Dollar als seinen Anteil ziehen. Im letzten Jahre verteilte die Gesellschaft 40 Millionen Dollar an Dividenden, davon 20 Millionen an Rockefeller, dessen Jahresermahme auf mehr als das Doppelte geschätzt wird, denn er hat noch viele andere Geldquellen; ihm gehört beinahe die Hälfte aller Aktien von Gesellschaften, die in einem direkten Abhängigkeitsverhältnis zum Deitrus stehen. Die Standard Oil Company ist der mächtigste und reichste Kräfte der Welt.

### Aus der Frauenbewegung.

**Die österreichischen Genossinnen im Wahlrechtskampf.**

Zwölf Jahre sind es her, seit die sozialdemokratischen Arbeiterinnen Oesterreichs das erstmalig an der Bewegung zur Erreichung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts teilgenommen haben. Es war die große Wahlrechtsbewegung, die im Jahre 1893 begonnen hatte und mit der Gesetzesgebung der V. Kurie 1896 ihren vorläufigen Abschluß fand. Am 10. Juli 1893 hatte die avig. denkmalreiche Versammlung im Arkadenhof des Rathauses stattgefunden und am 1. Oktober desselben Jahres fielen die Wiener Genossinnen eine Frauenversammlung unter freiem Himmel ab, in der sie ihr Anrecht auf das Wahlrecht reklamierten.

Auch diese Versammlung wird unvergessen bleiben. Die Referentin wurde angeklagt, in ihrer Rede die „Ehrfurcht“ vor den Mitgliedern des kaiserlichen Hauses verlegt zu haben. Sie hatte bei einer Nebenbemerkung die Frage gestellt, ob denn Erzherrzog Eugen ein besseres Herz habe als gewöhnliche Menschenkinder. Hier Monate Kerker war das Urteil, das der berichtigte Solzinger an zur Abmilderung des schweren Vergehens fällt. (Die höhere Instanz hob dann das Urteil auf und eine neuerliche Verhandlung ergab einen Freispruch.)

Im Verlaufe dieser 12 Jahre hat sich die Zahl der Genossinnen fast verdreifacht, die sozialdemokratische Erkenntnis hat sich vertieft. Die Genossinnen haben zwar nie unterlassen, immer wieder zu betonen, daß das allgemeine Wahlrecht erst dann ein wirklich allgemeines sein wird, wenn es auch die Frauen ausüben, aber die Genossinnen haben gelernt, daß theoretische Grundsätze, mögen sie noch so gerecht sein, nicht immer sofort zu verwirklichen sind. Die Genossinnen, welche am sozialdemokratischen Gesamtparteitag, der vor wenigen Wochen im Wiener Arbeiterheim stattfand, teilnahmen, stimmten daher vollständig zu, als Genoffe Ellenbogen bei Begründung der Resolution über „die österreichische Krise und das Wahlrecht“ ausführte, daß die Resolution nur deshalb vom Frauenwahlrecht nicht spreche, weil sie überhaupt nur das jetzt momentan Erreichbare betone. Den sozialdemokratischen Arbeiterinnen Oesterreichs ist es vollständig klar, daß es sich im gegenwärtigen Augenblick nicht um den prinzipiellen Standpunkt zum Wahlrecht handelt, sondern darum, zunächst den Männern das gleiche und direkte Wahlrecht zu erobern. Als die Vertreter der nationalen Exekutiven und der Industrieverbände die Erklärungen abgaben, ihre Mandatgeber seien entschlossen, für das Wahlrecht den politischen Massenstreik zu proklamieren, wenn Regierung und Parlament nicht anders zur Einsicht kommen, da erklärte Genoffe Popp namens der Frauen, daß diese sich in dem großen Momente, wo das Loben der russischen Revolution die Arbeiter Oesterreichs anfeuer, ihren Kampf um Wahlrecht nunmehr zum Siege zu führen, eins fühlen mit den Genossen und sie ihre ganze Agitationskraft, all ihren Enthusiasmus und ihre Begeisterung in den Dienst der Sache stellen.

Genoffe Popp betonte, die Frauen seien der Ueberzeugung, daß die von politischer Entrechtung befreiten Männer des Proletariats die entschlossensten Kämpfer für die Beseitigung des politischen Unrechtes werden, unter welchem die Frauen leiden.

Zufänglich gibt es keine Wahlrechtsversammlung, keine Demonstration, an der nicht auch Frauen zahlreich teilnehmen, alle redebegierigen Genossinnen sind tätig, um die Solidarität der Industriearbeiterinnen zu gewinnen damit sie am Tage der Parlamentsberöffnung gleich den Männern die Arbeit ruhen lassen. Außerdem finden in allen Bezirken Wiens große Frauerversammlungen statt, um auch die nicht industriell tätigen Frauen zu unterrichten über die stattfindenden Manifestationen. Die „Geldentaten“, welche die Wiener und die Prager Polizei im Wahlrechtskampf schon vollbracht haben, tonnen den Mut der Frauen nicht einschüchtern. Nur lebendiger ist das Bestreben geworden, in den ersten Augenblicken in Reich und Glied mit den Männern zu kämpfen in dem Bewußtsein, daß die Erwerbung des gleichen Wahlrechtes für die Männern die Beseitigung der politischen Rechtslosigkeit, welche die Frauen bedrückt und knechtet, vorbereitet.

### Gerichts-Zeitung.

**Dresdener Justiz gegen die „Sächsische Arbeiterzeitung“.** Vor der zweiten Strafkammer des Dresdener Landgerichts hatte sich in der vergangenen Woche der verantwortliche Redakteur der *„Sächs. Arbeiterzeitung“*, Gustav Riem, wegen Verleibung der Sanitätsunteroffiziere des Dresdener Garnisonlazarets zu verantworten. In einem mit „Im Garnisonlazarett“ überschriebenen Stimmungsbild war in satirischer, feuilletonistischer Weise das Leben in einem Lazarett gezeichnet. Der Artikel enthielt jedoch in keiner Weise irgend welche Angriffe auf bestimmte Personen, er war auch nicht auf Dresdener Verhältnisse und erst recht nicht auf das dortige Militär Lazarett zugeschnitten. Auch die in dem Artikelbilde enthaltenen Szenen und Beschreibungen paßten absolut nicht auf das Garnisonlazarett. Dessenungeachtet schickten sich aber die im Lazarett beschäftigten Sanitätsunteroffiziere beleidigt und insolge dessen stellten das Kriegsministerium auf *„Denunziation der antisemitischen Wacht“* hin Strafantrag gegen Redakteur Riem. Der letztere stellte unter Beweis, daß jener Artikel lediglich als ein feuilletonistisches Stimmungsbild zu betrachten sei, und benannte als journalistischen Sachverständigen den Feuilletonredakteur des *„Dresd. Anzeigers“* Prof. Dr. Schumann. Dieser bestätigte die Angaben des Angeklagten. Die Verhandlung leitete der aus früheren Beschwerden und aus seinem Vorgehen aus Anlaß des Waldschlößchen-Vierkonflikts bekannte Landgerichtsdirektor Dr. Veder. Als Genoffe Riem erklärte, daß mit dem intrinierten Artikel Verhältnisse im Dresdener Garnisonlazarett gar nicht gezeichnet werden sollten, veranlaßte er schon damit eine erregte Auseinandersetzung mit dem Vorsitzenden, der die Stimmungsbilder als eine gemeine Kritik bestimmter Dresdener Vorgänge bezeichnete, und dabei stehen blieb, daß es sich um eine Schilderung konkreter Vorgänge handle. Der als Zeuge geladene Oberarzt des Dresdener Garnisonlazarets bezeichnete den Inhalt des Artikels als unwahr, nicht einmal die Angaben über die Lokalitäten stimmten. Trotzdem meint der Zeuge, daß nur das dortige Lazarett gemeint sein könne, weil vom Norden Dresden, Häuserblock im Quadrat, von Garderegimenten usw. die Rede ist. Von der Staatsanwaltschaft wird Genoffe Wendel als Verfasser angeklagt, weil dieser als Soldat im Lazarett Mey gelegen hat. Der Sachverständige Professor Schumann begutachtet: Seiner Ansicht nach handelte es sich um einen Allerweltsartikel, der lokalisiert worden sei. Jedenfalls habe er den Eindruck gehabt, daß Verhältnisse geschildert werden, wie sie in jedem Lazarett vorkommen können. Hier fällt dem Sachverständigen der Vorliegende heftig ins Wort, indem er bemerkt: Wir wollen lieber sagen, wie es Gott sei Dank nirgends vorkommt! Das Urteil lautete: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Verleumdung der Ärzte und Sanitätsunteroffiziere des Dresdener Garnisonlazarets zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Kriegsministerium wird die Publikationsverpflichtung zugesprochen. Aus dem Urteilsgründe sei hervorgehoben, daß das Gericht es für offensichtlich hält, daß der Artikel „Im Garnisonlazarett“ total gezeichnet worden ist. Als Täter ist der Schriftsteller Wendel angesehen worden, doch habe der Angeklagte in Mitäuferschaft gehandelt, denn er habe zweifellos den Artikel zuvor geprüft. Dieser Artikel enthalte eine besondere Gefahr und sei geeignet, den Massenwahn zu schüren. Der Angeklagte habe in diesem Falle nicht in gutem Glauben gehandelt. Daraus ergebe sich auch die Unmöglichkeit der Annahme mildernder Umstände. Die Strafe würde noch höher bemessen worden sein, wenn der Angeklagte schon eine Freiheitsstrafe erlitten hätte. — Der Schuldspruch, das Ausmaß der Strafe und die Art, in der der Vorliegende Zeugen und Sachverständigen vernahm, stehen mit den Forderungen, die das Rechtsbewußtsein des Volkes stellt, in schändlichem Widerspruch. Sie werden manchen zur Beilegung der Frage, was Massenjustiz ist, veranlassen. — In einer zweiten Verleumdungsklage, wegen Verleibung einer Wiener Firma, wurde auf 600 M. Geldstrafe erlamt.



# 30. Kommunalwahlbezirk

## (5. und 6. Wahlkreis).

Dienstag, den 21. November, abends 8 1/2 Uhr:

## Wähler-Versammlung

in Leydeners Salon, Sophienstraße 34.

Tages-Ordnung:

1. „Was wollen die Sozialdemokraten im Roten Hause?“

Referent: Stadtverordneter Artur Stadthagen. 2. Freie Diskussion.

3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

## Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Bureau C. 25. Hirtenstr. 20. Telefon Amt 7. 4999.

Mittwoch, den 22. November 1905, vormittags 10 Uhr, bei Dräsel,

Reue Friedrichstraße 35:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Statuten- und Reglementsberatung. 2. Regelung der Arbeitszeit. 3. Vereinsangelegenheiten.

Die Versammlung wird pünktlich 10 Uhr eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

NB. Kollegen, in dieser Versammlung handelt es sich um Veränderungen unseres Statuts und Reglements, mir erwarten daher, daß die Mitglieder zahlreich erscheinen.

# Kommunalwähler-Versammlung

für den 7. Kommunal-Wahlbezirk

Donnerstag, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr, in der „Anhaltischen Ressource“,  
Möckernstraße 114.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Kommunal-Verwaltung. Referent: Genosse Waldeck

Manasse. 2. Freie Diskussion.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Das Wahlkomitee.

## Orts-Frankenkasse der Bureau-Angestellten.

Die bis Ablauf des Jahres 1906 gewählten Herren Delegierten der Orts-Frankenkasse werden hiermit zu dem

Wittwoch, den 23. November cr., abends 8 1/2 Uhr,  
in Frankes Festsälen, Seebastianstr. 39, stattfindenden

## General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung der Kasse pro 1905. 2. Einträge des Vorstandes auf Statutenänderung und in Verwaltungs-Angelegenheiten. 3. Wahl von Vorstandsmittgliedern.

Berlin, den 21. November 1905.

Der Vorstand.

Dauer.

## Franko Berlin.

Zuschläge, 7 em stark, gleichviel welches Material, pro Ton 1.10 bis 1.15 M., sowie alle sonstigen Drechslerarbeiten empfiehlt die

## Pattburger Drechslerwaaren-Fabrik

G. m. b. H. Pattburg i. Schless.-Holst.

## Verein Berliner Musiker.

C. Kaiser Wilhelmstraße 18 m. Fernsprecher Amt III No. 988.

## Öffentliche Protestversammlung.

Zur Abwehr der Beschlüsse des

## Militär-Musikinteressenten-Kongresses

veranstaltet der Verein Berliner Musiker am Donnerstag, den 23. b. N., abends 1/2 Uhr, im großen Saale seines Vereins-Bauhauses, C. Kaiser Wilhelmstr. 18 m., eine

## Öffentl. Protestversammlung.

Das Referat haben die Herren Ernst Vogel, Präsident des Allgem. Deutschen Musikerverbandes, und A. F. Kühne, 1. Vorsitzender des Vereins Berliner Musiker, übernommen. — Im Anschluß an das Referat findet eine freie Diskussion statt.

Jedermann hat zu dieser Versammlung Zutritt.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Schausonntion des Vereins Berliner Musiker.

J. A.: Paul Zimmer, SW. Hofmannstr. 2.

## H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

## Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 44051\*

Amt 4. 3014.

130/16

führt oft zu Schwindsucht und frühzeitigem Tod. Jeder Leidende sollte daher rechtzeitig und regelmäßig den

## Santa-Lucia-Kraftrotwein, Fl. 1,50 und 2,00,

trinken. Am bekömmlichsten ist es, ein kleines Glas dieses Weines 1/2 oder 1/3 mit Wasser gemischt 1/2 Stunde vor jeder Hauptmahlzeit zu genießen.

Steht unter ständiger Kontrolle des Gerichtschem. Dr. C. Bischoff. Käufli. in Apotheken, Drogen- u. Delikatessgeschäften

### 12. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. November 1905, vormittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden

Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

46 76 149 236 99 443 90 399 642 870 1067 121 208  
56 306 436 696 [5000] 2104 [5000] 205 15 334 71 78 487  
82 99 558 79 720 [5000] 863 82 977 3047 [5000] 99 341 549  
647 706 4005 32 112 28 95 632 5160 292 15 349 97 490  
[5000] 548 878 839 79 4002 475 763 70 7084 130 [5000]  
267 [5000] 323 49 57 457 697 83 97 6045 748 [1000] 82  
992 [5000] 9092 [5000] 303 50 [5000] 634 85 [5000] 931 90  
10015 50 [1000] 82 484 521 623 79 80 [5000] 755  
11044 387 694 12002 311 424 520 721 930 13505 65  
[5000] 115 [5000] 223 68 314 421 923 14190 86 303 73  
[5000] 359 89 84 [5000] 665 521 96 642 77 [5000] 748 901  
20 47 15142 212 95 441 [1000] 806 924 [5000]  
16140 [5000] 235 50 70 [5000] 370 497 [5000] 995 616  
36 61 71 713 17153 214 300 402 [5000] 19 608 719 607  
996 [1000] 18213 350 445 754 818 [5000] 19073 336 431  
682 784 965  
20533 632 96 951 98 21158 403 41 98 557 729 892  
22079 88 211 463 [5000] 908 23052 75 106 40 58 304  
406 677 873 24605 320 [5000] 88 378 86 633 40 [1000] 736  
827 [5000] 9 25049 327 90 523 27 82 870 [5000] 86  
26997 189 246 421 501 [1000] 18 [5000] 643 [1000]  
55 [5000] 846 86 27038 116 335 36 418 625 714 [1000]  
894 28419 482 579 663 940 29035 30 45 378 413  
84 82 518  
30106 43 371 424 98 542 601 40 763 903 27 31150  
271 333 45 84 [10 000] 89 443 63 513 46 64 780 [5000]  
892 94 373 32151 210 42 516 83 090 815 33 928 33314  
16 20 465 508 644 755 837 [1000] 968 68 32 46469 69  
496 96 323 612 35261 747 803 306 36123 210 88 394  
408 43 640 835 37061 102 11 27 253 91 319 427 741 819  
38041 227 676 853 39086 309 17 413 592 30 96 685  
[5000] 709 54  
40016 278 [10 000] 487 41093 222 505 10 94 957  
42063 138 40 41 331 454 617 43045 159 74 333 482 557  
[5000] 682 90 878 83 44460 114 [5000] 28 30 526 779  
[5000] 803 45046 71 130 279 [5000] 81 31 29 400 36  
39 70 [5000] 516 771 97 928 46268 89 [5000] 300 433 717  
63 825 917 [5000] 47051 61 190 96 247 341 [5000] 674  
26 [5000] 714 70 903 48246 317 508 26 741 77 49054  
265 76 529 [5000] 33 003 701 875 961  
50002 162 85 331 92 [5000] 408 613 83 733 51017  
75 98 189 262 65 385 512 56 59 80 743 881 62 [5000]  
92 406 52070 237 72 339 433 [5000] 629 52 88 818 996  
53299 367 474 557 79 601 2 424 54014 283 435 537 859  
984 55259 83 85 389 [5000] 425 686 563 555 213 [1000]  
65 579 461 512 79 607 80 776 378 57198 297 627 627  
817 58016 141 328 [5000] 59 417 35 40 58 824 906  
59151 67 77 249 84 [5000] 494 632 64 786 841  
60201 29 75 452 592 62 [1000] 176 953 85 61184 232  
41 501 [5000] 631 48 629 62223 29 28 118 206 [5000]  
33 399 68 698 88 770 [5000] 829 83 63097 40 103 [5000]  
242 [5000] 479 513 637 56 [5000] 754 97 819 [5000] 991  
64199 32 80 344 486 596 97 606 97 817 30 986 65073  
166 574 [1000] 601 63 963 66109 266 327 424 84 620  
29 79 847 [1000] 970 678 [5000] 30 121 96 222 78 [5000]  
368 510 41 [5000] 92 629 [5000] 778 92 940 68083 183  
50 219 30 589 41 93 723 802 905 69225 476 700 874  
70072 77 107 214 26 327 324 467 7 [1000] 563 74  
631 [5000] 854 [5000] 970 71004 517 942 700 892 963  
96 72077 313 23 614 85 807 73066 94 122 29 320 528  
648 [1000] 708 42 847 979 74200 115 36 95 246 54  
77 88 401 37 84 544 40 [1000] 631 700 909 99 [5000]  
75041 173 [5000] 234 423 34 54 81 533 819 54 922 77  
[1000] 76182 229 38 379 [1000] 64 428 29 35 [1000] 48  
507 759 77 77124 289 406 566 780 989 78277 413 79  
531 31 42 782 807 960 79088 100 93 229 357 426 90  
613 [1000] 16 28 631 90  
80283 303 25 736 896 81063 128 234 422 513 [1000]  
628 82 704 88 886 82053 290 484 607 711 510 83343  
449 [1000] 671 941 49 84396 [5000] 403 510 648 715  
81 832 90 68 85992 119 333 680 625 81 90 713 [5000]  
937 86012 84 259 87 523 35 66 63 [1000] 661 728 46  
[5000] 816 38 [1000] 906 87991 129 [5000] 30 [1000]  
243 [1000] 332 83 429 849 86 911 88434 520 [5000] 54  
[1000] 615 743 862 88014 98 234 368 94 448 683 734  
81 843  
90021 97 [5000] 120 [1000] 200 [5000] 360 586 744  
65 888 91171 269 74 357 418 591 627 94 [5000] 791 [5000]  
859 92290 499 541 64 718 95 93006 41 [5000] 373 452  
711 869 94449 533 83 [5000] 694 95014 105 90 502 624  
710 96125 [5000] 330 68 752 69 97154 323 [5000] 37 315  
95 [5000] 440 519 740 842 65 918 38 98972 100 439 639  
93 749 89 99036 39 [5000] 509 39 807 733 906  
100059 [1000] 131 [1000] 46 210 67 463 79 533 611  
[5000] 730 83 821 91 101335 490 571 [5000] 99 621 702  
[5000] 18 89 102054 184 276 415 635 78 99 752 94 874  
103049 250 [5000] 87 366 584 783 104054 87 383  
[1000] 478 523 605 724 58 909 [1000] 20 105374 463  
585 106750 63 [5000] 80 961 [5000] 107093 234 304  
640 49 46 108233 340 [1000] 82 401 33 [5000] 995  
109118 298 400 613 31 63  
110079 333 594 711 23 25 111633 918 54 97  
112130 200 29 307 770 113120 78 97 224 25 301 70  
[5000] 439 46 78 324 71 633 945 114457 178 468 935  
22 826 783 963 115112 276 96 564 558 749 [5000] 924  
97 116685 [5000] 93 [5000] 300 45 68 548 58 630 820

### 39. 800 117002 230 79 339 627 [5000] 80 710 38 58 978

gewählten Herren Delegierten der Orts-Frankenlasse werden hiermit zu dem

Wittwoch, den 23. November cr., abends 8 1/2 Uhr,  
in Frankes Festsälen, Seebastianstr. 39, stattfindenden

General-Versammlung

eingeladen.

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung der Kasse pro 1905. 2. Einträge des Vorstandes auf Statutenänderung und in Verwaltungs-Angelegenheiten. 3. Wahl von Vorstandsmittgliedern.

Berlin, den 21. November 1905.

Der Vorstand.

Dauer.

G. m. b. H. Pattburg i. Schless.-Holst.

12. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 20. November 1905, nachmittags.

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden

Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

230 [1000] 55 98 356 448 655 716 79 881 922 1365  
614 767 877 82 936 2030 151 272 353 464 531 81 602 67  
95 843 3005 189 [5000] 93 [1000] 332 467 512 654 790  
74 78 881 629 72 4099 151 496 [5000] 505 12 613 792  
5066 120 47 227 [5000] 347 86 408 562 [1000] 617 790  
77 83 843 6059 186 90 [5000] 320 427 832 687 90 7051  
224 [1000] 72 [5000] 419 531 624 717 873 75 93 8002  
[5000] 267 483 633 607 [5000] 62 833 58 53 936 [5000] 89  
9147 [5000] 74 426 501 67 874  
10185 299 408 [5000] 11 39 41 617 47 69 [5000] 725  
822 72 [5000] 842 90 11012 28 144 377 484 597 695 719  
[5000] 29 [1000] 75 823 40 53 12007 [5000] 179 249 90  
[5000] 307 [5000] 27 422 615 [5000] 788 88 89 13002 102  
39 388 [1000] 465 600 41 793 14122 420 [5000] 528 72  
697 [5000] 63 [5000] 764 [1000] 825 70 15015 [5000] 185  
277 [5000] 438 589 [5000] 97 850 16117 53 98 241 44 96  
429 510 99 717 840 908 17013 216 379 546 90 690 907  
18065 262 335 487 [5000] 523 44 674 99 19076 278 87  
91 480 [1000] 509 65 633 [1000] 713 811 913  
20042 96 229 300 819 992 21387 464 606 7 78 931  
22190 201 [5000] 65 [5000] 268 [5000] 558 614 76 748 925  
63 23835 876 [10 000] 972 24186 313 523 612 876  
976 [5000] 83 25052 265 359 [1000] 512 736 86 26300  
497 633 922 27049 76 83 167 361 70 94 428 510 [5000] 34  
985 28171 513 [5000] 27 686 [5000] 90 [5000] 750 57  
20005 96 195 251 77 78 468 78 95 817  
30053 80 [1000] 290 387 407 46 942 [5000] 31655  
[5000] 779 85 844 [5000] 73 931 32723 157 60 303 76 90  
89 445 835 663 705 8 80 966 [5000] 33055 125 264 567 731  
78 82 87 801 34357 [5000] 468 602 726 800 60 936 45  
35131 332 34 59 433 514 [1000] 608 26 36023 224 83  
428 870 670 724 [1000] 890 95 37005 217 84 439 47 606  
[5000] 60 789 38097 264 411 877 936 [5000] 39129 233  
459 76 [1000] 767 88 958  
40053 332 90 865 746 92 824 [5000] 41091 183 229  
349 467 531 46 42128 31 53 204 95 618 739 892 967 83  
42319 79 [5000] 83 430 717 44051 127 300 440 502  
853 87 45116 29 80 276 [5000] 300 589 782 826 88 46037  
883 833 908 47056 94 110 [5000] 66 71 [5000] 376 82 897  
729 48163 215 38 65 88 337 79 474 56 99 [1000] 824  
83 642 [5000] 785 49118 228 53 71 88 414 547 [5000]  
80 702  
50096 133 297 [5000] 332 569 637 708 833 62 948 70  
[5000] 51190 [5000] 446 89 577 689 838 826 86 80  
52893 171 342 80 95 444 357 778 [1000] 53133 [5000]  
269 539 [5000] 657 86 [1000] 54901 430 31 50 511 [5000]  
30 90 682 946 55009 71 268 355 766 [1000] 871 91  
[1000] 56076 124 228 742 915 63 [1000] 57289 307 427  
78 501 43 [5000] 606 47 753 864 58044 71 [1000] 223 491  
93 724 871 59180 649 82 921 67  
60210 32 386 438 662 88 738 998 61140 41 506  
43 78 88 618 900 608 81 62029 156 217 474 625 69  
817 [5000] 19 [1000] 943 62 63246 322 453 745 876  
914 64014 211 438 533 601 [5000] 863 906 97 65334  
408 [5000] 612 790 34 66106 356 83 446 51 688 807  
[1000] 67139 86 76 254 68 632 843 91 [5000] 68013  
100 279 96 307 34 [1000] 435 40 565 790 981 60098 173  
75 [5000] 243 [5000] 558 90  
70096 620 74 79 93 7121 98 350 51 501 [1000]  
40 [5000] 967 72036 43 167 72 259 317 58 90 85 490  
842 80 [5000] 73215 493 574 746 892 93 74247 320 463  
585 615 800 915 81 75173 89 237 93 486 571 965 76931





# Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt

Redaktion und Expedition:  
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt 17. 1905.

Nr. 273. Dienstag, den 21. November 1905.

Inserate Sechspaltene Kolonizelle 20 Pf.  
Bei größeren Auflagen entsprechenden Rabatt.

## Partei-Angelegenheiten.

**Charlottenburg.** Am Mittwoch, den 22. November (Vuktag), vormittags 8 Uhr, findet im 1., 2., 6. und 7. Bezirk eine Flugblattverbreitung statt. Es haben sich alle Parteigenossen bei den Flugblattverbreitungen sowie bei den Donnerstag, den 23. November, stattfindenden Stichwahlen durch Mitarbeit zu beteiligen (S. des Ortsstatuts) und zwar treffen sich die Genossen vom 1. und 5. Bezirk bei Wasse, Potsdamerstr. 44, die Genossen vom 2. Bezirk bei Bode, Rehringstr. 25, die Genossen vom 6. und 7. Bezirk bei Fuhrmann, Kaiser Friedrichstr. 450, die Genossen vom 3. und 4. bei Mertens, Krummeistr. 43, und die Genossen vom 8. und 9. bei Grafender, Wielandstr. 4. Nicht politisch organisierte, welche sich an dieser Arbeit beteiligen wollen, haben sich in einem der genannten Lokale einzufinden, jedoch als Legitimation ihr Mitgliedsbuch der Gewerkschaft mitzubringen. Gleichzeitig sind die Genossen an Ort verpflichtet, sich an dieser Arbeit zu beteiligen und sich in einem der genannten Lokale einzufinden. — Die Genossen des 5. Bezirks treffen sich vor der Verbreitung bei Wasse.

**Reinickendorf-Ost.** Hierdurch machen wir die Mitglieder nochmals auf die am Mittwoch (Vuktag) stattfindende Herrenpartie nach dem Grunewald aufmerksam. Abfahrt vom Bahnhof Grunewald nach Westend früh 7 Uhr präzis. Für Nachzügler Treffpunkt um 9 Uhr (Frühstück) beim alten Freund auf Fiehelswerder. Zahlreiche Beteiligung der Mitglieder erwartet.  
Der Vorstand.

**Weissensee.** Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Prälaten, Lehderstr. 122, eine außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Parteigenossen, dort zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

**Kixdorf.** Sozialdemokratischer Wahlverein. Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152; Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Genossen Dr. Maurer über: „Die Revolution von 1848.“ 3. Diskussion. 4. Bericht der Delegierten von der Kreis-Generalversammlung und Wahl von drei Delegierten zur nächsten Kreis-Generalversammlung. 5. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. — Die Reichhaltigkeit der Tagesordnung bedingt, daß die Versammlung pünktlich um 8 Uhr eröffnet wird, worauf hiermit noch besonders aufmerksam gemacht sei.  
Der Vorstand.

## Vorort-Nachrichten.

### Zum Kommunalwahlkampf in Charlottenburg.

Immer widerlicher wird der Wahlkampf, wie ihn die Liberalen in ihrem Organ, der „Neuen Zeit“, gegen die Sozialdemokratie führen. Erst vor wenigen Tagen haben wir dem Blatte nachgewiesen, daß es bewußte Lügen verbreitet. Auf diesen Vorwurf geht es mit keinem Worte ein. Statt dessen bringt es die dummiesten und thörichtsten Annemärchen über einige sozialdemokratische Stadtverordnete. So schreibt es unter der Stichmarke „Bedels Knute“: „In der Charlottenburger Stadtverwaltung spielen beständig unter den Sozialdemokraten die drei „Obergrossen“ Baake, Dr. Borchardt und Paul Firsch die Hauptrolle. Alle drei Herren sind Liberalen und als solche von Bedel abhängig. Dr. Borchardt hat beispielsweise schon vor zwei Jahren, als es sich nach dem Dresdener Parteitag darum handelte, ob ein Sozialdemokrat fernherin Mitarbeiter der von Maximilian Harden herausgegebenen „Zukunft“ sein dürfe, sich Bedels Nachgedeutet gefügt und nach anfänglichem Sträuben das Opfer des Intellekts gebracht, also vor Bedel seinen „Kotau“ gemacht.“ Bedels könnte es sehr leicht den beiden anderen Herren ergehen; denn „wer sich nicht fügt, der fliegt“, heißt ja das durch die neuesten Vorgänge am Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie „zur Genüge illustrierte, „gestügelte Wort“. Mindestens wird dem Betreffenden der Brotkorb höher gehängt. Wer also gegenwärtig in der Stichwahl einen Sozialdemokraten in das Charlottenburger Stadtparlament wählt, der verläßt nicht den Einfluß der Herren Baake, Dr. Borchardt und Paul Firsch, sondern lediglich Bedels Macht. Die Frage ist demnach: Soll in unserem durch den Gemeinfinn der Bürgerwelt groß gewordenen Ort die Intelligenz und Opferwilligkeit des Bürgertums zurückweichen vor Bedels Knute? Kein selbständig denkender und unabhängig geminnter Bürger kann in diesem Falle auch nur einen einzigen Augenblick im Zweifel sein, wen er zu wählen hat. Deshalb auf zur Stichwahl am nächsten Donnerstag. Wählt nicht die vor Bedels Nachwort erzitternden Sozialdemokraten, sondern die für eine Förderung des Allgemeinwohls einsetzenden und nicht unter einer Parteidiktatur stehenden Liberalen!“

Wir haben geglaubt, daß wir diesen Hergerguß der Liberalen unseren Lesern nicht vorhalten dürften, damit sie erkennen können, welche Geistesverwirrung die Angst vor einem Durchfall auf die Liberalen ausübt. Abgesehen davon, daß die genannten Genossen in keinem festen Verhältnis zur sozialdemokratischen Partei stehen, sollten doch auch die Liberalen wissen, daß es in der Sozialdemokratie nicht Brauch ist, Genossen, die eine eigene Meinung vertreten, aus diesem Grunde den „Brotkorb“ höher zu hängen. Das ist die Gewissenhaftigkeit der vom Kapitalismus beherrschten Parteien und ihrer Presse, nicht aber die einer demokratischen Partei. Doch Anhänger der Sozialdemokratie, sei es in der Presse, sei es als Mitglieder gesetzgebender oder Verwaltungskörperschaften, sozialdemokratische Ideen vertreten, ist selbstverständlich, aber ein Unsin ist es, zu glauben, daß sie von irgend einem Parteiführer, sei es nun Bedel oder wer sonst immer, Direktiven erhalten, denen sie bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei zu folgen hätten. Für ihre Handlungsweise ist maßgebend das Programm und die Parteitagebeschlüsse, nicht aber der Wille eines einzelnen, und mag er noch so angeben sein. Personenkultus und Autoritätsglauben sind der Sozialdemokratie etwas so fremdes, daß nur das ausgehörrte Gehirn eines liberalen Zeitungsschreibers, der auf Geheiß seines Brotherrn bald rechts und bald links schreiben muß, daran zu glauben vermag.

In einem zweiten Artikel wird der flamenden Bürgerlichkeit Charlottenburgs die welterschütternde Tatsache mitgeteilt, daß die Herren Baake, Firsch und Genossen in öffentlichen Versammlungen nach Herzenslust auf den Kapitalismus schimpfen, hinter den Kulissen aber eifrig bestrebt sind, sich mit dem Großkapital zu verbinden. Diese Verbindung soll darin bestehen, daß Baake und Firsch die Mittel zum Bau des Volkshauses und zum Kauf des dazu gehörigen Grundstücks durch eine Verbindung mit Großkapitalisten zu gewinnen bemüht waren. Hierin hat das liberale

Blatt ausnahmsweise recht, die Mittel zu dem Unternehmen sind tatsächlich von Großkapitalisten gewonnen, und die Großkapitalisten haben das Geld gern hergegeben, weil sie es nirgends so gut und sicher anlegen können wie in sozialdemokratischen Gründungen. Daß die Genossen ihre Beziehungen zu Großkapitalisten in der uneigennützigsten Weise im Interesse der Partei auszunutzen wußten, gerät ihnen nur zur Ehre. Liberale Männer hätten das nicht getan, sie hätten in erster Linie ihre eigenen Taschen gefüllt. So uneigennützig Männer wie die Sozialdemokraten sind in einer Stadtverwaltung unerreichbar, und da die Uneigennützigkeit der einzige Vorwurf ist, den das liberale Organ gegen die sozialdemokratischen Stichwahlkandidaten erheben kann, so hoffen wir, daß die Leser daraus den richtigen Schluß ziehen und dafür sorgen, daß diese Männer am 28. November gewählt werden.

### Friedenau.

Am Mittwoch, den 16. November, tagte im Gesellschaftshause eine gutbesuchte öffentliche Versammlung. Genosse Südekum referierte an Stelle des Genossen Jubel, der am Erscheinen verhindert war, über das Thema: Der Kampf des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie. In längeren Darlegungen gab der Referent ein Bild des Wirkens des Reichverbandes. In Versammlungen und durch Flugblätter verbreitet der Reichverband die größten Unwahrheiten und Lügen über die Sozialdemokratie. Daß der Reichverband auch den Wahlkreis Teltow-Beestow-Storfow-Charlottenburg erobern will, muß die Parteigenossen zu neuer, reger Arbeit anspornen. Der Wahlkreis bedeutet eine Hochburg der Sozialdemokratie. Die Arbeiter und Parteigenossen werden dafür sorgen, daß die Hochburg immer fester und uneinnehmbarer wird.

Zu dieser Versammlung waren auch Vertreter des Reichverbandes sowie der Vorstand der Ortsgruppe Friedenau (Nationaler Reichswahlverein) durch eingeschriebenen Brief eingeladen, aber nicht erschienen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Friedenau, Herr Oberlehrer Dr. Kleinede, hatte folgenden Brief an den Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins gerichtet:

„Auf Ihr vom 9. November datiertes, aber erst am Nachmittags des 11. November in meine Hände geliefertes Schreiben erwidere ich ergebenst, daß ich die darin enthaltene Einladung ablehnen muß. In den sozialdemokratischen Versammlungen des letzten Jahres und besonders während der vergangenen Wochen vor der Reichstagswahl in Eisenach sind die Redner des Reichverbandes wiederholt in so unwürdiger und empörender Weise von den Genossen behandelt worden, daß schon die gute Erziehung uns verbietet, eine sozialdemokratische Versammlung ohne Not zu besuchen.“

Ergebenst  
Dr. Kleinede,

Vorsitzender der Friedenauer Ortsgruppe des Reichverbandes. Die rege Diskussion bewegte sich im Sinne des Referenten. Alle Redner bedauerten, daß auch nach wiederholter Aufforderung der Gegner, dieselben schwiegen, obwohl Gegner anwesend waren. Der Brief des Dr. Kleinede gab Veranlassung, die Tüchtigkeit dieses Herrn etwas eingehender unter die kritische Lupe zu nehmen.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung verurteilt aufs schärfste die Kampfweise des Reichverbandes gegen die Sozialdemokratie. Sie verpflichtet dafür zu sorgen, daß es jenen Herren nicht gelingt, den Reichstagswahlkreis zu erobern. Sie verpflichtet sich, als die erste Aufgabe der Arbeiter die Verbreitung der Wahrheit zu betrachten. Das einzige Mittel, die Wahrheit zu verbreiten, sieht die Versammlung in der sozialdemokratischen Organisation.

### Schöneberg.

Ein Mandat frei geworden für einen Auserwählten der zweiten Abteilung im 4. Bezirk ist durch die Niederlegung des Stadtverordneten Hofdorfer Gülsche, und zwar gerade sechs Wochen vor seinem definitiven Ausscheiden aus dem Kollegium, hervorgerufen. Ist der Herr in seiner ganzen Amtsdauer bei keiner Gelegenheit, höchstens wenn es sich um die Stellung eines „Schluß-Antrages“ handelte. Für einen bei den letzten Wahlen „auf der Strecke“ gebliebenen Kandidaten ist somit wieder freie Bahn geschaffen.

### Marienfelde.

Die Gemeindevertreterversammlung am Mittwoch beschäftigte sich zunächst mit dem Antrage des Gemeindevorstandes, den katholischen Religionsunterricht in der Gemeinde einzuführen. Der Gemeindevorstand und Herr Schöffe Mann traten sehr warm für den Antrag ein und meinten, es bliebe der Gemeinde nichts weiter übrig, als den Antrag anzunehmen, da sonst die zwangweise Einführung des Unterrichts durch die Schulbehörde erfolgen würde; für Religion müsse doch vor allen Dingen gesorgt werden. Unser Vertreter, Genosse Grewlich, sprach sich sehr scharf dagegen aus und meinte, für derartige private Angelegenheiten dürften unter keinen Umständen Gemeindegeldern verwendet werden, denn die Steuern werden nicht nur von katholischen, sondern auch von Andersgläubigen, auch zum großen Teil von Nichtgläubigen aufgebracht. Wenn den katholischen Eltern der Religionsunterricht, wie er heute in der Volksschule den Kindern eingepaukt wird, nicht genügt, dann mögen sie auch selbst die Kosten dafür tragen. Die bürgerlichen Vertreter waren aber nicht zu überzeugen und nahmen den Antrag mit 8 gegen 1 Stimme an. — Nach Erledigung einiger belangloser Sachen brachte der Gemeindevorstand ein Schreiben des Landrats zur Kenntnis, in dem die Gemeinde ersucht wurde, eine größere Zahl von Kreis-Alten auf Kosten der Gemeinde anzuweisen und an die Schulstunde als Weihnachtsprämie zu verteilen. Auch hierfür trat der Herr Vorsitzende mit Wärme ein. Genosse Grewlich bewunderte die rührige Tätigkeit des Herrn Landrats, der neben seinen umfangreichen Berufsbeschäften noch so viel Zeit findet, die Wünsche des Kalendersverlegers zu besorgen. Für die Kinder hätte der Kalender nicht den geringsten bildenden Wert. Außer einigen Statistiken enthalte derselbe die schon in der Schule zur Genüge eingebaute vaterländische Geschichte, und man könne sicher sein, daß er von den Kindern bald beiseite geworfen werden würde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Den Genossen sei noch bekannt gegeben, daß die Wabeanstalt in der neu erbauten Schule täglich von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr geöffnet ist, und zwar: Dienstags, Donnerstags, Sonnabends und Sonntags, am letzten Tage von 7—9 Uhr vormittags, für Männer, an den anderen Tagen für Frauen. Der Preis für ein Bannenbad beträgt 30 Pf., für ein Brausebad 10 Pf.

### Treptow.

Für die Orte an der Oberspreewälder See, welche dem sozialdemokratischen Gastwirterverband angehören, eine Zahlstelle gegründet, die bis jetzt die Orte Treptow, Baumgartenweg, Niederschönebeide, Johannisthal und Oberschönebeide umfaßt. In der

am Donnerstag in Treptow abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Agitation für den Verband in obigen Orten zu veranstalten. Abfällig wurde das Abhalten von Wahlvereinsbesammlungen bei exzessiven Gastwirten kritisiert. Mitgeteilt wurde, daß in Niederschönebeide in einer Gastwirtschaft während des Elektrizitätsstreiks eine Polizeiwache eingerichtet war und daß jetzt derselbe Wirt beim Wahlverein um Freigabe seines Lokals eingekommen ist, weil in der Nähe ein Bau aufgeführt wird.

### Weissensee.

Bei den am Sonntag stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen der Arbeitgeber wurden abgegeben: im 1. Bezirk 37 Stimmen, im 2. Bezirk 63 Stimmen, im 3. Bezirk 61 Stimmen und im 4. Bezirk 4 Stimmen. Im 2. Bezirk hatten wir Kandidaten aufgestellt und erhielten 22 Stimmen. Die Unternehmer arbeiteten mit Hochdruck. Alle Tischlermeister haben geschleppt und doch brachten sie es im 4. Bezirk nur auf 4 Stimmen. Die Arbeitnehmerwahlen hatten folgendes Resultat: Unsere Liste erhielt im 1. Bezirk 201, im 2. Bezirk 316, im 3. Bezirk 290 und im 4. Bezirk 61 Stimmen. Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt.

### Zossen.

Unsere Genossen beteiligten sich zum erstenmal am Mittwoch an der Stadterordnetenwahl. Es waren in der 3. Abteilung 3 Vertreter zu wählen. Trotz der für Arbeiter ungleichen Wahlzeit, von mittags 11 bis 1/2 Uhr nachmittags, brachten wir unsere Kandidaten, Genosse Gustav Schulz und Hans Vies auf je 43 Stimmen. Von den bürgerlichen Kandidaten erhielten Kaufmann Knöfeldt 104 und Malermeister Firtl 96 Stimmen. 30 Stimmen waren zerstreut. Wir konnten konstatieren, daß die Wahlbeteiligung in Bezug auf die vor 2 Jahren stattgefundenen Stadterordnetenwahl sich verdoppelt hatte. Noch gegen 11 Uhr war Stimmengleichheit, man erblickte die rote Gefahr. Es wurden nun Schlepptruppschaften der bürgerlichen Partei mit Unterstützung der hiesigen Polizei requiriert, was auch Erfolg hatte. Freiberger und andere „Gefälligkeits“ spielten eine große Rolle. Dabei wie auch kein Mandat erobert, so hoffen wir zuverlässlich, unsere gewonnene Position nicht nur zu behaupten, sondern werden alles daran setzen, neues Terrain zu erobern. Wenn wir in zwei Jahren wieder in den Wahlkampf gehen, so hoffen wir, daß dann das „rote Gespenst“ in das Zosener Parlament einzieht.

### Nieder-Schönebeide.

Eine öffentliche Versammlung familiärer bei der Firma Kaufmann u. Co. (Nieder-Schönebeide) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen fand am Montag, den 13. d. M., in Baumgartenweg statt. Das einleitende Referat hatte der Berliner Bevollmächtigte des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Bruns, übernommen. Als langjähriger Arbeiter in der chemischen Industrie war es ihm ein leides, den Anwesenden die Gefahren, welche den in chemischen Fabriken Beschäftigten drohen, vor Augen zu führen. In absolut keinem Vergleich zu dieser so überaus gesundheitsgefährlichen Arbeit stehen die Lohnsätze, und die Arbeitszeiten; kommt es doch bei Rubindeim noch jezt laufend vor, daß 36 Stunden hintereinander in den denkbar gefährlichsten Gitterräumen gearbeitet werden muß. Die bestimmte Lebensart, wenn es nicht paßt, der kann gehen, ist auch in besagter Fabrik auf der Tagesordnung. Redner ist der Ansicht, daß speziell den chemischen Fabriken allzuviel Spielraum durch das Gesetz gelassen worden ist. Zum Schluß wurden die neuesten Entlassungen (Wohrregelungen) einer berechtigten Kritik unterzogen, der mit 7 m von der Firma so gern zur Schau getragenen liberalen Standpunkt im größten Kontrast steht.

Dem eigentlichen Tatbestand liegt folgendes zugrunde: Besagte Fabrik hat neben anderen sogenannten Wohlfahrts-Einrichtungen auch eine Kantine eingerichtet. Es hat sich aber heraus gestellt, daß die Waren von den Bassschubdieren erstens billiger und zweitens besser sind, als die von der Kantine feilgebotenen, da war es den Arbeitern nicht zu verdenken, wenn sie da in erster Linie ihre Waren kauften. Das paßt der Firma aber nicht in den Aram und schließlich folgte nach einer diesbezüglichen Ermahnung die Entlassung solcher „Arbeitslaster“. Die Firmenvertretung, welche schriftlich eingeladen und auch erschienen war, nahm trotz mehrfacher Aufforderung nicht Veranlassung, die vorgebrachten Beschwerden zu entkräften, und somit konnte der Referent nach einer kurzen Diskussion feststellen, daß das Vorgetragene der Wahrheit entsprechend geschildert worden sei. Ein Hinweis auf ein noch besseres, festeres Anschließen an die Organisation und ein begehrt aufgenommenes Hoch auf die Arbeiterbewegung brachte den Schluß der leidlich besuchten Versammlung.

## Berliner Nachrichten.

**Selbstabholung der Güter von den Berliner Juven-Bahnhöfen und Ringbahnstationen.** Den Empfängern von Gütern und Stabgütern, welche diese von den Bahnhöfen selbst abholen oder durch andere als die bahnamtlichen Rollfuhr-Unternehmer abfahren lassen, ist nachgelassen worden, die zurzeit schon hinterlegten Vollmachten durch eine bis zum 16. Dezember d. J. bei der zuständigen Güter-Abfertigungsstelle abzugebende Erklärung, daß eine Änderung in der Führung der Güter nicht gewünscht wird, für das nächste Jahr zu verlängern, so daß also eine neue Vollmacht nicht erforderlich ist. Formulare zu der erwähnten Erklärung (welch letztere übrigens nicht stempelpflichtig ist) sind bei den Abfertigungsstellen zu haben. Die Vollmachten gelten auch fernerhin immer für ein weiteres Jahr, falls bis zum 16. Dezember des laufenden Jahres jene Erklärung abgegeben wird.

Der Automobil-Omnibus hat am Sonntag seine Feuerprobe bestanden. Von den beiden bis jetzt fertiggestellten Wagen wurde der eine früh um sechs, der andere etwas später eingestellt. Beide liefen ohne Zwischenfall bis nachts 12 Uhr. Auch der schicksalreiche Tod, der gegen Abend infolge des Regens entstand, beeinträchtigte die Renntätigkeit in keiner Weise. Die beiden Wagen haben an dem einen Tage bereits 3000 Personen befördert. Dabei blieb die Mehrzahl der Fahrgäste von Anfang bis zu Ende sitzen, um vielfach auch noch zur Rückfahrt im Wagen sitzen zu bleiben. Der Verkehr mit seinem Geschäftsverkehr von Straße zu Straße wird mehr Wechsel und deshalb noch höhere Fiktoren bringen. Waren doch schon am Sonntag bei einzelnen Fahrten bis zu 75 Personen befördert, obgleich die Wagen nur 37 Plätze haben. In den beiden Endstellen wurden die Wagen bis Mitternacht von Hunderten von Menschen erwartet, die sich einen Platz erobern wollten.



**Lustspielhaus.**

Täglich abends 8 Uhr:  
**Der Weg zur Hölle.**

**Walhalla-Theater**

Nach Afrika, nach Kamerun.  
Musik-Vorstellung mit Ges. u. Tanz in 6 Akte.  
Sinf. 8 Uhr. Raucher überall gestattet.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Verwaltungsstelle Berlin.  
Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Revue-Sprecher: Amt IV 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34, Amt IV 8353.

**Achtung! Schlosser! Achtung!**

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr:  
**Allgemeine Versammlung**  
der Schlosser Berlins u. Umgegend  
im großen Saale von Louis Keller, Rappentstr. 29.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die eingelaufenen Fragebogen. Referent: Kollege Cohen.  
2. Stellungnahme zum neuen Tarif und Beschäftigung darüber.

Dienstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Tempel,  
Alt.-Vorhagen Nr. 56:

**Bezirks-Versammlung**

für Nimmelsburg, Vorhagen u. Stralan.  
Tages-Ordnung:  
1. Die gefällte Komposition der Arbeiter. Referent: Kollege  
Jacobson. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten.

**Zur Beachtung!**  
In nachstehenden Lokalen wurden neue Zählstellen errichtet, auf die  
wir hiermit besonders aufmerksam machen:

- |               |                                      |
|---------------|--------------------------------------|
| Gm Restaurant | Galle, Tücherstr. 12.                |
| " "           | Kersten, Obingerstr. 15.             |
| " "           | Sachse, Weißwasserbr. 37.            |
| " "           | Lorenz, Schreinerstr. 4.             |
| " "           | Häher, Stralauer Allee 1.            |
| " "           | Tiecke, Richenberg, Perzbergstr. 23. |
| " "           | Schulz, Brüngen-Allee 6.             |
| " "           | Blum, Frankf. Chaussee 118.          |
- Die Ortsverwaltung.

**Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft**

Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau und Arbeitsnachweis Rosenthalerstraße 57  
(Eingang: Hermannstraße 28).  
Geöffnet von 9 1/2-2 und 4-8 Uhr. Telefon: III, Nr. 1296

Unsere Mitglieder ersuchen wir, sich pünktlich und vollständig an den  
**Sonntag, den 21. Januar, stattfindenden**

**Öffentlichen Protest-Versammlungen**

zu beteiligen.  
Besmer weisen wir darauf hin, daß bei männlichen Mitgliedern für das  
Jahr 1906 nur gelbe Belegkarten verwendet werden dürfen.  
Weiter geben wir bekannt, daß am Sonntag, den 18. Februar, nach-  
mittags 5 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 276, eine

**Monats-Versammlung**

und am 8. April, vormittags 10 Uhr, eine  
**Urania-Vorstellung**  
Taubenstr. 48/49, stattfindet.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

**Stock- u. Zelluloidarbeiter!**  
Sonntag, den 20. Januar d. J., abends 8 Uhr, bei Verein,  
Brückenstraße 7:

**Vertrauensmänner-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Dis-  
kussion.  
Der Vorstand.

**Verband des technischen Bühnen-Personals**

Sitz Berlin.  
Sonntag, den 20. Januar, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshause,  
Engel-Ufer 15:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Vorstandsbericht. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen er-  
wünscht.  
Der Vorstand.

**Verband der Maschinisten und Heizer sowie**

**Berufsgenossen Deutschlands.** (Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.)  
Sonntag, den 21. Januar, nachm. 4 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75:

**General-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Vierteljährlicher und Jahres-  
statenbericht. 3. Bericht des Arbeitsvermittlers. 4. Bericht der Revuekommission.  
5. Bericht der Delegierten von der Gewerkschaftskommission. 6. Anträge.  
Die Zahlkarte 4 ist nicht auszugeben, wie ursprünglich in der letzten  
Nummer der Zeitschrift steht, sondern befindet sich nach wie vor im Lokale  
von Köhl (früher Wunderlich), Comeniusplatz 5, Ecke Remetschstraße.  
Schlichtung jeden 1. und 15., abends von 8-10 Uhr.  
Die Ortsverwaltung.

**General-Versammlung**

der  
**Sterbekasse ehemaliger Pflugscher Arbeiter**  
(Heizelsche Kasse)  
am Sonntag, den 28. Januar 1906, vormittags 10 Uhr, im Wilkes  
Saal (früher Rümann, Brunnenstr. 188).

Tages-Ordnung:  
1. Vorlesung des Protokolls der Generalversammlung vom 23. Juli 1905.  
2. Rollenbericht des Revidenten pro 1905 und Bericht der Revidenten.  
3. Verschiedene Kassensangelegenheiten. 4. Wahl des zweiten Vorsitzenden  
und ersten Schriftführers. 5. Wahl von drei Revidenten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand. 3. U.: Otto Wintter.

**Achtung! Gewerbergerichtswahl in Schöneberg!**  
**Arbeiter, Parteigenossen!**

Die Vertreter der Schöneberger Verbandstilialen haben es abgelehnt, einen Kandidaten der lokal-  
organisierten Gewerkschaften auf die Liste der zu wählenden Mitglieder zum Gewerbergericht zu setzen.  
Während in anderen Orten, wo die Stilialen derselben Verbände die Minorität bilden, prozentuale Ver-  
teilung der Kandidaturen gefordert wird, handelt man hier nach dem Grundsatz der bestgehenden Klasse: **Wer die  
Macht hat, hat das Recht.**  
Der so ungewöhnliche Teil der Schöneberger Arbeiterkassen hat daher eigene Kandidaten aufstellen müssen  
und erlauben wir alle rechtlich denkenden Wähler, am  
**Sonnabend, den 20. Januar,**  
ihre Stimme den Kandidaten der vergewaltigten Gewerkschaften zu geben.  
Stimmzettel werden am Eingang der Wahllokale ausgeteilt.  
Die Kommission der Schöneberger Gewerkschaften.

Allen werten Freunden, Bekannten  
und Parteigenossen empfehle mein  
**Weiß- und Pilsbier-Lokal.**  
In jeder Zeit warme und kalte  
Speisen. Gut gepökelte Braten.  
2. Vereinszimmer mit Pianino, 40  
und 60 Personen fassend, sind noch  
einige Tage frei.  
**Hermann Stömer, Gastwirt,**  
Stienenstraße 3.

**Für Vereine!**  
Sonntag, den 17. März, ist  
frei gemorden und erster Osterferi-  
er tag ist zu vergeben.  
**Buß' Salon, Gr. Frank-**  
furtstr. 85.

**Achtung! Stockarbeiter!**  
Alle Streikfolgen von J. & H.  
**Gembicki** vom 21. Januar 1906  
werden zu einem gemütlichen  
Zusammensein am 21. Januar  
1906, abends 8 Uhr, bei **Ziggen**  
eingeladen. Der Einberufer.

**Streng reell!**  
**Jedes Stück ist ausgezeichnet!**  
**Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!**

**25%**

**Ermäßigung**  
auf Restbestände sämtlicher Abteilungen  
Nur noch bis Sonntag, den 21. Januar.

**Esders & Dyckhoff**  
Leipzigerstr. 50a \* Oranienstr. 48

**Spezial-Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung**  
fertig und nach Maß!

Folgende Gegenstände werden  
mit 25% Ermäßigung  
verkauft:

1 Posten Herren-Jackett-, Rock- und Gehrock-  
Anzüge, Paletots für Sommer und Winter,  
Pelzjoppen, Lodenjoppen,  
Hosen, Westen, Hüte, Mützen,  
Wäsche, Kravatten, Unterzeuge  
Ein großer Posten  
Kinder- und Jünglings-Anzüge,  
Paletots, Blusen und  
Hosen.

**Streng reell!**  
**Jedes Stück ist ausgezeichnet!**  
**Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!**

**Streng reell!**  
**Jedes Stück ist ausgezeichnet!**  
**Die Ermäßigung wird an der Kasse abgezogen!!**

**Dr. Simmel, Prinzen-**  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
**Haut- und Hautleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-4

**Zigarren!**  
Billigste Bezugsquelle  
für Händler:  
ab Mk. 10.-  
**Bell & Co.**  
Rosenstraße 18. I.  
Spezialitäten:  
21-25-26-28-29-30  
32-33-35-40-55-75.

Vereinsfahnen und Vereins-  
abzeichen etc. **Edw. Marg. Griffen-**  
berger, Nürnberg, Unschlitplatz 2.

**KNORR'S**  
Maccaroni.

**Achtung! Vereine, Gewerkschaften!**  
Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten  
zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden  
und Hallen versehenen circa 15.000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich  
erworben habe. - Sequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide-Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen.  
Dampferanlegestelle der Stern-Gesellschaft.  
**Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball, 6 Kegelbahnen.**  
△△△△ Volkabelustigungen aller Art. △△△△  
In meinen Festsälen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906  
unverändert fort.  
**Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.**

Unserem lieben Freunde, dem be-  
rühmten Bezirksführer  
**Wilhelm Lenz**  
und seiner jungen Frau die herzlich-  
sten Glückwünsche zum Hochzeits-  
Tage. Die Genossen der 2. Abteilung  
245/2 im 5. Kreise.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den  
6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 18. d. M. verstarb unser  
Mitglied, der Schlosser  
**Otto Häbner**  
Schwedlerstr. 51.  
Eure tiefem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 21. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Himmelskirchhofes in  
Nordend-Nieder-Schönhausen statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
246/11

**Beerdigungsverein**  
**Berliner Zimmerleute.**  
Am 16. d. M. nach kurzem  
Kranklager im Alter von  
56 Jahren unser Mitglied, der  
Zimmerer  
**Max Peisker.**  
Eure tiefem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 20. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Emmaus-Kirchhofes in  
der Hermannstraße aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
20188

**Arbeiter-Athleten-Bund**  
**Deutschlands.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Donnerstag verstarb püb-  
lich das langjährige Mitglied des  
Kraft- und Willensclubs „Wirk“  
**Wilhelm Schindler.**  
Eure tiefem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 21. Januar, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle der St. Gathana-Gemeinde  
(Barfußstraße) aus statt. 288/7

Nach kurzem Krankenlager ent-  
schied unser langjähriger, guter  
Vater und Schwagerwetter, der  
Schankwirt  
**Hermann Zinnecke,**  
Lithauerstraße 8, im 70. Lebens-  
jahre.  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
tag, d. 21. d. M., nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle der St. Petri-  
Gemeinde, Friedenstraße, aus statt.  
Die Hinterbliebenen.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die Franzosen bei  
der Beerdigung meines lieben  
Vannes, unseres guten Vaters, Groß-  
und Schwagerwatters sprechen wir  
allen Verwandten und Bekannten  
sowie dem Vorstande des Holz-  
arbeiter-Verbandes, den Vorstellern  
Berlins, den Kollegen der Firma  
Bogel u. Co. und dem Gesamtverein  
„Kreuzberger Harmonie“ unseren  
innigsten Dank aus. 19983  
Auguste Gänster nebst Kindern.

**Kranken- und Sterbekasse**  
aller gewerblichen Arbeiter  
für Schöneberg u. Berlin  
(E. S.-R. Nr. 115).

**General-Versammlung**  
am Sonntag, den 28. Januar 1906,  
vormittags 10 Uhr,  
im Lokale des Herrn **Obst (Tunnel),**  
Reimigstr. 8.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Rollen-  
bericht. 3. Antrag Viebig. 4. Ren-  
nart des gesamten Vorstandes. 5. Ver-  
schiedene Kassensangelegenheiten.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um pünktliches Erscheinen der Mit-  
glieder ersucht.  
Der Vorstand.

**Greift zu! dem**  
Besten  
**Joppen** . . . . . 5.- bis 20.- an  
**Monats-Anzüge** . . . . . 8.50  
**Abonnements-Anzüge** . . . . . 9.50  
**Monats-Paletots** . . . . . 9.-  
**Partie-Anzüge**, teils mit  
unmerklichen Fehlern 10.50  
**Kamm-Doj** od. **Zadets** 3.-  
Alles auch für fortulente Figuren!  
Getragene Kleidungsstücke von Ka-  
valieren, Reisesäcken, aus den feinsten  
Werstätten Berlins, teils von Hol-  
lieferanten, kolossal billig. 73/17  
Strohregen-Bergütung!  
Bitte **Zentral-Keller, Berlin,**  
achten  
**35 Neanderstr. 35,** an der  
8. Minut. u. Stadtbahn-Station Vorhagenstraße.

In dem soeben beginnenden neuen Jahrgang der in unserem Verlage erscheinenden Wochenschrift „In Freien Stunden“ gelangt zum Abdruck:

# Der verlorene Sohn

Roman von Hall Caine. Illustriert von J. Damberger-München.  
Dieser Roman des schnell berühmt gewordenen Verfassers hat bei seinem ersten Erscheinen die allgemeine Aufmerksamkeit erregt. Es ist ein Familienroman im besten Sinne des Wortes, nicht nur Unterhaltung nach des Tages schwerer Arbeit bietend, sondern auch belehrend, ohne doch aufdringlich zu sein.

# Der Flüchtling

Von Robert Hartmann.  
Eine Novelle aus der Zeit der Revolutionskämpfe des Jahres 1848. Der Held ist ein junger, von den Schergen der Reaktion gehetzter Rebell, der durch ein mutiges Mädchen vor seinen Verfolgern gerettet wird.  
Außerdem enthält jedes Heft eine kleine Skizze oder eine kurze Novelle, keine unterhaltende oder belehrende Notizen und „Witz und Scherz“.

Die Parteigenossen sollten den Beginn des neuen Jahrgangs benutzen, um diese in weiten Kreisen bereits gelannten und beliebten Wochenhefte in ihrer Familie einzuführen. Den Arbeitern, ihren Frauen, den heranwachsenden Kindern bieten sie gediegenen Unterhaltungsstoff.

In jeder Woche erscheint ein illustriertes, 24 Seiten starkes Heft für 10 Pfennig

Jeder sollte sich ein Probeheft kommen lassen!

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

# Verlangen Sie Tellus-Zigaretten

garantiert Handarbeit

Mit peinlichster Sorgfalt von bestbezahlten Zigaretten-Arbeitern hergestellt!  
M. Buize, Orientalische Zigaretten-Fabrik „Tellus“, Berlin N. 54.

## Herrliche Wohnungen in Berlin, Bäckerei, Schlächtere, Läden.

Die von uns neu erbauten Häuser Berlin N., Soldatenstr. 32/34/36/38/40/42/44/46/48/50/52/54/56/58/60/62/64/66/68/70/72/74/76/78/80/82/84/86/88/90/92/94/96/98/100/102/104/106/108/110/112/114/116/118/120/122/124/126/128/130/132/134/136/138/140/142/144/146/148/150/152/154/156/158/160/162/164/166/168/170/172/174/176/178/180/182/184/186/188/190/192/194/196/198/200/202/204/206/208/210/212/214/216/218/220/222/224/226/228/230/232/234/236/238/240/242/244/246/248/250/252/254/256/258/260/262/264/266/268/270/272/274/276/278/280/282/284/286/288/290/292/294/296/298/300/302/304/306/308/310/312/314/316/318/320/322/324/326/328/330/332/334/336/338/340/342/344/346/348/350/352/354/356/358/360/362/364/366/368/370/372/374/376/378/380/382/384/386/388/390/392/394/396/398/400/402/404/406/408/410/412/414/416/418/420/422/424/426/428/430/432/434/436/438/440/442/444/446/448/450/452/454/456/458/460/462/464/466/468/470/472/474/476/478/480/482/484/486/488/490/492/494/496/498/500/502/504/506/508/510/512/514/516/518/520/522/524/526/528/530/532/534/536/538/540/542/544/546/548/550/552/554/556/558/560/562/564/566/568/570/572/574/576/578/580/582/584/586/588/590/592/594/596/598/600/602/604/606/608/610/612/614/616/618/620/622/624/626/628/630/632/634/636/638/640/642/644/646/648/650/652/654/656/658/660/662/664/666/668/670/672/674/676/678/680/682/684/686/688/690/692/694/696/698/700/702/704/706/708/710/712/714/716/718/720/722/724/726/728/730/732/734/736/738/740/742/744/746/748/750/752/754/756/758/760/762/764/766/768/770/772/774/776/778/780/782/784/786/788/790/792/794/796/798/800/802/804/806/808/810/812/814/816/818/820/822/824/826/828/830/832/834/836/838/840/842/844/846/848/850/852/854/856/858/860/862/864/866/868/870/872/874/876/878/880/882/884/886/888/890/892/894/896/898/900/902/904/906/908/910/912/914/916/918/920/922/924/926/928/930/932/934/936/938/940/942/944/946/948/950/952/954/956/958/960/962/964/966/968/970/972/974/976/978/980/982/984/986/988/990/992/994/996/998/1000/1002/1004/1006/1008/1010/1012/1014/1016/1018/1020/1022/1024/1026/1028/1030/1032/1034/1036/1038/1040/1042/1044/1046/1048/1050/1052/1054/1056/1058/1060/1062/1064/1066/1068/1070/1072/1074/1076/1078/1080/1082/1084/1086/1088/1090/1092/1094/1096/1098/1100/1102/1104/1106/1108/1110/1112/1114/1116/1118/1120/1122/1124/1126/1128/1130/1132/1134/1136/1138/1140/1142/1144/1146/1148/1150/1152/1154/1156/1158/1160/1162/1164/1166/1168/1170/1172/1174/1176/1178/1180/1182/1184/1186/1188/1190/1192/1194/1196/1198/1200/1202/1204/1206/1208/1210/1212/1214/1216/1218/1220/1222/1224/1226/1228/1230/1232/1234/1236/1238/1240/1242/1244/1246/1248/1250/1252/1254/1256/1258/1260/1262/1264/1266/1268/1270/1272/1274/1276/1278/1280/1282/1284/1286/1288/1290/1292/1294/1296/1298/1300/1302/1304/1306/1308/1310/1312/1314/1316/1318/1320/1322/1324/1326/1328/1330/1332/1334/1336/1338/1340/1342/1344/1346/1348/1350/1352/1354/1356/1358/1360/1362/1364/1366/1368/1370/1372/1374/1376/1378/1380/1382/1384/1386/1388/1390/1392/1394/1396/1398/1400/1402/1404/1406/1408/1410/1412/1414/1416/1418/1420/1422/1424/1426/1428/1430/1432/1434/1436/1438/1440/1442/1444/1446/1448/1450/1452/1454/1456/1458/1460/1462/1464/1466/1468/1470/1472/1474/1476/1478/1480/1482/1484/1486/1488/1490/1492/1494/1496/1498/1500/1502/1504/1506/1508/1510/1512/1514/1516/1518/1520/1522/1524/1526/1528/1530/1532/1534/1536/1538/1540/1542/1544/1546/1548/1550/1552/1554/1556/1558/1560/1562/1564/1566/1568/1570/1572/1574/1576/1578/1580/1582/1584/1586/1588/1590/1592/1594/1596/1598/1600/1602/1604/1606/1608/1610/1612/1614/1616/1618/1620/1622/1624/1626/1628/1630/1632/1634/1636/1638/1640/1642/1644/1646/1648/1650/1652/1654/1656/1658/1660/1662/1664/1666/1668/1670/1672/1674/1676/1678/1680/1682/1684/1686/1688/1690/1692/1694/1696/1698/1700/1702/1704/1706/1708/1710/1712/1714/1716/1718/1720/1722/1724/1726/1728/1730/1732/1734/1736/1738/1740/1742/1744/1746/1748/1750/1752/1754/1756/1758/1760/1762/1764/1766/1768/1770/1772/1774/1776/1778/1780/1782/1784/1786/1788/1790/1792/1794/1796/1798/1800/1802/1804/1806/1808/1810/1812/1814/1816/1818/1820/1822/1824/1826/1828/1830/1832/1834/1836/1838/1840/1842/1844/1846/1848/1850/1852/1854/1856/1858/1860/1862/1864/1866/1868/1870/1872/1874/1876/1878/1880/1882/1884/1886/1888/1890/1892/1894/1896/1898/1900/1902/1904/1906/1908/1910/1912/1914/1916/1918/1920/1922/1924/1926/1928/1930/1932/1934/1936/1938/1940/1942/1944/1946/1948/1950/1952/1954/1956/1958/1960/1962/1964/1966/1968/1970/1972/1974/1976/1978/1980/1982/1984/1986/1988/1990/1992/1994/1996/1998/2000/2002/2004/2006/2008/2010/2012/2014/2016/2018/2020/2022/2024/2026/2028/2030/2032/2034/2036/2038/2040/2042/2044/2046/2048/2050/2052/2054/2056/2058/2060/2062/2064/2066/2068/2070/2072/2074/2076/2078/2080/2082/2084/2086/2088/2090/2092/2094/2096/2098/2100/2102/2104/2106/2108/2110/2112/2114/2116/2118/2120/2122/2124/2126/2128/2130/2132/2134/2136/2138/2140/2142/2144/2146/2148/2150/2152/2154/2156/2158/2160/2162/2164/2166/2168/2170/2172/2174/2176/2178/2180/2182/2184/2186/2188/2190/2192/2194/2196/2198/2200/2202/2204/2206/2208/2210/2212/2214/2216/2218/2220/2222/2224/2226/2228/2230/2232/2234/2236/2238/2240/2242/2244/2246/2248/2250/2252/2254/2256/2258/2260/2262/2264/2266/2268/2270/2272/2274/2276/2278/2280/2282/2284/2286/2288/2290/2292/2294/2296/2298/2300/2302/2304/2306/2308/2310/2312/2314/2316/2318/2320/2322/2324/2326/2328/2330/2332/2334/2336/2338/2340/2342/2344/2346/2348/2350/2352/2354/2356/2358/2360/2362/2364/2366/2368/2370/2372/2374/2376/2378/2380/2382/2384/2386/2388/2390/2392/2394/2396/2398/2400/2402/2404/2406/2408/2410/2412/2414/2416/2418/2420/2422/2424/2426/2428/2430/2432/2434/2436/2438/2440/2442/2444/2446/2448/2450/2452/2454/2456/2458/2460/2462/2464/2466/2468/2470/2472/2474/2476/2478/2480/2482/2484/2486/2488/2490/2492/2494/2496/2498/2500/2502/2504/2506/2508/2510/2512/2514/2516/2518/2520/2522/2524/2526/2528/2530/2532/2534/2536/2538/2540/2542/2544/2546/2548/2550/2552/2554/2556/2558/2560/2562/2564/2566/2568/2570/2572/2574/2576/2578/2580/2582/2584/2586/2588/2590/2592/2594/2596/2598/2600/2602/2604/2606/2608/2610/2612/2614/2616/2618/2620/2622/2624/2626/2628/2630/2632/2634/2636/2638/2640/2642/2644/2646/2648/2650/2652/2654/2656/2658/2660/2662/2664/2666/2668/2670/2672/2674/2676/2678/2680/2682/2684/2686/2688/2690/2692/2694/2696/2698/2700/2702/2704/2706/2708/2710/2712/2714/2716/2718/2720/2722/2724/2726/2728/2730/2732/2734/2736/2738/2740/2742/2744/2746/2748/2750/2752/2754/2756/2758/2760/2762/2764/2766/2768/2770/2772/2774/2776/2778/2780/2782/2784/2786/2788/2790/2792/2794/2796/2798/2800/2802/2804/2806/2808/2810/2812/2814/2816/2818/2820/2822/2824/2826/2828/2830/2832/2834/2836/2838/2840/2842/2844/2846/2848/2850/2852/2854/2856/2858/2860/2862/2864/2866/2868/2870/2872/2874/2876/2878/2880/2882/2884/2886/2888/2890/2892/2894/2896/2898/2900/2902/2904/2906/2908/2910/2912/2914/2916/2918/2920/2922/2924/2926/2928/2930/2932/2934/2936/2938/2940/2942/2944/2946/2948/2950/2952/2954/2956/2958/2960/2962/2964/2966/2968/2970/2972/2974/2976/2978/2980/2982/2984/2986/2988/2990/2992/2994/2996/2998/3000/3002/3004/3006/3008/3010/3012/3014/3016/3018/3020/3022/3024/3026/3028/3030/3032/3034/3036/3038/3040/3042/3044/3046/3048/3050/3052/3054/3056/3058/3060/3062/3064/3066/3068/3070/3072/3074/3076/3078/3080/3082/3084/3086/3088/3090/3092/3094/3096/3098/3100/3102/3104/3106/3108/3110/3112/3114/3116/3118/3120/3122/3124/3126/3128/3130/3132/3134/3136/3138/3140/3142/3144/3146/3148/3150/3152/3154/3156/3158/3160/3162/3164/3166/3168/3170/3172/3174/3176/3178/3180/3182/3184/3186/3188/3190/3192/3194/3196/3198/3200/3202/3204/3206/3208/3210/3212/3214/3216/3218/3220/3222/3224/3226/3228/3230/3232/3234/3236/3238/3240/3242/3244/3246/3248/3250/3252/3254/3256/3258/3260/3262/3264/3266/3268/3270/3272/3274/3276/3278/3280/3282/3284/3286/3288/3290/3292/3294/3296/3298/3300/3302/3304/3306/3308/3310/3312/3314/3316/3318/3320/3322/3324/3326/3328/3330/3332/3334/3336/3338/3340/3342/3344/3346/3348/3350/3352/3354/3356/3358/3360/3362/3364/3366/3368/3370/3372/3374/3376/3378/3380/3382/3384/3386/3388/3390/3392/3394/3396/3398/3400/3402/3404/3406/3408/3410/3412/3414/3416/3418/3420/3422/3424/3426/3428/3430/3432/3434/3436/3438/3440/3442/3444/3446/3448/3450/3452/3454/3456/3458/3460/3462/3464/3466/3468/3470/3472/3474/3476/3478/3480/3482/3484/3486/3488/3490/3492/3494/3496/3498/3500/3502/3504/3506/3508/3510/3512/3514/3516/3518/3520/3522/3524/3526/3528/3530/3532/3534/3536/3538/3540/3542/3544/3546/3548/3550/3552/3554/3556/3558/3560/3562/3564/3566/3568/3570/3572/3574/3576/3578/3580/3582/3584/3586/3588/3590/3592/3594/3596/3598/3600/3602/3604/3606/3608/3610/3612/3614/3616/3618/3620/3622/3624/3626/3628/3630/3632/3634/3636/3638/3640/3642/3644/3646/3648/3650/3652/3654/3656/3658/3660/3662/3664/3666/3668/3670/3672/3674/3676/3678/3680/3682/3684/3686/3688/3690/3692/3694/3696/3698/3700/3702/3704/3706/3708/3710/3712/3714/3716/3718/3720/3722/3724/3726/3728/3730/3732/3734/3736/3738/3740/3742/3744/3746/3748/3750/3752/3754/3756/3758/3760/3762/3764/3766/3768/3770/3772/3774/3776/3778/3780/3782/3784/3786/3788/3790/3792/3794/3796/3798/3800/3802/3804/3806/3808/3810/3812/3814/3816/3818/3820/3822/3824/3826/3828/3830/3832/3834/3836/3838/3840/3842/3844/3846/3848/3850/3852/3854/3856/3858/3860/3862/3864/3866/3868/3870/3872/3874/3876/3878/3880/3882/3884/3886/3888/3890/3892/3894/3896/3898/3900/3902/3904/3906/3908/3910/3912/3914/3916/3918/3920/3922/3924/3926/3928/3930/3932/3934/3936/3938/3940/3942/3944/3946/3948/3950/3952/3954/3956/3958/3960/3962/3964/3966/3968/3970/3972/3974/3976/3978/3980/3982/3984/3986/3988/3990/3992/3994/3996/3998/4000/4002/4004/4006/4008/4010/4012/4014/4016/4018/4020/4022/4024/4026/4028/4030/4032/4034/4036/4038/4040/4042/4044/4046/4048/4050/4052/4054/4056/4058/4060/4062/4064/4066/4068/4070/4072/4074/4076/4078/4080/4082/4084/4086/4088/4090/4092/4094/4096/4098/4100/4102/4104/4106/4108/4110/4112/4114/4116/4118/4120/4122/4124/4126/4128/4130/4132/4134/4136/4138/4140/4142/4144/4146/4148/4150/4152/4154/4156/4158/4160/4162/4164/4166/4168/4170/4172/4174/4176/4178/4180/4182/4184/4186/4188/4190/4192/4194/4196/4198/4200/4202/4204/4206/4208/4210/4212/4214/4216/4218/4220/4222/4224/4226/4228/4230/4232/4234/4236/4238/4240/4242/4244/4246/4248/4250/4252/4254/4256/4258/4260/4262/4264/4266/4268/4270/4272/4274/4276/4278/4280/4282/4284/4286/4288/4290/4292/4294/4296/4298/4300/4302/4304/4306/4308/4310/4312/4314/4316/4318/4320/4322/4324/4326/4328/4330/4332/4334/4336/4338/4340/4342/4344/4346/4348/4350/4352/4354/4356/4358/4360/4362/4364/4366/4368/4370/4372/4374/4376/4378/4380/4382/4384/4386/4388/4390/4392/4394/4396/4398/4400/4402/4404/4406/4408/4410/4412/4414/4416/4418/4420/4422/4424/4426/4428/4430/4432/4434/4436/4438/4440/4442/4444/4446/4448/4450/4452/4454/4456/4458/4460/4462/4464/4466/4468/4470/4472/4474/4476/4478/4480/4482/4484/4486/4488/4490/4492/4494/4496/4498/4500/4502/4504/4506/4508/4510/4512/4514/4516/4518/4520/4522/4524/4526/4528/4530/4532/4534/4536/4538/4540/4542/4544/4546/4548/4550/4552/4554/4556/4558/4560/4562/4564/4566/4568/4570/4572/4574/4576/4578/4580/4582/4584/4586/4588/4590/4592/4594/4596/4598/4600/4602/4604/4606/4608/4610/4612/4614/4616/4618/4620/4622/4624/4626/4628/4630/4632/4634/4636/4638/4640/4642/4644/4646/4648/4650/4652/4654/4656/4658/4660/4662/4664/4666/4668/4670/4672/4674/4676/4678/4680/4682/4684/4686/4688/4690/4692/4694/4696/4698/4700/4702/4704/4706/4708/4710/4712/4714/4716/4718/4720/4722/4724/4726/4728/4730/4732/4734/4736/4738/4740/4742/4744/4746/4748/4750/4752/4754/4756/4758/4760/4762/4764/4766/4768/4770/4772/4774/4776/4778/4780/4782/4784/4786/4788/4790/4792/4794/4796/4798/4800/4802/4804/4806/4808/4810/4812/4814/4816/48